



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Geschichte, Politik und Sprache.

Zum Einfluss deutscher Termini auf den polnischen
Sprachgebrauch“

Verfasserin

Renata Załuska

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, im September 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 324 331 342

Studienrichtung lt. Studienblatt: Übersetzerausbildung

Betreuerin: O.Univ.Prof.Dr. Mary Snell-Hornby

Meinen Eltern
Moim Rodzicom

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
1. Das Phänomen – die Sprache	5
1.1. Die Sprache als nationales Gut	7
2. Theoretische Grundlagen der Sprache	15
2.1. Sprachwissenschaftliche Ansätze	15
2.2. Sprache als lexikalisches System	16
2.3. Wortschatzerweiterung	18
3. Die deutschen Entlehnungen in der polnischen Sprache	22
4. Historische und politische Einflüsse	31
4.1. Anfänge des polnischen Staates	33
4.2. Deutsche Kolonisation im 13. und 14. Jahrhundert in Polen	36
4.3. Teilungen Polens	51
4.3.1. Die Vorgeschichte	53
4.3.2. Die erste Teilung	56
4.3.3. Die zweite Teilung	62
4.3.4. Die dritte Teilung	65
4.4. Die Zeit danach	68
4.4.1. Preußisches Teilungsgebiet	70
4.4.1.1. Sprachenpolitik	75
4.4.1.2. Schulwesen	77
4.4.1.3. Bevölkerungspolitik	85
4.4.2. Österreichisches Teilungsgebiet	88
4.4.2.1. Sprachenpolitik und Schulwesen	94
5. Polnisch-deutsches Glossar ausgewählter Lehnwörter	105
5.1. Alt-, mittel- und neuhochdeutsche Entlehnungen	105
5.2. Entlehnungen aus dem 19. Jahrhundert	112
5.3. Entlehnungen in den Sondersprachen	117
5.4. Entlehnungen aus der österreichischen Amtssprache des 19. Jhs.	120
6. Bibliographie	121

*Die Gewalt einer Sprache ist nicht,
dass sie das Fremde abweist,
sondern dass sie es verschlingt
(J.W. Goethe)*

Einleitung

Die vorliegende Arbeit ist eine landeskundliche Studie über den Einfluss der Geschichte und Politik auf die Entwicklung der polnischen Sprache, unter Berücksichtigung der Entlehnungen aus der deutschen Sprache. Die historischen und politischen Gegebenheiten haben im Zuge der langen deutsch-polnischen und auch österreichisch-polnischen Geschichte den Prozess des Entlehnens entweder stimuliert oder gehemmt. Es gab Zeiten der friedlichen deutschen Ansiedlungen auf dem polnischen Gebiet, und es gab Zeiten der Unterdrückung durch die Deutschen und Österreicher, sowie der Aufstände als Reaktion darauf.

Es wird am Beispiel des polnischen Sprachgebrauchs angestrebt zu zeigen, dass das politische Geschehen die Entwicklung der Sprache beeinflusste. In Anlehnung an die historische Sprachwissenschaft sollen die sprachlichen Erscheinungen, zu denen auch Entlehnungen gehören, in einem breiteren historischen Kontext und unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen Situation der betroffenen Bevölkerung betrachtet werden. Nach Theodor Frings ist „Sprachgeschichte Menschheitsgeschichte im tiefsten Sinne des Wortes“ (<http://www.duelken.de/Geschichte/Personlichkeiten/Frings.htm> - 23.09.08). Es gibt Zusammenhänge zwischen ihnen. Immer wenn es zu intensiveren deutsch-polnischen Sprachkontakten aufgrund der politischen Situation kam (außer territorialer Nähe), konnte man größere Wellen deutscher Entlehnungen im Polnischen feststellen.

Bis heute sind viele der entlehnten deutschen Wörter in Verwendung, ohne dass man sie als Fremdwörter empfindet oder erkennt. Die nichtdeutschsprachigen Polen sind eher erstaunt, wenn man sie darauf hinweist, dass sie gerade ein deutsches Wort verwendet haben. Das zeigt auch ein bekannter Witz über einen Schlesier, der nach Berlin reist und sich bei seinem Freund beklagt, dass er gerne einen *ancuk* kaufen würde, aber er wisse

nicht, wie das Wort auf Deutsch heißt. Es gab auch solche Wörter, die mit der Änderung politischer Verhältnisse wieder verschwunden sind.

Der Gegenstand der Arbeit sind die außersprachlichen Faktoren, die diese in allen Sprachen vorkommende sprachliche Erscheinung begünstigten und die auf die Geschichte und die herrschenden politischen Verhältnisse zurückzuführen sind. Daher stellt die Geschichte, und zwar die deutsche Kolonisation im 13./14. Jh. und die Teilungen Polens, den Kern dieser Studie dar. Dabei ist die Sprachen- und Schulpolitik von besonderer Bedeutung. Die Wahl dieser Epochen ist nicht zufällig. Ausschlaggebend war in dem Fall der kontrastive Ausklang der Geschichte. Die friedlichen deutschen Ansiedlungen des 13/14. Jhs. hinterließen in der polnischen Sprache bis heute zahlreiche Spuren, was sich nicht über die gewaltsamen Teilungen des 19. Jhs. sagen läßt. Die damaligen Umstände und der Einfluss des Deutschen auf das Polnische sind in allen Wirren der reichen Geschichte unserer Länder interessant und wissenswert. Auf eine ausführliche und detaillierte Beschreibung der Geschichte wird allerdings verzichtet. Erstens würde sie den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Es wäre nämlich unmöglich die Geschichte (auch wenn sie nur zwei Perioden betrifft), in der Art von Arbeit zu behandeln, über die bereits eine Unmenge von historischen Büchern geschrieben worden sind. Der potentielle Leser, der ja kein Historiker ist, soll einen Umriss der ausgewählten geschichtlichen Perioden bekommen. Zweitens ist die Arbeit an diejenigen adressiert, die gleichermaßen für die Geschichte, die Sprache und sprachliche Erscheinungen Interesse zeigen. Die Sprache (ein historisch entwickeltes System von Zeichen, das nach gewissen Regeln funktioniert), ist facettenreich. Sie ist für den Einzelnen als Teil der Kultur außerordentlich wichtig. Sie ist aber auch in der Sprachwissenschaft Gegenstand unterschiedlicher Überlegungen. Daher wird sowohl der Sprache im herkömmlichen Sinn, als auch der sprachwissenschaftlichen Perspektive der Sprache in der Arbeit Platz gewidmet.

Zusätzlich soll die Arbeit für die westlichen Europäer als eine Art Präsentation betrachtet werden, denn die mitteleuropäische Geschichte ist für sie eher unbekannt. Angesichts der Tatsache, dass das Thema der europäischen Vereinigung, die sich mittlerweile in einem sehr fortgeschrittenen Stadium befindet, alle Bereiche unseres Lebens (Wirtschaft, Politik, Kultur, Gesellschaft, Wissenschaft) dominiert hat, ist das gegenseitige Kennenlernen für den Prozess notwendig. Die Schilderung bestimmter Schnittpunkte der deutsch-österreichisch-polnischen Geschichte, die Auslöser des Entlehnungsprozesses waren, soll

dabei hilfreich sein. Das Thema bietet eine gute Gelegenheit, deutschsprachigen Personen das Unbekannte bekannt zu machen und die Angst davor aus dem Weg zu räumen. Mancher deutscher Muttersprachler wird bei der Lektüre staunen, dass auch seine Sprache die polnische bereichert hat und dass sie sich wiederum aus dem Polnischen das Wort „Grenze“ „geborgt“ hat.

Die Arbeit ist in folgende Teile gegliedert:

Im ersten Kapitel wird über die Herkunft der polnischen und der deutschen Sprache, sowie auch über Einflüsse, denen sie ausgesetzt waren, gesprochen. Weiters wird im Zusammenhang mit dem geschichtlichen Teil auf die Funktion der Sprache als Identifikationszeichen und Zugehörigkeitsgefühl zu einer Gemeinschaft, sowie auch als Druckmittel in der Politik eingegangen.

Im zweiten Kapitel finden sich theoretische Betrachtungen über verschiedene Auffassungen der Sprache und auch über verschiedene Definitionen des Wortes selbst. Danach wird die Rede über die Sprache als lexikalisches System sein. Schließlich wird ein Blick auf die Wortschatzbildung mit der Betonung der Einteilung von Entlehnungen im Deutschen und im Polnischen geworfen.

Das dritte Kapitel beschäftigt sich mit den deutschen Entlehnungen in der polnischen Sprache und Bereichen, aus denen entlehnt wurde mit ausgewählten Beispielen. Besonderes Interesse gilt hier dem Lexikbereich, während die grammatikalischen Entlehnungen nur zur Orientierung für den Leser erwähnt werden, damit er die deutschen Entlehnungen im Polnischen in einem breiteren Spektrum sehen kann.

Das vierte Kapitel umfasst den historischen Hintergrund, in dem sich der sprachliche Prozess vollzog. Nach einer kurzen Einführung in die Anfänge des polnischen Staates wird mit den deutschen Ansiedlungen im 13. und 14. Jahrhundert begonnen und dann mit den Teilungen Polens und der Sprachenpolitik der Teilungsmächte Preußens und Österreichs fortgesetzt.

Das fünfte Kapitel stellt ein Glossar ausgewählter polnischer Wörter deutscher Herkunft dar. Im Zusammenhang mit dem historischen Teil der Arbeit ist es auf die Entlehnungen bis zum 19. Jh. aus dem Gebiet von Verwaltung, Bauwesen, Militär und Alltag, sowie auch aus den Sondersprachen (Gauner-, Studenten- und Soldatensprachen) begrenzt. Daher umfasst das Glossar nicht neuere Entlehnungen aus dem 20. Jh., zB. zahlreiche Lehnwörter, die Sport betreffen.

Der Wortschatz wird durch einige Entlehnungen aus der österreichischen Amtssprache des 19. Jhs. ergänzt.

1. Das Phänomen – die Sprache

Die gegenwärtigen Sprachen haben eine jahrhunderte lange Geschichte der Entwicklung hinter sich, in der sie sich gegenseitig beeinflussten und bereicherten.

Die deutsche Sprache gehört zur westgermanischen Gruppe der germanischen Sprachen. Ihre Anfänge reichen ins 8. Jahrhundert zurück. Die Entwicklung des Deutschen stand unter dem Einfluss von Latein, Italienisch, Spanisch und Westslawischen Sprachen (Damm/Mikusińska 2000: 153).

Die römische Zivilisation, die damals die fortschrittlichste in der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklung in Europa war, und ihre Sprache beeinflussten auch andere westeuropäische Sprachen, die der christlichen Kultur viele lateinische Entlehnungen verdanken. Von Italien über Westeuropa kamen die Einflüsse nach Mittel- und Osteuropa. Dank der direkten Nachbarschaft zu Tschechien (woher das Christentum nach Polen kam) und Deutschland kann man also oft die lateinischen Spuren in der polnischen Sprache feststellen, wo Tschechisch und Deutsch als Mittlersprachen fungierten. Nur selten kann man die Einflüsse in der Gegenrichtung beobachten. Nach Andre de Vincenz kann man das damit erklären, „dass die Geschichte Europas die Geschichte der Ausbreitung der christlich-lateinischen Kultur von Italien und Frankreich auf den Rest des Kontinents, nach Norden und Osten, ist. So gibt es im Deutschen Hunderte von Lehnwörtern aus dem Französischen, während man im Französischen kaum zwanzig oder dreißig deutsche Lehnwörter zusammenbekommt.“ (Vincenz, A. de, 1992: 121, in: http://www.linguistik-online.de/1_01/Lipczuk.html - 19.08.2008).

In der deutschen Sprachgeschichte gibt es drei Epochen. Für das Hochdeutsche gilt folgende zeitliche Abgrenzung:

Althochdt. (Ahd.) – ca. 750-1050,

Mittelhochdt. (Mhd.) – 1050-1350,

Neuhochdt. (Nhd.) – 1350-jetzt

und für das Niederdeutsche:

Altniederdt. (And.) – ca. 800-1200,

Mittelniederdt. (Mnd.) – 1200-1600,

Neuniederdt. (Nnd.) – 1600-jetzt (Kästner 1987: 90-91).

Diese Einteilung wird erwähnt, denn einzelne deutsche Entlehnungen im Polnischen stammen schon aus der ersten Periode des Althochdeutschen. Die zeitlichen Grenzen sollen dem Leser helfen, sich einen Überblick zu verschaffen und die Zeit der Entlehnungen richtig zu plazieren.

Die polnische Sprache gehört zur westslawischen Gruppe der slawischen Sprachen, die im 9. Jahrhundert aus der Lechischen Untergruppe ausgegliedert wurde. Die literarische Sprache entwickelte sich im 15. Jahrhundert aus den groß- und kleinpolnischen Dialekten. Die vielen Entlehnungen aus dem Lateinischen, Französischen, Italienischen und Deutschen in der polnischen Sprache weisen auf starke Verbindungen mit Westeuropa hin. Das Polnische beeinflusste wiederum die weißrussische und ukrainische Sprache (Damm/Mikusińska 2000: 174).

Das Polnische und das Deutsche gehören zur Familie der indogermanischen Sprachen. Die Indogermanen breiteten sich vom mittleren Europa (drittes Jahrtausend v.Chr.) über fast ganz Europa bis in das Gebiet von Indien und dem Iran aus – daher der Name unserer Ursprache, aus der sich u.a. die meisten europäischen Sprachen entwickelten (Duden 7 2001: 164).

In der Vergangenheit kamen beide Sprachen oft in Berührung. Die deutsche Sprache wurde außer in den polnischen Kerngebieten in den folgenden mit der polnischen Geschichte verbundenen historischen Landschaften und Staaten gesprochen: in Livland, Preußen, Litauen, Rus, Schlesien und Pommern. Die Stellung des Deutschen war nicht in allen diesen Gebieten gleich und wurde nicht immer als Bindeglied der deutschen Bevölkerung empfunden. Im Mittelalter (und auch später, sogar bis zum 19. Jh.) hielten sich die Ansiedler aus dem Deutschen Reich selbst für z.B. Sachse oder Bayer. Der Begriff „national“ war damals noch nicht ausgeprägt. Da die Kontakte der Ausgewanderten zur alten Heimat eher illusorisch waren, verschwand daher im 16. und 17. Jh. das Deutsche allmählich in vielen kolonisierten Gegenden. In den anderen wiederum war seine Stellung dank günstiger Gegebenheiten stark, z.B. in Pommerellen. Im 15. Jh. war in Polen die deutsche Sprache vor allem die Sprache des Bürgertums germanischer Herkunft.

1.1. Die Sprache als nationales Gut

In der Urzeit fand die Kommunikation zuerst zwischen einzelnen Menschen und mit der Zeit zwischen immer größer werdenden Gruppen statt, die sich zwecks gemeinsamer Verteidigung vor Gefahren zusammentaten. Diese informellen Gruppen verwandelten sich allmählich in schon gut organisierte Stämme mit ausgeprägten Herrschaftsstrukturen und später in größere Einheiten - Völker. In weiterer Folge der gesellschaftlichen Entwicklung war es für Völker notwendig ein Staatsgebilde zu formen, d.h. eine politische Organisation, die über die Hoheitsgewalt verfügte und u.a. zum Schutz der Ordnung in der Gesellschaft und zu ihrem Schutz vor äußeren Gefahren berufen war.

Mit der Hoheitsgewalt innerhalb organisierter Strukturen beginnt eine andere Funktion der Sprache. Sie ist nicht mehr bloß ein Kommunikationsmittel. Sie ist auch ein Instrument der Manipulation herrschender Klassen über Unterprivilegierte und/oder ein Teil der gegen unterdrückte Völker ausgerichteten Politik. Wie man durch Sprache das Denken eines Menschen beeinflussen kann, können wir erfahren, wenn wir uns in die Welt der Literatur begeben. In einem berühmten Werk von Georg Orwell „1984“ wird den Menschen ein Umfang des Wortschatzes vorgeschrieben und gestattet. Sie haben nur ein Minimum an Wörtern zur Verfügung. Das sind ganz einfache Wörter, mit eingengter oder beschönigter Bedeutung. Viele sind überhaupt aus dem Sprachgebrauch verbannt. Dadurch, dass die Menschen Schattierungen eines Wortes nicht kennen, können sie viele Sachverhalte durch Sprache nicht ausdrücken, ihr Denken ist unterbunden und so beugt man dem schlimmsten Verbrechen, das es gibt, nämlich dem Gedankenverbrechen vor. Das auf diese Weise manipulierte Denken hat einen Einfluss auf das Verhalten der Betroffenen. Sie handeln nämlich nicht und darum geht es.

Dieses Beispiel betrifft zwar eine fiktive Wirklichkeit, aber sie liegt nicht weit von der Realität. Denken wir an die Propaganda der NS-Zeit. Um die öffentliche Meinung zu steuern und zu kontrollieren und sie dadurch selbstverständlich eigennützig zu manipulieren, griff man in dieser Zeit zu verschiedenen sprachlichen Mitteln wie: ständiger Gebrauch bestimmter Schlagworte („Judenproblem“, „rotes Bonzentum“, „Arier – gesunder Volkskörper“, „Andersartige“...), Simplifizierungen („Uniform“ = „Ehrenkleid des deutschen Mannes“), Verschweigen gewisser Themen (Konzentrationslager), Wahrheitsentstellung durch die behauptete Lüge („Wir wollen den wahren Frieden“) und

die Technik des Verzerrens (unbedeutende Erfolge der NS-Aktivisten wurden zu Riesenerfolgen gemacht und umgekehrt) (Duchkowitsch 2003: 13-15, 76-79).

Anhand dieser Beispiele sieht man, dass die Sprache ein gefährliches Instrument sein kann. Die Manipulation verläuft zweigleisig. Es wird die Sprache und durch Sprache manipuliert. dh. die Bedeutung von Wörtern wird verändert, ihre Deutung vorgeschrieben und je nach Bedarf eine positive oder negative Einstellung gegenüber einer Person oder Sache erzeugt (vgl. Lewandowski 1994: 1036).

Allgemein hat die Sprache eine kommunikative Funktion zum Gedanken- und Informationsaustausch. Sie dient auch als Werkzeug des Denkens. Aus dem Blickwinkel einer sozialen Gruppe oder einer Nation hat die Sprache auch eine identitätsstiftende und zusammenhaltende Funktion. Denn das Bewusstsein, dass man zu einer ethnischen Gruppe gehört, ist vor allem auf das Angehören zu einer Sprachgemeinschaft zurückzuführen. Im Falle einer äußeren Bedrohung kann sie für die unterdrückten Mitglieder einer Gruppe eine unterstützende und rettende Funktion haben. Die Sprache ist nämlich ein Element, neben Religion, Tradition und Sitten, das in einer schwierigen Zeit den Menschen ein Zusammengehörigkeitsgefühl verleiht, das Volk zusammenhält und es dadurch – trotz oft aussichtsloser Situationen – zum Handeln stimuliert. Der Widerstand wird dann nicht nur in direkten Kämpfen unternommen. Man entdeckt ihn ebenso in den Werken von Dichtern und Schriftstellern. Kultur und Geist der Nation spiegelt sich in der Sprache wider.

Als wichtiges Element des menschlichen Lebens spielt die Sprache in der Politik eine wichtige Rolle. Der lange Sprachenkampf in Preußen, genauer gesagt im preußischen Polen, von der zweiten Hälfte des 19. Jhs. bis zum ersten Weltkrieg ist ein deutliches Zeugnis dafür. Die identitätsstiftende Funktion der Sprache kommt in dieser Zeit stark zum Vorschein. In der polnischen Geschichte nahm die polnische Sprache immer einen hohen Rang ein. Obwohl bis zur Renaissance Latein als Amtssprache in Polen dominierte, setzte sich allmählich nach dem Mittelalter die polnische Sprache im Bereich von Staat, Handel, Wissenschaft und Kultur durch. Sie nahm eine feste Form an. Die standardisierte Syntax und ihr Wortschatz entwickelten sich ständig, u.a. durch Lehnübersetzungen und Lehnwörter. „Das Polnische kannte nie den krampfhaften Purismus, der andere Sprachen der Region in ihrer Weiterentwicklung hemmte.“ (Davis 2006: 297).

In der Zeit der Adelsrepublik Polen-Litauen galt im Großfürstentum Litauen die polnische Sprache unter den Adeligen als Zeichen der Vornehmheit, während die Bauern

Lettisch, Litauisch oder Ruthenisch sprachen. Im Königreich Polen war es anders. Der Adel als Zeichen der Kultiviertheit sprach Lateinisch und die Bauern Polnisch. Mit der Änderung der politischen Umstände gewann die polnische Sprache an Bedeutung.

In der Aufklärung wurde in den Jesuitenschulen auf Polnisch unterrichtet. Der Große Sejm von 1788-92 verfasste Gesetze ausschließlich in Polnisch. „In einer Zeit, da die russische Regierung sich oft des Französischen bediente, in der die russische Literatur in ihren allerersten Anfängen steckte und das Litauische und Ukrainische praktisch gar nicht für literarische Zwecke benutzt wurde, war Polnisch zwischen Warthe und Dnjepr das wichtigste Vehikel der Hochkultur und des Verkehrs unter den Gebildeten.“ (Davis 2006: 296). Es spielte in diesem Gebiet diegleiche Rolle, wie das Deutsche im ganzen Habsburgerreich und war ein gut entwickeltes Kulturinstrument, das „dem Russischen weit voraus und dem Deutschen vermutlich ebenbürtig“ war. „Eine solche Sprache war den Attacken der amtlichen Russifizierer und Germanisierer natürlich sehr viel besser gewachsen, als die üblichen plebejischen Umgangssprachen anderer osteuropäischer Völker.“ (Davis 2006: 297).

Während die polnische Sprache im Zuge des 19. Jhs. in Polen immer mehr an Bedeutung gewann, setzte auch die Entwicklung des nationalen Bewusstseins ein. Die schwierigen Erfahrungen der Teilungen beschleunigten die Prozesse. Sie waren so intensiv, dass „... eine angeborene Kenntnis der polnischen Sprache zum Prüfstein der polnischen nationalen Identität werden sollte.“ (Davis 2006: 297). Man beobachtet den Prozess der Entstehung des nationalen Bewusstseins im 19. Jh. übrigens nicht nur in Polen. Er war eine allgemeine Reaktion auf die damaligen politischen Umstände in Europa (die Teilungen, die Französische Revolution, die Napoleon-Ära und zuletzt die Revolution 1848), die ihn förderten. Im Deutschen Reich mündete der Prozess 1871 in der Vereinigung germanischer Staaten in einen Staat Deutschland.

Die Zeit der Teilungen war in der polnischen Kultur sehr fruchtbar und sie basierte auf den Leistungen der vorherigen Epochen. Ihr Leitmotiv war selbstverständlich die Unabhängigkeit Polens. Es zieht sich durch die Werke von Dichtern, Dramatikern, Schriftstellern, Librettisten, Komponisten und Malern. Erstens, verspürten die Menschen der Kultur und Kunst Verlangen nach dem Ausdrücken der Gefühle, die sie nach all den dramatischen Ereignissen hegten. Zweitens gab es einen breiten Empfängerkreis, der durstig nach ihren Werken war. Die anspruchsvolle und sehr reiche Literatur, die hier

absichtlich ausgelassen worden ist, war an einen engeren Kreis adressiert. Eine literarische Gattung, die den Bedürfnissen vieler Menschen gerecht werden konnte, war das Lied.

Für die schriftunkundige Bevölkerung erfüllte das Lied die Rolle des Kommunikationsmittels. Es entstanden damals viele patriotische Lieder, u.a. die heutige polnische Hymne „Mazurek Dąbrowskiego“, verfasst 1797 in Italien durch einen polnischen Offizier Józef Wybicki. Ihre Worte „Noch ist Polen nicht gestorben, solange wir leben“ tun die Entschlossenheit der kämpfenden Soldaten um die Freiheit eines eigenen, zurzeit nicht existierenden Staates, kund. Die Wirkung des ursprünglich Militärliedes, das die Hoffnungen der emigrierten Soldaten und Offiziere nach dem misslungenen Kościuszko-Aufstand und der 3. Teilung Polens auf die Wiedererlangung der Unabhängigkeit ausdrückte, blieb nicht aus. Das Lied gelangte trotz Grenzen und Zensur blitzschnell zum polnischen Volk und wurde sehr populär. Es erweckte Hoffnungen und ermutigte zum Handeln. Es wurde während der polnischen Aufstände im 19. Jh. und 20. Jh., der Völkerfrühling 1848, sowie auch in den beiden Weltkriegen gesungen. Die Popularität des Liedes überschritt sogar die polnischen Grenzen und wurde in 17 Sprachen übersetzt und im Jahr 1848 in Wien, Prag und Berlin als Solidaritätszeichen mit dem unterjochten polnischen Volk gesungen. Schon 1831, also zur Zeit der Teilungen, wurde das Lied inoffiziell polnische Nationalhymne und seit 1927 polnische Staatshymne. Seit 1976 ist „Mazurek Dąbrowskiego“ in der polnischen Verfassung als Staatshymne verankert (<http://www.prezydent.pl/x.node?id=71>, 3.8.08). Gegenwärtig ist im Elternhaus von J. Wybicki in Będzin (Pommern) ein Museum der Nationalhymne eingerichtet worden. Interessante Ausstellungsstücke stellen u.a. musikalische Andenken dar wie: Liederbücher und Noten polnischer patriotischer Lieder aus dem 19. Jh., teilweise in Fremdsprachen veröffentlicht, Texte von Hymnen anderer Staaten, deren Vorbild „Mazurek Dąbrowskiego“ war, Spieluhren, Grammophone und älteste Schallplatten mit patriotischen Liedern und Hymnen (<http://www.muzeum.narodowe.gda.pl/mod.php?dz=39>).

Im 19. Jh. gab es eine ganze Menge von geschriebenen Werken, die den Protest gegen die Teilungsmächte ausdrückten und den Polen ein wichtiges Zeichen gaben, sich nicht zu ergeben. Durch sie konnten die Polen ihren Patriotismus manifestieren, der sich infolge der Teilungen entwickelte und intensivierte. Wer ihn zeigte, wurde „staatlich verfolgt und in den Untergrund getrieben. Dadurch wurde der polnische Patriotismus zum Gegenstand einer intensiven, geheimen und hochentwickelten Mystik“ (Davis 2006: 245). Das erklärt

die Entstehung vieler patriotischer Lieder und anderer literarischer Werke, in denen der Kult der Freiheit das Anliegen Nummer eins wurde. Zu solchen Beispielen gehören drei weitere patriotische Nationallieder, die inoffiziell als Nationalhymne betrachtet wurden. Es waren: „Bogurodzica“ (die älteste polnische und religiöse Hymne aus dem 11./12. Jahrhundert, die lange Zeit als polnische Staatshymne galt. Sie war 1410 von den polnischen Rittern vor der Schlacht gegen den Deutschen Orden bei Grunwald gesungen), „Rota“ von Maria Konopnicka und ein religiöses Lied „Boże coś Polskę...“ (Gott, der Du Polen...) von Alojzy Feliński, das 1862 im russischen Teilungsgebiet und nach dem 2. Weltkrieg in Polen unter der kommunistischen Regierung bis zur Wende verboten war.

Einige Worte werden noch dem Gedicht von Maria Konopnicka „Rota“ gewidmet, weil es die Stimmung von damals gut illustriert. Es ist sehr stark in der Aussage und trägt eine starke emotionale Ladung. Die Worte: „wir lassen unsere Sprache nicht begraben“, „der Deutsche wird unsere Kinder nicht germanisieren“ bedürfen keines Kommentars. Man kann sich aber vorstellen, was sie in der polnischen Bevölkerung, die zum Zeitpunkt der Entstehung des Gedichts schon seit über 100 Jahre ihre eigene Heimat vermisst hatte, auslösten. Obwohl jeder von ihnen in Russland, Preußen oder Österreich zur Welt kam und niemand sich mehr an Polen erinnern konnte, war die Sehnsucht nach der Unabhängigkeit sehr stark. Die polnischen Nachbarn aus den anderen Teilungsgebieten waren „Ausländer“, aber sie alle verband der wiederkehrende Gedanke an die Unabhängigkeit ihrer Heimat, den man am Beispiel der nationalen sich wiederholenden Aufstände verfolgen kann. An dieser Stelle kommt die Bedeutung der Sprache zum Wort, denn es gab damals kein Verbindungsglied, kein gemeinsames politisches oder wirtschaftliches Leben, das alle Polen zusammenfügen konnte. Es war die Sprache, die all die Jahre in den polnischen Familien gepflegt worden war und die eine unsichtbare Brücke zwischen den Polen über die Grenzen hinweg errichtete. Dank der Sprache konnte man nicht nur die Idee der freien Heimat weitergeben, sondern auch den Geist der Nation und seine Tradition aufrechterhalten. Die Auswirkungen nationaler Werke auf das Gemüt der Menschen und die Hoffnungen, die sie erweckten, zeigen, welche Kraft es im Schaffen in der Nationalsprache gibt, egal ob das ein Gedicht, ein Prosawerk, oder ein einfaches Lied ist. Man griff zum einzigen verfügbaren Instrument, das den Polen aus allen Teilungsgebieten zur Verfügung stand und das sie verband. Im 19. Jh. war es die Sprache. Lieder überwand die Grenzen der Teilungsgebiete und vereinten geistig die polnische

Bevölkerung in der Hoffnung auf eine bessere Zeit und ein Leben im eigenen, freien Land. Wesentlich war, dass man durch die Sprache wichtige Inhalte seiner Existenz zum Ausdruck bringen konnte und dass die Sprache mit dem Volk weiterlebte. „... mit ihnen [Polen] überlebten viele der weniger greifbaren Elemente des alten polnischen Lebens: ihre Kultur, ihre Sprachen, Religionen, ihre gesellschaftlichen und politischen Einstellungen. Diese Überbleibsel bildeten die lebendige Brücke zwischen Polens ehrwürdiger Vergangenheit und seiner ungewissen Zukunft.“ (Davis 2006: 286).

Es sind nur einige wenige Beispiele von vielen erwähnt worden, die als eine Illustration dienen sollen, wie stark die Sprache in der Nation verwurzelt ist. Nur das Lied ist angeführt worden, denn es ist eine leicht zugängliche Gattung, die breite Bevölkerungsschichten, die ja ein großes Potential einer Nation darstellen, anspricht. So war es auch das Ziel der Verfasser – möglichst vielen Hoffnung und Mut zu geben und vor allem die Verdrängung des Gedanken an die Freiheit aus dem Gedächtnis der Polen nicht zuzulassen. Es gelang auch, wie die Wahrnehmung und die enthusiastische Reaktion der polnischen Bevölkerung auf die Lieder sowie auch ihre Anteilnahme bei der Wiedererlangung der Unabhängigkeit zeigte. Diese Art der Dichtung hatte eine psychologische Bedeutung und war für den Geist der Menschen ausserordentlich wichtig. Die allgemeine Überzeugung über den Rang der Sprache im Leben des Einzelnen und des Volkes findet hier ihre Begründung. „In Polen bildet die Sprache noch stärker als die Geburt oder die Religion das Wesenselement der polnischen Nationalität.“ (Davis 2006: 298). Eine solche Meinung vertritt ein Historiker aus der heutigen Sicht. Über eine Ansicht eines Zeitzeugen informiert uns das Regierungs-Präsidium Marienwerder (Kwidzyna – Westpreußen) in einem Bericht vom Jahr 1900. Indem es sich auf eine Zeitung „Gazeta Grudziądzka“ beruft, schreibt es, dass „die polnische Sprache nächst dem polnisch-katholischen Glauben das heiligste unveräußerliche Gemeingut der Nation sei, mit dessen Aufgeben auch nur zum geringsten Teil ein Verrat an der polnischen Nation verbunden sei.“ (in: Schattkowsky 2004: 45).

Die Dichtung von Liedern wurde auch im 20. Jh. fortgesetzt. Das Lied stieg zum Thema eines Films auf. 1947 griff ein Regisseur der polnischen Kinematographie Leonard Buczkowski die Thematik auf. Es wurde ein berühmter Film unter dem Titel: „Die verbotenen Lieder“, dessen Held verschiedene patriotische, scherzhafte und satirische Lieder sind, aufgedreht. Während der deutschen Okkupation wurden die Lieder auf den Warschauer Straßen, im Zug und in der Straßenbahn trotz Angst gesungen. Im Film werden

im Hintergrund der gesungenen Lieder menschliche Schicksale im Krieg gezeigt. Die spontan gesungenen Lieder halfen den Menschen für eine kurze Weile den schwierigen und unsicheren Alltag zu vergessen und neue Kräfte zum Überleben noch eines Tages zu sammeln, denn jeder Tag konnte für viele der letzte sein. Auch hier ist die Bedeutung der in der eigenen Sprache aufgeführten Werke, besonders wenn sie verboten sind, anschaulich dargestellt.

Jede Repression seitens des Besatzers in Polen brachte das Gegenteil von dem, was man mit der Germanisierungspolitik und Russifikation erreichen wollte. Auch die von Wien angewandte Methode von „Zuckerbrot und Peitsche“ blieb erfolglos. Die von den Besatzern angestrebte Erhöhung des Wohlstandes reichte nicht, um aus den Polen dankbare und gute Untertanen zu machen, weil „Ordnung und Wohlstand allein keine Erfüllung und Befriedigung gewähren.“. Man übersah in Berlin, Moskau und Wien, „dass trotz allem der polnische Mensch nicht vom Brot allein lebt“ (Davis 2006: 249). Das mussten auch polnische Kinder verspüren, sonst wäre es nicht zum berühmten Widerstand der Kinder in Wrzesnia (Wreschen, im preußischen Teilungsgebiet) gekommen. 1901 protestierten 118 (von insgesamt 158 in drei höheren Klassen) polnische Kinder gegen den verpflichtenden Religionsunterricht in deutscher Sprache. Dafür, dass sie sich weigerten Deutsch zu sprechen, wurden sie vom Lehrer gezüchtigt und in weiterer Folge viele Eltern verhaftet. Zu milderen Strafen gehörte Nachsitzen in der Schule, Versetzen der Kinder in die niedrigeren Klassen, Verlängerung der Schulpflicht und administrative Strafen für die Eltern. Der Streik übertrug sich auf andere Schulen, so dass er ca. 800 von 1100 Schulen im preußischen Teilungsgebiet umfasste. Insgesamt manifestierten auf diese Weise ca. 75.000 Kinder ihre polnische Zugehörigkeit. Die Ereignisse wurden zu einem Symbol für den Kampf um die polnische Sprache und gegen die preußische Bildungspolitik. Sie fanden einen starken Widerhall in der ausländischen Presse und in der Literatur und zwar nicht nur der großen Dichter und Schriftsteller (Maria Konopnicka schrieb damals u.a. die o.e. „Rota“; Henryk Sienkiewicz, seit 1905 berühmt als Literaturnobelpreisträger, schrieb einen offenen Brief an den Kaiser Wilhelm II., der in allen polnischen Zeitungen im österreichischen und russischen Teilungsgebiet und vielen ausländischen Zeitungen veröffentlicht wurde), sondern auch der Kinder selbst. Aufgefordert am Anfang des Religionsunterrichts „Vater unser“ auf Deutsch zu sprechen, antworteten die Kinder auf Polnisch mit einer Eigenschöpfung: „My z Tobą Boże rozmawiać chcemy, lecz „Vater

unser“ nie rozumiemy i nikt nie zmusi nas Ciebie tak zwać, boś ty nie Vater, lecz Ojciec nasz“, was sich folgendermaßen übersetzen lässt: Gott, wir wollen gerne mit Dir reden, aber wir „Vater unser“ nicht verstehen, und niemand kann uns zwingen Dich so zu nennen, weil wir dich nicht als Vater sondern Ojciec kennen (poln. ojciec – Vater; eigene Übersetzung) – (<http://wrzesnia.w.interia.pl/historia/strajk.htm>, http://www.muzeum.wrzesnia.pl/muzeum/hist_eksp.html - 13.8.08).

Um die Wende vom 19. auf das 20. Jahrhundert und besonders nach dem 1. Weltkrieg setzte eine Reinigung der polnischen Sprache von Germanismen, sowie auch von ebenfalls negativ empfundenen Russizismen ein. Man war der Auffassung, dass der polnische Wortschatz reich genug sei, um aus eigenem Wortbestand zu schöpfen. Der Autor eines Polonisierungswörterbuches Eugeniusz S. Kortowicz hat die Bedeutung der Sprache kurz und prägnant formuliert: "A nie majac ziemi i mowy polskiej, nie ma Polski i Polakow." ("Und wenn man kein polnisches Land und keine polnische Sprache hat, so gibt es kein Polen und keine Polen." (Kortowicz 1891: VII. - Übers.: R.L. - *Linguistik online* 8, 1/01 Deutsche Entlehnungen im Polnischen - Geschichte, Sachbereiche, Reaktionen, Ryszard Lipczuk (Szczecin), in: http://www.linguistik-online.de/1_01/Lipczuk.html - 30.6.2008.). Anscheinend musste die preußische Regierung mit ihren strengen Germanisierungsversuchen im 19. Jh. diese Art der Auffassung teilen. Sonst hätte sie nicht so viel Zeit und Kraft in die Versuche investiert, die polnische Sprache auszurotten. Auf die historischen Hintergründe wird noch im dritten Kapitel ausführlicher eingegangen.

Die Notwendigkeit einer sprachlichen politischen Maßnahme verteidigte ein hoher preußischer Beamte mit den Worten, „dass ein Staat, welcher auf das nationale Gepräge Wert legt, die Nationalsprache als ein Wahrzeichen seiner Einheit im gesamten öffentlichen Leben zur Anwendung bringen muss.“ (Broszat 1972: 138).

2. Theoretische Grundlagen der Sprache

2.1. Sprachwissenschaftliche Ansätze

Anders als im herkömmlichen Sinn wird die Sprache in der Sprachwissenschaft definiert. Sie ist ein komplexes Phänomen. Je nachdem welche Aspekte, Ebenen, Funktionen oder Eigenschaften man hervorheben will, gibt es verschiedene Auffassungen der Sprache. Nur zur allgemeinen Orientierung werden einige aufgelistet, um zu zeigen, dass bei der Entstehung der Sprache, die wir jeden Tag verwenden, verschiedene Faktoren und Funktionen der Sprache mitspielen:

- strukturell-soziologischer Ansatz bei F. de Saussure („Sprache ist Form, nicht Substanz“ – in: Welte 1974: 583). Die Sprache ist auch – wie im vorigen Kapitel behandelt – „der soziale Teil der menschlichen Rede und ist unabhängig vom Einzelnen, welcher für sich allein sie weder schaffen noch umgestalten kann...“ (in: Welte 1974: 583);
- mechanistisch-behavioristischer Ansatz bei L. Bloomfield (ein stimulus-response-Schema) (Welte 1974: 583);
- das Organon-Modell der Sprache bei K. Bühler mit Ausdrucks-, Darstellungs- und Appellfunktion (Welte 1974: 584);
- idealistisch-energetischer Ansatz bei L. Weisgerber (die Funktion der Sprache ist „eine Realität zu erschaffen, indem sie beobachtbare faktische Gegebenheiten ordnet.“ - Stolze 1997: 30-31);
- pragmalinguistischer Ansatz – die Sprache ist als „ein System verbaler Zeichen, das dem Denk- und Erkenntnisprozess dient, das Kommunikation, Fixierung und Tradierung von Erfahrung und Wissen ermöglicht.“ (in: Lewandowski 1994: 995), definiert;
- mathematisch-formaler Ansatz bei N. Chomsky, nach dem die Sprache „eine Menge der von einem bestimmten Grammatikalgorithmus generierbaren Ketten von Symbolen aus einem gegebenen finiten Alphabet“ ist (Welte 1974: 586).

Ein Versuch der Charakterisierung der Sprache hängt also mit einem Forschungsobjekt zusammen. Die Erstellung einer umfassenden Definition der Sprache wäre „von zweifelhaftem Nutzen, dazu schwerfällig und überladen“. (in: Lewandowski 1994: 995).

Unabhängig vom jeweiligen Ansatz stellt jede Sprache einen Code von Zeichen dar, der nicht für jeden verständlich ist, aber jeder Mensch besitzt die kognitive Fähigkeit den Code – die Sprache zu erlernen, was ihn von Tieren unterscheidet. Zur Verständigung in einer Sprache ist es daher notwendig, den Code zu kennen, denn der Begriff (ein Denkelement) und seine Benennung (ein oder mehrere Wörter) ist nicht an eine bestimmte Sprache gebunden. Er ist von dem jeweiligen gesellschaftlichen und kulturellen Hintergrund beeinflusst. „Durch verschiedene Sprachen entstehen unterschiedliche Weltansichten, ja aus dem Blickwinkel des einzelnen sogar unterschiedliche Wirklichkeiten“ (Stolze 1997: 30). Das ergibt sich daraus, dass die Wirklichkeit unterschiedlich begriffen und eingeteilt wird. Im Zusammenhang damit entsteht manchmal die Notwendigkeit des Wortentlehns aus einer anderen Sprache, weil man in der eigenen Sprache nicht immer über ein richtiges Wort verfügt, das einen Ausschnitt einer bestimmten Wirklichkeit umfassen würde. So bedient man sich z.B. im Deutschen eines englischen Wortes „live“ um auszudrücken, dass gerade zur Zeit der Ausstrahlung im Fernsehen, eine Diskussion stattfindet. Im Polnischen dagegen gibt es dazu einen Ausdruck „na żywo“, das Entleihen war nicht nötig.

Derselbe Sachverhalt wird in verschiedenen Sprachen unterschiedlich gesehen. Davon kann man sich am Beispiel der Farbwörter überzeugen. Es kommt zu begrifflichen Überschneidungen. „Blau“ im Deutschen entspricht nicht genau dem polnischen Wort „niebieski“, denn „niebieski“ assoziiert der Pole mit einer hellen Farbe, während „blau“ sowohl „hellblau“, als auch „dunkelblau“ bedeuten kann. Für „dunkelblau“ gibt es wiederum im Polnischen einen Ausdruck „granatowy“.

2.2. Sprache als lexikalisches System

„Sprechen heißt in erster Linie: Wörter gebrauchen“ (nach E. Leisi, in: Lewandowski 1994: 1247). Was ist ein Wort, in der Sprachwissenschaft Lexem genannt?

Diese Frage stellten sich schon große griechische Denker im Altertum. Als erste befassten sich die Sophisten mit dem Verhältnis zwischen dem Wort und dem Objekt. Für

sie war das Wort der Geist, der als Sprache erscheint. Platon versuchte ein die Beziehung zwischen Laut und Bedeutung betreffendes Dilemma zu lösen, ob sie arbiträr war oder nicht. Dieses Problem besteht auch in den nächsten Jahrhunderten. Im 18. Jahrhundert z.B. fand es seine Widerspiegelung in einem Aphorismus von G. Ch. Lichtenberg: „Es war ihm unmöglich die Wörter nicht in dem Besitz ihrer Bedeutungen zu stören.“ (Lichtenberg, Ausgabe 1994: 186).

Bis heute gibt es keine alle Aspekte berücksichtigende Definition des Wortes, die alle zufriedenstellt. Nach T. Lewandowski ist es „ein sprachliches Zeichen, eine Grundeinheit der Sprache und des Spracherwerbs, eine für den natürlichen Sprecher intuitiv gegebene Einheit von Form und Bedeutung.“ (Lewandowski 1994: 1247).

Abhängig von der Ebene gibt Brockhaus Enzyklopädie folgende Definitionen an: auf phonetisch-phonologischer Ebene ist das Wort „ein- oder mehrsilbige Phonemfolge“; orthographisch-graphemisch „werden Wörter durch Leerstelle im Schriftbild abgegrenzt“; morphologisch sind es „Grundelemente von grammat. Paradigmen wie Konjugation und Deklination“; lexikalisch-semantisch „kleinste, relativ selbstständige Bedeutungsträger“ und syntaktisch „die kleinsten verschiebbaren und ersetzbaren Elemente eines Satzes“ (Brockhaus 30, 2006: 310).

Gegenwärtig wird das Wort auch als „strapazierfähiger Arbeitsbegriff“ bezeichnet (Welte 1974: 580).

Wie aus den o.g. Beispielen ersichtlich ist, ist eine umfassende Definition des Wortes zwar nicht gelungen, aber man kann in der Grammatik nach morphologischen, semantischen und syntaktischen Merkmalen folgende Wortarten ausgliedern: Verb, Substantiv, Adjektiv, Adverb, Artikel, Pronomen, Numerus, Präposition, Konjunktion und Interjektion. Davon sind Verb, Substantiv, Adjektiv, Artikel, Pronomen und Numerus flektierbar, wobei das Verb konjugiert und die restlichen dekliniert werden. Diese Gliederung betrifft die deutsche Sprache, denn die polnische unterscheidet sich in dieser Hinsicht durch das Fehlen des Artikels. Seine Rolle im Polnischen übernehmen die Endungen, die den Kasus, Numerus und Genus signalisieren.

Die Gesamtheit aller Wörter einer Sprache bildet den Wortschatz der Sprache, d.h. „den Bestand an lexikalischen Zeichen (Lexemen) einer Sprache zu einem bestimmten Zeitpunkt ihrer Entwicklung.“ (Fleischer 2001: 62). Das heißt, dass der Wortschatz nicht unveränderlich ist. Wenn man eine Sprache in verschiedenen Epochen untersucht, sieht

man, dass der Wortschatz von Jahrhundert zu Jahrhundert anders aussieht. Wenn man dabei auch politische Begleitumstände und soziale bilaterale Kontakte berücksichtigt, kann man auch äußere Einflüsse exzerpieren.

Der Wortschatz ist ein wichtiger Bestandteil des Sprachsystems. Es ist bewiesen worden, dass „... mit der Lexik phonetisches, grammatisches, semantisches und pragmatisches Wissen erworben wird...Das Lexikon steht mit anderen Teilsystemen der Sprache in Wechselbeziehungen und wirkt im sprachlichen Handeln mit ihnen zusammen. Aber es stellt kein statisches Inventar von Wortschatzeinheiten dar, sondern seine Einheiten sind gleichzeitig Medium, Voraussetzung und Resultat sprachlichen Handelns...“ (Fleischer 2001: 62). In dem Zusammenhang ist die Sprache als ein lexikalisches System zu verstehen (zu griech. *lexikos* = das Wort betreffend, zu *lexis* – Rede, Wort – Duden Uni, 2003: 1016).

Durch die sich ständig verändernde Wirklichkeit (z.B. die Computerbranche) unterliegt auch der Wortschatz Änderungen. Zur Hilfe beim Benennen neuer Inhalte kommen u.a. Entlehnungen, besonders dann, wenn der eigene Wortbestand nicht ausreichend und nicht immer hilfreich ist.

2.3. Wortschatzerweiterung

Wie entstehen neue Benennungen (Wörter) in einer Sprache, wenn ganz neue Disziplinen und damit neue Sachverhalte entwickelt werden, wie z.B. neue Technologien? Und wie wird der neue Wortschatz in andere Sprachen übertragen, die vor der Aufgabe stehen, für eine bisher unbekannte Wirklichkeit neue Ausdrücke finden zu müssen?

Es gibt folgende Möglichkeiten:

- Wortbildung,
- Wortschöpfung,
- Entlehnung.

Die ersten zwei werden nur kurz erwähnt, da nur die Entlehnung für die Arbeit relevant ist.

Wortbildung – die drei wichtigsten Arten sind:

- a) Ableitung (Einsam-keit)
- b) Zusammensetzung (Kirsch-baum) – im Polnischen unüblich (Eggers 1987: 29)

c) Präfixbildung (aus-lachen)

Wortschöpfung – Wörter werden neu geprägt anhand von vorhandenem Sprachmaterial, es entstehen sogenannte Neologismen (Wahrig 2006).

Entlehnung

Nach dem „Linguistischen Wörterbuch“ von Theodor Lewandowski ist die Entlehnung „Überführung oder Übernahme eines Zeichens aus einer Sprache in eine andere; Bereicherung des Wortbestandes einer Sprache, eines Dialekts oder Idiolekts durch den Wortbestand einer anderen Sprache, eines anderen Dialekts oder Idiolekts; Transfer lexikalischen Materials oder grammatischer Konstruktionen. Die Bedingungen für Entlehnung sind durch politische und ökonomische Wechselbeziehungen, durch Sprach- und Dialektmischung bzw. durch Sprachkontakt gegeben... Betrachtet man die Entlehnung im Sinne von Lehnwort oder Lehnwortschatz als entsprechende Teilmenge des Gesamtwortschatzes des Deutschen, der aus sog. Erbwörtern, Neuwörtern und Lehnwort besteht, dann lässt sich der Lehnwortschatz folgendermaßen unterteilen:

1. Lehnprägungen bei denen nur Bedeutungselemente entlehnt werden mit

- a) Lehnübersetzungen – Glied-für-Glied-Übersetzung,
z.B. Flutlicht nach engl. floodlight,
- b) Lehnübertragungen – nur teilweise Übersetzung der fremden Bestandteile,
z.B. Wolkenkratzer – engl. skyscraper (sky = Himmel),
- c) Lehnschöpfungen – vom fremden Wort unabhängige Bildung
z.B. Wasserglätte – engl. aquaplaning
- d) Lehnbedeutungen – das alte Wort erhält eine neue Bedeutung,
z.B. jn. schneiden nach engl. to cut a person,

2. Lehnwörter (z.B. Büro usw.).“ (Lewandowski 1994: 263-264 und Duden 7, 2001: 88-89).

In der polnischen Sprache werden die Entlehnungen folgendermaßen eingeteilt:

- 1. in Bezug auf den Gegenstand der Entlehnung,
- 2. in Bezug auf die Anpassung an die polnische Sprache,
- 3. in Bezug auf die Herkunft der Entlehnung,

ad. 1. Gegenstand der Entlehnung:

- a) echte Entlehnungen (zapożyczenia właściwe) – wo das Wort mit seiner Bedeutung übernommen wird (event. mit einer vereinfachten Aussprache und Schreibweise),
z.B. Bürgermeister - burmistrz
- b) Lehnübersetzungen (zapożyczenia strukturalne/kalki) – die genaue Übersetzung von fremden Konstruktionen. Man unterscheidet die Übersetzung:
 - * einzelner Wörter (kalki słowotwórcze), z.B. Vor-stellung – przed-stawienie,
 - * phraseologischer Ausdrücke (kalki frazeologiczne),
z.B. eine Frage stellen – stawiać pytanie
 - * Lehnbedeutung (kalki znaczeniowe), z.B. cienka aluzja anstatt subtelna aluzja (nach dem russischen Ausdruck),
- c) semantische Entlehnungen (zapożyczenia semantyczne) – die Entlehnung einer neuen Bedeutung zu einem schon existierenden Wort,
z.B. korespondować – 1. nach lat. schriftliche Korrespondenz führen,
2. engl. to correspond – entsprechen

Man muss zwischen der Lehnbedeutung (kalka znaczeniowa) und der semantischen Entlehnung (pożyczka semantyczna oder kalka semantyczna) unterscheiden. Das Ergebniss der semantischen Entlehnung ist die Polysemie von Wörtern und der Lehnbedeutung eine neue lexikalische Einheit (B. Ligara 1987: 191 in: Witaszek-Samborska 1993: 15).

- d) künstliche Entlehnungen (zapożyczenia sztuczne) – ein Wort wird aus Bestandteilen einer Fremdsprache neu gebildet. Das Wort existiert in der Fremdsprache nicht oder hat eine andere Bedeutung,
z.B. telefon (Telefon) – gr. tele – daleko (weit) + gr. phone – dźwięk (Klang).

Eine interessante Variante bilden die sogenannten Hybriden. Das sind Zusammensetzungen aus Wörtern aus verschiedenen Sprachen. Ein typisches Beispiel dafür ist ein in den polnischen Medien seinerzeit oft anzutreffendes Wort „sznapsgate“, das sich aus zwei Wörtern, einem deutschen und einem englischen zusammensetzt. Interessant dabei ist, dass das deutsche Wort „Schnaps“ an die polnische Schreibweise angepasst worden ist und die Aussprache ist gleich, während vom Englischen sowohl die

Schreibweise als auch die Aussprache übernommen worden sind. In dem Fall ist nur eine der Bedeutungen von „gate“ entlehnt worden und zwar im Sinne von einer „Affäre“.

ad. 2.

Anpassung an die polnische Sprache:

- Übernahme von Wörtern oder Ausdrücken in einer unveränderten Form:
z.B. fr. a propos, engl. sorry
- Wörter teilweise angepasst – als fremd empfunden, aber in der polnischen Lexik vertreten, z.B. bikini, tabu (Bikini, Tabu),
- Wörter völlig assimiliert, die als polnisch empfunden werden,
z.B. bursztyn, majster (Bernstein, Meister).

ad. 3.

Herkunft der Entlehnungen – die Entlehnungen aus der deutschen Sprache heißen Germanismen (germanizmy).

Außer Entlehnungen aus einzelnen Sprachen gibt es auch:

Internationalismen – internationale Wörter, die in verschiedenen Sprachen die gleiche Bedeutung haben, nur die Form ist unterschiedlich,

z.B. pl. globalizacja – dt. Globalisierung, engl. globalization, ital. globalizzazione, nl. globalisering, rus. globalisatija

und *Exotismen* – fremdsprachige Wörter, die auf einen Begriff der fremdsprachigen Umwelt beschränkt bleiben (Duden Uni 2003: 505), z.B. aus jap. kimono (Kimono), span. hacjenda (Hacienda) (Markowski 2002: 1774-1775).

3. Die deutschen Entlehnungen in der polnischen Sprache

Aus verschiedenen Gründen ist es schwierig den Anteil von Fremdwörtern in einer Sprache festzustellen. Ins Polnische kamen viele deutsche Wörter durch Vermittlung des Tschechischen oder aus dem Lateinischen durch Vermittlung des Deutschen. So geben einige Wissenschaftler (Ryszard Lipczuk) das Wort „papier“ (Papst) als eine direkte Entlehnung aus dem Deutschen an, andere (Alicja Karszniewicz-Mazur) als eine deutsche Entlehnung mit tschechischer Vermittlung. Nicht immer eindeutig für die Quelle der Entlehnung ist die Ähnlichkeit der Suffixe, A. Karszniewicz-Mazur z.B. betrachtet Worte mit dem Suffix –(i)tät (dt.), –(y)tet (poln.) in Wörtern wie: Fakultät – fakultet, Immunität – immunitet, Universität – uniwersytet, als deutsche Entlehnungen und das Fremdwörterbuch von PWN (Słownik wyrazów obcych PWN 1993: 254, 358, 890) als eine lateinische. Es gibt also verschiedene Kriterien der Untersuchung der Herkunft eines Wortes, die jeder Sprachwissenschaftler arbiträr als angebracht einstuft und nach denen er sich dann in seinen Untersuchungen richtet. Daher sind die Zahlen, was den Anteil deutscher Lehnwörter im Polnischen betrifft, unterschiedlich angegeben.

Dem Buch „Die deutschen Lehnwörter im Polnischen“ von W. Kaestner zufolge beträgt der Anteil der deutschen Entlehnungen 3 % der gesamten polnischen Lexik (Kaestner 1939: XVII). Die Berechnungen wurden aufgrund des polnischen Wörterbuchs von Samuel Linde gemacht, das Anfang des 19. Jhs. herausgegeben wurde.

M. Witaszek-Samborska untersucht gegenwärtig den prozentuellen Anteil aller Fremdwörter in der polnischen Sprache anhand von Frequenzwörterbüchern und berechnet ihn auf 26,2 %. Sie schätzt den Anteil der deutschen Entlehnungen auf 5,4 % des polnischen Wortschatzes und in Texten auf 3,3 %. Bei dieser quantitativen Analyse hat sie echte (lexikalische) und künstliche Entlehnungen berücksichtigt, nicht aber semantische und Lehnübersetzungen exzerpiert. Sie richtet sich nach dem Prinzip, dass ein Wort aus der Fremdsprache kommt, aus der es direkt übernommen wurde, unabhängig von seiner ursprünglichen Herkunft (Witaszek-Samborska 1993: 14-19).

Die Ergebnisse veranschaulicht die unten angegebene Tabelle (in: Wiktorowicz 2002: 344):

	gesamte Lexik (in %)	in Texten (in %)
Entlehnungen insgesamt	26,2	14,5
Griechisch-Lateinisch	11,0	6,2
Deutsch	5,4	3,3
Französisch	4,3	2,0
Tschechisch	1,9	2,2
künstliche Fremdwörter	1,6	0,4
Englisch	1,0	0,3
Italienisch	0,8	0,3
Ukrainisch-Weißrussisch	0,5	0,15
Russisch	0,4	0,09

Prozentualer Anteil der Entlehnungen im modernen polnischen Wortschatz
(nach Witaszek-Samborska 1993)

Wie aus der Tabelle ersichtlich ist, sind die deutschen Entlehnungen nicht die einzigen in der polnischen Sprache. Aus dem Latein stammen z.B. zweimal so viele Wörter im Polnischen. In dem Moment jedoch, wo es als lingua franca an seiner Bedeutung verloren hat, haben auch seine Auswirkungen auf andere Sprachen nachgelassen. Heute ist Latein die Sprache der Juristen und Mediziner, während das Polnische weiterhin aus dem Deutschen (wenn auch in kleinem Ausmaß) Wörter entlehnt.

Ulrich Drechsel (1996) fand „im Großwörterbuch Polnisch-Deutsch von Jan Piprek et al. 3419 (ca. 1,71 %) und in einem wissenschaftlich-technischen Wörterbuch 870 (ca. 0,87 %) deutsche Lehnwörter, ..., allerdings gibt Drechsel zu, dass manche umstrittenen Wörter sowie Lehnübersetzungen außer Betracht blieben“. Er meint, „dass der deutsche Anteil am heutigen polnischen Fachwortschatz eher unbedeutend ist. Innerhalb des allgemeinsprachlichen Wortschatzes hingegen haben Wörter deutscher Herkunft ihren festen Platz und stellen in ihrer Gesamtheit seit längerem eine relativ konstante Größe dar.“ (in: Lipczuk 2001: 1 http://www.linguistik-online.de/1_01/Lipczuk.html).

Im „Mały słownik terminów z zakresu socjolingwistyki i pragmatyki językowej“ von A. Skudrzykowa und K. Urban wird die Zahl der Germanismen in der polnischen

Gegenwartssprache auf ca. 4.000 und z.B. der Latinismen auf 10.000 geschätzt (Skudrzykowa, Urban 2000: 41, 95).

Die deutschen Entlehnungen in der polnischen Sprache betreffen vorwiegend den lexikalischen Bereich. Zahlenmäßig stellen sie sich im Laufe der Geschichte folgenderweise dar: „Von den über 600 Wörtern deutscher Herkunft, die im „Słownik wyrazów obcych“ (Red. J. Tokarski 1971) unter den Buchstaben A-K registriert sind, sind fast die Hälfte (47,5 %) Wörter mit sehr langer Tradition,...; nicht ganz ein Fünftel sind Übernahmen aus dem 20. Jh. Folglich stammen über 33 % des Wortbestandes deutschen Ursprungs, ..., aus dem 19. Jh.“ (Buttler 1986: 559).

Erste Entlehnungen stammen in kleiner Anzahl aus dem Althochdeutschen aus drei Sachgebieten: Alltag, Religion und Verwaltung, z.B.:

<i>dt.</i>	<i>poln.</i>
biscof	biskup
klostar	klasztor
kuhina	kuchnia
(h)wila	chwila

Aus der Periode des Mittelhochdeutschen, also der Zeit der deutschen Ansiedlungen in Polen im 13. und 14. Jahrhundert stammen mehr als 400 Wörter, die später teilweise verschwunden waren. Dabei gibt es nur zehn Lehnwörter aus dem niederdeutschen Raum, z.B.:

<i>nd.</i>	<i>poln.</i>
Brack (Fehler)	brak
Kavel (Fragment)	kawał

Die deutschen Ansiedler haben Handwerkskunst mitgebracht, daher stammen viele Entlehnungen aus dem Gebiet der Handwerk- und Baukunst, sowie auch aus der Verwaltung, weil es die Zeit der intensiven Städtegründungen nach deutschem Recht war. Die Wörter gelangten ins Polnische auf dem mündlichen Wege.

<i>mhd.</i>	<i>poln.</i>
Gemach	gmach
Gemeinde	gmina
Esterich	strych
Rinc	rynek
Vorwerk	folwark (Wiktorowicz 2002: 338-339).

„Die gesamte Stadtorganisation samt Architektur kam zuerst aus Frankreich und Italien nach Deutschland und dann über deutsche Ansiedler nach Polen. ... Gerade diese Entlehnungen haben sich bis heute erhalten und gehören zum Zentrum der polnischen Lexik. Sie sind völlig assimiliert und ihre fremde Herkunft ist oft nicht mehr erkennbar (z.B. bei *szafa* und *waga*)“ (Lipczuk 2001: 3, 6, http://www.linguistik-online.de/1_01/Lipczuk.html).

Nach der Zeit der deutschen Ansiedlungen kamen weitere Entlehnungen erst im 18. Jahrhundert ins Polnische unter der Herrschaft der Sachsenkönige August des Starken und August III., diesmal aus dem militärischen Gebiet. Zahlenmäßig waren es weniger Entlehnungen als im 13.-14. Jh.

<i>dt.</i>	<i>poln.</i>
Fechtmeister	fechmistrz
Rottenmeister	rotmistrz
Helm	hełm
Panzer	pancerz (Wiktorowicz 2002: 339)

Das 19. Jahrhundert verlief unter dem Zeichen der Teilungen Polens und gleichzeitig einer intensiven Germanisierungspolitik, was sich verständlicherweise mit einer größeren Welle deutscher Entlehnungen verband. Wieder kamen Entlehnungen aus dem Bereich des Handwerks und des Alltags (Gerichte, Gewebe, Kleidung). Charakteristisch ist, dass die Entlehnungen aus dieser Zeit in belletristischen Texten nicht vorkommen. „Die deutschen Entlehnungen aus dem Bereich der täglichen Gebrauchslexik überschreiten also nicht die Grenzen des *hohen Stils*.“ (Buttler 1986: 563). Entlehnt wird auch die militärische Terminologie (*hauptman*, *frajter*, *blockhaus*, *forwacht*, *feldwach*, *brustwer*, usw.). „Aber sogar dieser weitgehend adaptierte Wortschatz bildete ein äußerst unbeständiges Element in

der Lexik des 19. Jhs. Er bezog sich nämlich zu einem bedeutenden Teil auf fremde Realien, die dem polnischen Milieu von den Teilmächten aufgezwungen worden waren. Derartige Benennungen erwiesen sich als kurzlebig und verschwanden mit dem Wiederentstehen des polnischen Staatswesens.“ (Buttler 1986: 560-561).

Außerdem war die 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts die Zeit der industriellen Revolution. Es entstanden neue Realien und Bedürfnisse die resultierenden sprachlichen Lücken aufzufüllen. So kamen viele Fachausdrücke aus der Technik ins Polnische, von denen später viele durch polnische Benennungen ersetzt wurden. Interessant ist dabei, dass deutsche Lehnwörter aus technischen und finanziell-administrativen Bereichen kommen, während französische die geistige Kultur betreffen. So beispielsweise übernahm das Polnische französische Wörter aus dem Gebiet des Theaters (kabaret, variete, farsetka), aber aus dem Deutschen technische Ausdrücke:

poln.

ferzenk – versenkbare Bühne,

flug – Einrichtung für den Schauspieler zum Erheben über die Bühne

Für die Entlehnungen der damaligen Zeit ist noch ein weiteres Merkmal zu erwähnen. Die französischen Entlehnungen sind neutral und die deutschen haben manchmal eine eher negative Bedeutung. „Als Beispiele seien gesetzt ‚moralisch anrüchiges Geschäft‘ oder grynder ‚Person, die ein Unternehmen zu Spekulationszwecken gründet‘... genannt.... Bezeichnenderweise hatte die Mehrzahl von ihnen auf heimischem Boden einen neutralen Charakter; eine pejorative, triviale Färbung erhielten sie demzufolge erst im Polnischen, vgl. frajda, frajer, fuks, ... usw.“ (Buttler 1986: 561).

Die Mehrzahl der Entlehnungen sind Substantive, selten Verben und sporadisch Adjektive und Adverbien.

Die deutsche Sprache erfüllte auch eine Rolle des Vermittlers von Internationalismen und Exotismen, sowie auch von französischen Wörtern.

Neben politischen Maßnahmen und wirtschaftlicher Notwendigkeit spielten soziale und kulturelle Kontakte zwischen Polen und Deutschen eine große Rolle, daher stammen viele Entlehnungen aus der Alltagssprache. Die Deutschen, die in erster Generation nach Oberschlesien zugewandert waren konnten kein Polnisch und lebten isoliert. Sprachliche deutsch-polnische Kontakte bestanden zwischen den einheimischen Deutschen aus

gemischten Ehen und mit den Polen, meistens waren es Bauer und Arbeiter. Die Arbeiter sprachen aufgrund ihrer Beschäftigung öffentlich Deutsch, aber privat Polnisch. Die Bauern konnten ebenfalls Deutsch, aber sie taten es ungern. Von den beiderseitigen Kontakten zeugen vor allem Entlehnungen aus dem Alltag (cajtung, steknadla, ferhandlovauech, usw.). Manchmal zwang der Mangel polnischer Wörter zum Entleihen aus dem Deutschen, ein anderes Mal war es „das unbewusste Verlangen, durch den Gebrauch solcher Bildungen als mit den Deutschen gleichberechtigt zu erscheinen...“ (Reiter 1960: 51-53).

Die Entlehnungen aus der Teilungszeit spielen heute nur „eine eher marginale Rolle. ... Viele von ihnen sind als umgangssprachlich einzustufen (z.B. fajny, frajda).“ (Lipczuk 2001: 6 http://www.linguistik-online.de/1_01/Lipczuk.html). Nach J. Wiktorowicz sind 40 % der deutschen Entlehnungen dieser Zeit dem heutigen polnischen Muttersprachler unbekannt (342).

Nach der Wiedererrichtung des polnischen Staates 1918 bemühte man sich das Polnische von fremden Einflüssen, besonders von den deutschen und russischen, zu befreien. Die Konnotation der Zeit der Teilungen mit strenger Germanisierungs- und Russifizierungspolitik hatte zur Folge, dass die Ausdrücke „Germanismus“ und „Russizismus“, im Gegensatz zu positiven Ausdrücken wie Latinismus oder Anglizismus, eher eine negative Assoziation auslösen.

Im Zuge der Reinigung polnischer Sprache von Fremdwörtern entstanden Neubildungen wie:

<i>altes Wort</i>	<i>neues Wort</i>
bormaszyna	-> wiertarka
wasserwaga	-> poziomnica
lochajza	-> dziurkownik
winkielajza	-> kątownik

und Lehnübersetzungen, z.B.:

Briefträger	- listonosz
Zeitschrift	- czasopismo
Wegweiser	- drogowskaz

feuerfest - ogniotrwały (Wiktorowicz 2002: 342-347).

Deutsche Entlehnungen und Ausdrücke aus der Zeit des 2. Weltkrieges (kennkarta, gestapo, u.a.) spielen keine Rolle im heutigen Polnisch. Der Wortschatz aus dieser Zeit ist nur in der Literatur zu finden (Lipczuk 2001: 4, 6, http://www.linguistik-online.de/1_01/Lipczuk.html)).

Zum Schluss werden noch im Bereich Lexik Entlehnungen aus den Sondersprachen, d.h. Gauner-, Pennäler-, Studenten- und Soldatensprache, erwähnt. Die deutschen Entlehnungen aus den Gebieten zeugen von engen Sprachkontakten auch dieser Bevölkerungsschichten. Besonder lebendig (trotz politischer Umstände) musste die „Zusammenarbeit“ deutscher und polnischer Gauner sein, denn von den o.g. Sondersprachen sind die deutschen Entlehnungen aus der Gaunersprache die zahlreichsten. Im 17. und 18. Jahrhundert gab es in schriftlichen Quellen noch keine Spuren von deutschen Entlehnungen. Sie wurden erst im 19. Jahrhundert festgestellt und zwar in nicht kleiner Anzahl von mind. 120 „terminologischen“ Ausdrücken und über 100 Lehnwörter des Gauneralltags. Manche gingen ins Polnische über das Jiddische über. Teilweise verzeichnete man auch russische und tschechische Einflüsse. Es gab auch Fälle, wo „die polnischen Phraseologismen die dt.-jidd. Ausdrucksweise beeinflussen. Eine solche gegenseitige Beeinflussung ist nur bei bilingualen Sprechern denkbar.“ (Horbatsch 1987: 76). An dieser Stelle werden einige deutsche Lehnwörter angeführt, als interessantes Beispiel intensiver Sprachkontakte und einer internationalen Verständigung.

Die unten verwendete Abkürzung Rw bedeutet „Rotwelsch“, d.h. deutsche Gaunersprache und jidd. – das Jiddische. Zuerst werden die polnischen Bezeichnungen mit Bedeutung unter Anführungszeichen und dann ebenfalls die deutschen angegeben.

foter „alter erfahrener Dieb“ – dt. Vater,

marwicher „Taschendieb“ – Rw merwiachen „stehlen“,

sznifer „Nachtdieb“ – Rw Schniffer „Dieb“,

szoper „Dieb, der vorbeifahrende Fuhrwerke bestiehlt“ – Rw Schupper „Betrüger“,

tojter „Dieb, der schlafende Säuer bestiehlt“ – jidd. tojt „tot“,

blita „Dieb von Kostbarkeiten“ – Rw Blüte „Dukaten“,

jolt „unerfahrener Dieb“ – Rw Jeled „Knäblein“,

szopenfeldziarz „Laden- und Marktdieb“ – Rw Schottenfeller „Laden- und Marktdieb“,

wisztok „unerfahrener Dieb“ – Rw Wittstock „Anfänger“ (Horbatsch 1987: 57-87).

Ein umfangreicherer Auszug von Ausdrücken aus der Gauner-, Pennäler-, Studenten- und Soldatensprache ist im Glossar zu lesen.

Der Entlehnungsprozess umfasst auch (außer Lexik) den morphologischen Bereich. Es wurden zwei deutsche Suffixe –er und –är entlehnt, die bei der Bildung von Berufsbezeichnungen gebraucht werden. Die polnischen Suffixe –arz und –erz erfüllen die gleiche Funktion.

Es gibt Berufsbezeichnungen, deren lexikalische Basis deutsche Wörter bilden, z.B.:

dt.	poln.
Maler	malar z
Schlosser	ślusar z
Kanzler	kancler z

und Berufsbezeichnungen, die eine polnische lexikalische Basis haben, z.B.:

stolar**z** – Tischler
piekar**z** – Bäcker

Ein anderes Suffix, das aus dem deutschen –unc entlehnt wurde, ist das polnische –unek, z.B.:

rachun**ek** – Rechnung
szacun**ek** – Achtung, Schätzung (Wiktorowicz 2002: 339)

Ein weiteres Beispiel der Entlehnung aus dem morphologischen Bereich ist die Übernahme (mit Ausnahmen) des maskulinen und femininen Genus, z.B.

der Wegweiser – drogowskaz (mask.),
die Konferenz – konferencja (fem.).

Das Neutrum wird, wiederum mit Ausnahmen, zum Maskulinum, z.B.

das Interesse – interes (mask.)

Die Feminina mit der Endung:

–ung werden zum Maskulinum mit der Endung –unek, z.B.

die Postierung – posterunek (mask.)

–ät werden zum Maskulinum mit der Endung –et, z.B.

die Universität – uniwersytet (mask.)

-age werden zum Maskulinum mit der Endung –aż, z.B.

die Camouflage – kamuflaż (mask.) (Henke 1970: 104-105)

Den dritten Bereich der Entlehnungen stellt die Syntax dar. Hier geht es um die sogenannten Funktionsverben, die Funktionsverbgefüge bilden, z.B.:

eine Frage stellen – stawiać pytanie,

ein Gespräch führen – prowadzić rozmowę

Es gibt auch polnische Entsprechungen für die deutschen Infinitivkonstruktionen „sein + zu + Infinitiv“ und „haben + zu + Infinitiv“. Anstatt des deutschen Infinitivs steht die substantivierte Form, z.B.:

Der Schmerz ist nicht zu ertragen. – Ból jest nie do **wytrzymania**.

Ich habe etwas zu tun. – Mam coś do **zrobienia**. (Wiktorowicz 2002: 344-347)

So stellen sich in Kürze die Bereiche der deutschen Entlehnungen im Polnischen vor. Da sie aber nicht der Hauptgegenstand dieser Arbeit sind, wurden sie in komprimierter Form zur Orientierung behandelt.

4. Historische und politische Einflüsse

Es besteht ein Zusammenhang zwischen dem Auftreten der deutschen Entlehnungen in der polnischen Sprache und den geschichtlichen Ereignissen, sowie auch der bewusst geführten Politik. Die Präsenz der deutschen Entlehnungen im Polnischen ist daher in den verschiedenen Perioden der Geschichte sehr unterschiedlich.

Die erste große Welle der deutschen Entlehnungen verzeichnet man im Zuge der deutschen Kolonisation im 13. und 14. Jahrhundert östlich der Oder. Das Thema der Ansiedlung in sich ist sehr kontroversiell und oft überschatten Emotionen die Fakten. Von der reichen Literatur zum Thema Kolonisation ist neben dem Buch „Die Deutschen in Ostmittel- und Osteuropa“ von Lothar Dralle vorwiegend das Buch von Charles Higounet „Die deutsche Ostsiedlung im Mittelalter“ benutzt worden. Er denkt, die Person aus einem Zitat von einem französischen Historikers Marc Bloch zu sein, der den Tag erleben möchte, „an dem dieses herrliche Thema einen Forscher findet, dem es seine Abkunft gestattet, bis auf den Grund zu graben, weil sie ihm das göttliche Privileg verleiht, vorurteilslos zu sein...“ (Higounet 1990: 19).

Die deutschen Ansiedler brachten ihre arbeitswilligen Hände und ihre Kultur mit, die sich auf die polnische auswirkte, aber auch umgekehrt. Denn obwohl man oft in der deutschen Geschichtsschreibung annimmt, dass „durch den Treck der Deutschen nach Osten dorthin überhaupt erst Kultur gebracht worden sei...“ (in: Dralle 1991: 1), ist Ch. Higounet der Auffassung, dass „die Grenze im Osten des Reiches sich vorschob in ständigem Kontakt mit den Völkern, deren Zivilisation fast ebenso hochentwickelt war wie die der Siedler, und dass ihre staatlichen Einrichtungen – zumindest in Polen, Böhmen und Ungarn – den Vergleich mit dem Westen nicht zu scheuen brauchten.“ (Higounet 1990: 88).

Die von den deutschen Siedlern mitgenommenen neuen Ideen und Lösungen, z.B. auf dem Gebiet der Verwaltung und im Bauwesen, fanden ihre Widerspiegelung im polnischen Wortschatz, der teilweise bis heute beibehalten worden ist.

Im 14. Jahrhundert klang der Prozess der Kolonisierung aus und damit der Nährboden für das Entleihen deutscher Wörter. Die nächste günstige Periode für weitere Entlehnungen, allerdings nicht so zahlreiche, wie die erste Welle, trat im 18. Jahrhundert unter der Herrschaft der Sachsenkönige, August des Starken und August III., auf.

Danach kam die Zeit der Teilungen Polens Ende des 18. Jhs. bis 1918.

An dieser Stelle wird ein lexikalischer Exkurs gemacht, der das Wort „Teilung“ betrifft. In der deutschen Sprache hat dieses Wort eine völlig neutrale Bedeutung. Es impliziert nicht die Absicht der Person, die eine Teilung vornimmt und auch nicht das Empfinden der Person, die die Teilung betrifft. Es ist nur eine neutrale Feststellung, bei der man eher eine positive Handlung empfindet, die harmlos ist, unabhängig davon, was man teilt. Die Bezeichnung im Polnischen dessen, was mit Polen Ende des 18. Jahrhunderts passiert ist, ist keineswegs neutral, denn die Wörter „rozbiór“ (Teilung), „zabór“ (Teilungsgebiet) und „zaborca“ (Teilungsmacht) sind ausgesprochen negativ. Sie bedeuten etwas mit Gewalt, ohne Erlaubnis, gegen den Willen von jemandem wegzunehmen, jemanden berauben. Die Benennungen in der polnischen Sprache haben also eine sehr starke emotionale Färbung, die die deutschen überhaupt nicht enthalten und darüberhinaus entsprechen die polnischen besser der Realität von damals. Im Deutschen haben wir also mit einem Euphemismus zu tun.

Die Teilungen und damit die unmittelbaren Kontakte zwischen u.a. Polen, Österreichern und Deutschen dauerten 123 Jahre lang an. Die Teilungsgebiete waren einer aktiven Politik der Einverleibung in den jeweiligen Staat unterzogen. Diese Tatsache begünstigte auf natürliche Weise das Durchsickern deutscher Wörter ins Polnische. Allerdings waren für Deutschland und Österreich die Resultate der Germanisierungspolitik nicht zufriedenstellend. Ihre Strenge und das charakteristische für Polen ewige Streben nach Unabhängigkeit machten diese Politik zunichte. Das bedeutet für den Prozess des Entlehnens, dass Polen einen heftigen Widerstand leisteten und der deutschen Sprache abgeneigt waren, was dazu führte, dass mit der Wiedererrichtung des polnischen Staates 1918 sehr viele deutsche Wörter nicht beibehalten, sondern durch polnische ersetzt wurden.

Heutzutage ist die europäische Vereinigung ein wichtiger Faktor in den beiderseitigen deutsch-polnischen Kontakten, die besonders in den Grenzgebieten sehr rege sind, wofür es viele Beispiele gibt. Ganz allgemein sind aber die deutschen Entlehnungen in der Gegenwart nicht besonders zahlreich. Die englischen dominieren. Die Voraussetzungen für das Entleihen deutscher Wörter auf dem Wege von unmittelbaren persönlichen und gesellschaftlichen Kontakten sind jedoch gegeben.

4.1. Anfänge des polnischen Staates

Damit die Vorgänge des 13. und 14. Jahrhunderts für den Leser verständlich sind, wird mit den Anfängen des polnischen Staates im 10. und 11. Jh. und der allgemeinen damaligen Situation in Polen begonnen. So wird die deutsche Kolonisation in Polen im 13. und 14. Jh. in einen breiteren Zusammenhang gestellt und ihre Ursachen und das Zustandekommen des Phänomens werden klarer sein.

Die Geschichte Polens ist über 1000 Jahre alt. Sie beginnt 966, als Fürst Mieszko I. sich und sein Land taufen ließ. Dieses Datum muss erwähnt werden, denn es ist politisch und kulturell gesehen das wichtigste Ereignis in der Geschichte Polens (Łojek 1994: 12). Die Taufe erfolgte nämlich nach lateinischem Ritus und öffnete Polen für die Einflüsse vom Westen und der westlichen Kultur, inklusive der Annahme der Schrift. 22 Jahre später nahm auch Kiewer Rus die Taufe an, allerdings nach byzantinischem Ritus. Somit wurde die Grenze zwischen den Einflüssen der westlichen und östlichen Kultur, Weltanschauung, Politik und Mentalität gezogen.

Die Annahme des Christentums von Mieszko I., der aus eigenem Willen diesen Schritt getan hatte, war sehr weitsichtig und äußerst vernünftig, denn es war nur eine Frage der Zeit bis das christliche Deutschland das heidnische Gebiet im Osten erobern und in seine Grenze einverleibt hätte, wie das mit dem Gebiet zwischen Elbe und Oder geschah. Es sah sich nämlich, als ein christliches und kaiserliches Land und vor allem als Nachfolger Karl des Großen und des Römischen Reiches dazu berufen, Heiden zum katholischen Glauben zu bekehren. Der Eroberung solchen Gebietes folgte die Eingliederung in die deutsche Kirchenorganisation, was auch neue Einnahmen für die deutschen Diözesen und die Abhängigkeit vom Deutschen Reich mit sich brachte. Nach ca. 100 Jahren der Christianisierung hatten z.B. die Tschechen immer noch keinen Bischof und gehörten der deutschen Diözese in Regensburg an, bis sie erst 973 einen eigenen Bischof bekamen, allerdings vom Erzbistum Mainz abhängig.

Mieszko I., selbst von niemandem abhängig, sah die Zukunft seines Staates anders. Er bemühte sich um die Errichtung einer separaten, in kirchlichen Belangen nur vom Papst und in politischen ausschließlich von ihm abhängigen Kirchenorganisation. (Dowiat 1961: 71). Das gelang ihm, da er direkte Beziehungen zum Papst pflegte, und 968 entstand die eigene Diözese in Posen. Juristisch gesehen musste sie entweder einem Erzbistum

unterstellt sein oder vom Papst eine Exemption, d.h. die Ausgliederung aus der Zuständigkeit eines Erzbistums, genehmigt bekommen. Ob Mieszko I. die Exemption bekam oder, ob die Diözese Posen dem Erzbistum in Magdeburg untergeordnet war, ist nicht klar. Die Historiker sind sich nicht einig. Es ist aber eine Tatsache, dass sie praktisch völlig unabhängig funktionierte, denn die politische Stellung von Mieszko I., der damals als ein mächtiger Herrscher galt, war sehr stark.

Bald, schon im Jahr 1000 unter Bolesław Chrobry (dem Tapferen), wurde unter der damals notwendigen Zustimmung des Papstes ein Erzbistum mit Erzbischof Gaudenty, dem Bruder des hl. Adalberts, in Gnesen (Gniezno) errichtet. Es umfasste die Bistümer in Posen, Breslau, Krakau und Kolberg (Poznań, Wrocław, Kraków i Kołobrzeg). Es war ein riesiger Erfolg der polnischen Diplomatie, dass ein so junges christliches Land in sehr kurzer Zeit die völlige Unabhängigkeit der polnischen Kirche von der deutschen erlangte. Die Ausrichtung der Politik der Piasten beruhte nämlich darauf, dass man sich bemühte die Verhandlungen direkt mit dem Papst ohne Vermittlung Deutschlands zu führen. Zum Vergleich wurde das Prager Bistum erst im 14. Jahrhundert in den Rang des Erzbistums erhoben.

Strategisch gesehen hatte die Errichtung des eigenen Erzbistums eine große politische Bedeutung, denn der Gnesener Erzbischof hatte das ausschließliche Recht der Krönung polnischer Könige. Im mittelalterlichen Europa stand das Privileg nur dem Papst zu und die Ernennung von Bischöfen gehörte zu den kaiserlichen Kompetenzen. Jetzt übernahm sie der Gnesener Erzbischof. Die deutsche Kirche wehrte sich dagegen. Das Bistum Magdeburg versuchte noch im 12. Jahrhundert sich die polnische Kirche unterzuordnen, aber erfolglos. 1136 erkannte der Papst endgültig die Gnesener Metropole an und seit dieser Zeit stellte niemand die Selbstständigkeit der polnischen Kirche in Frage. Bis zur Hälfte des 12. Jahrhunderts wurden noch folgende Bistümer gegründet: in Kujawien, in Plozk (Płock), im Lebuser Land (Ziemia lubuska) und in Westpommern (Pomorze Zachodnie).

Die erfolgreiche Politik von Mieszko I. und Bolesław Chrobry trug sicher dazu bei, dass im Jahr 1000 Chrobry (noch nicht König) während des berühmten Gnesener Treffens (bekannt auch als die Gnesener Übereinkunft), an dem der deutsche Kaiser Otto III. teilnahm, als eine führende Persönlichkeit des damaligen Europas anerkannt wurde. Die Stellung von Chrobry änderte sich auch nicht mit dem Tod Otto III., obwohl Chrobry und

Kaiser Heinrich II. gegeneinander einen langjährigen Krieg führten. Trotz der Umstände wurde der polnische Fürst von Heinrich II. als souveräner, von niemandem abhängiger Herrscher gehalten.

1025 gelang es Chrobry mit dem Segen des Papstes die königliche Krone zu bekommen, was die Gleichstellung mit den deutschen Königen und volle Unabhängigkeit vom Kaiser, der sich im lateinischen Europa als Herrscher der Herrscher sah, auch wenn sein Titel rein formell war, bedeutete.

In der damaligen Zeit war die Krönung eine kirchliche Zeremonie, weil der zukünftige König nicht nur die Symbole der Macht bekam, sondern auch mit heiligen Ölen gesalbt wurde. Die Zeremonie wurde vom Papst oder von einem im Namen des Papstes handelnden Erzbischof vollzogen. Ohne die Salbung galt die Krönung als illegal. Daher konnte jede Krönung nur mit Zustimmung des amtierenden Papstes stattfinden und der Gekrönte war, da er dadurch die Macht direkt von Gott bekam, von jeglicher weltlichen Macht, auch der kaiserlichen, unabhängig.

Da im Mittelalter die weltliche und kirchliche Politik miteinander verflochten waren, gehörte die Organisierung von Missionen zu den führenden Aufgaben eines christlichen Herrschers. Auch die polnischen wollten mit den anderen den Schritt halten, um gute Kontakte mit dem Papst aufrechtzuerhalten. Und obwohl sie selbst noch Hilfe bei dem Aufbau der schon existierenden Bistümer brauchten und man über die Bekehrung der eigenen Bevölkerung noch lange nicht sprechen konnte, war es politisch wichtig eine Initiative in dieser Richtung zu ergreifen. Eine Gelegenheit bot sich, als Bolesław Chrobry 997 den aus Prag ausgewiesenen Bischof Adalbert zu sich an seinen Hof einlud und ihn mit einer Mission zur Bekehrung heidnischer Prussen betraute, die den Masoviern im Grenzgebiet zu Preußen spürbar zusetzten. Die Mission endete schnell mit dem Märtyrertod des Bischofs. Bolesław Chrobry kaufte von den Prussen seinen Leichnam ab und ließ ihn in der Gnesener Kathedrale beisetzen. Bald entfaltete sich der Adalbert-Kult. Schon 999 wurde er heilig gesprochen und im Jahr 1000 pilgerte sogar Kaiser Otto III. zum Grab des hl. Adalberts als Zeichen von dessen Verehrung. Die Geschehnisse trugen zu einem Anstieg des Ansehens Polens in den Augen Europas bei, denn die Mission war vom polnischen Herrscher organisiert, was bisher von Westeuropa ausging.

Das Polen der damaligen Zeit war reich und militärisch sehr stark. Unter der Regierung von Mieszko I. hatte sein Land ca. 250.000 km² und zählte 1 Million Einwohner. Im Jahr

966 grenzte im Westen der Stamm der Polanen, die das Gebiet des Großpolens (die Wiege des späteren polnischen Staates), Kujawiens, Ostpommerns und Masowiens bewohnten, an die westslawischen Stämme, den sg. Wieleitenbund und die Sorben, im Süden an die Schlesier und Wislanen (Kleinpolen), im Osten an Kiever Rus und die Jadwinger, und im Norden an die Prussen und Westpommern. Meistens war das Land von den heidnischen Gebieten umgeben. „Bis zur Mitte des 10. Jahrhunderts gab es also bereits eine geographisch-ethnische, aber noch keine politische Einheit“ (Arnold/Żychowski 1967: 12). Weiter nach Westen lagen die Grenzgebiete des deutschen Reiches, der sg. Ostmark. Einige Jahre später schloss Mieszko I. Westpommern, das Lebuser Land, Kleinpolen und Schlesien an Polen an.

Bolesław Chrobry konnte die Fläche des Staates noch um den östlichen Teil der Mark Meissen (die Lausitz und das Milzener Land), Mähren und die cervenischen Burgen noch ausdehnen. Er gilt als einer der hervorragendsten Herrscher in Polen, Schöpfer der polnischen Macht und Gründer der unabhängigen Kirchenorganisation. Nach seinem Tod 1025 zerfiel sein Königreich jedoch in Fürstentümer. Im Land fehlte es an weitsichtige Politiker, stattdessen gab es genug Gegner der zentralistischen Macht. Außerdem wuchs die Unzufriedenheit der Bevölkerung, die die finanzielle Last der königlichen Politik zu tragen hatte. Es war auch die Zeit der Eingriffe der Nachbarn und im 13. Jahrhundert der Mongolen, was Polen auch ökonomisch schwächte und entvölkerte. Es folgten fast zwei Jahrhunderte des Zerfalls, bevor die Wiederherstellung des Königreiches gelang.

4.2. Deutsche Kolonisation im 13. und 14. Jahrhundert in Polen

In der gleichen Zeit befasste sich Westeuropa mit dem Problem der Übervölkerung. Sie war die Ursache der inneren Wanderung in Deutschland und in weiterer Folge der Ansiedlung in den slawischen Ländern, u.a. in Polen, denn weder die Binnenkolonisation, Stadterweiterung, noch neue landwirtschaftliche Techniken konnten das Problem lösen. „Die Eroberungen der deutschen Könige und der Feudalherren sowie das Vordringen des Christentums jenseits der Elbe begünstigten diese Ausbreitung“. Zwei sich ergänzende Prozesse verliefen parallel. „Der *Drang nach Osten*, das war der kriegerische, eroberungslüsterne Drang der Fürsten; daneben erfolgte der *Zug nach Osten* der Bauern

und Handwerker.“ (Higounet 1990: 88). Es ergab sich, dass man zur selben Zeit im Osten in den verwüsteten und entvölkerten Gebiete neue Arbeitskräfte brauchte. Es gab breite leere Landstriche mit großen Wäldern zu roden und zu besiedeln, obwohl die Einheimischen die Anbauflächen ständig urbar machten und erweiterten. Die Bevölkerung war aber durch zahlreiche Kriege mit Feinden von außen und von innen dezimiert. So nahmen die großen Grundherren, Fürsten und die Kirche den Überschuss an der westlichen Bevölkerung an. Die Motiven aller konnten ein ökonomischer Gewinn oder/und eine Notwendigkeit sein.

Für die Organisation solcher Unternehmungen, die außer einträglich auch riskant waren, engagierte der Grundherr einen sg. Lokator, mit dem er einen schriftlichen Vertrag, die sg. Lokationsurkunde, abschloss. Absprachen zwischen dem Lokator und Siedlern erfolgten höchstwahrscheinlich mündlich. Er war sowohl für Dorfgründungen, als auch für Stadtgründungen zuständig. Der Lokator konnte ein Ritter, ein Bürger oder ein Bauer sein, sowohl deutscher als auch polnischer Herkunft. In der Urkunde wurden folgende Bestimmungen festgelegt: die Höhe der von den Bauern zu leistenden Geld- und Naturalabgaben, die von der Hufe (Flächenmaß) abhingen; Fristen für die abgabenfreie Jahre der Bauern (Freijahre); die Unabhängigkeit der Bauer vom geltenden Landesrecht – sie unterlagen nur dem Grundherren nach deutschem Recht (obwohl sie gegenüber der einheimischen Bevölkerung privilegiert waren, war ihre persönliche Freiheit untrennbar mit dem dauerhaften Besitz von Boden verbunden); örtliches Schöffengericht; Erbrechte; Eigentumsverhältnisse – der Bauer war nicht Eigentümer des Landes, sondern er bekam es als frei vererbare Leihe. Manchmal übertrug der Grundherr seine Gerichtsbefugnisse auf den Lokator, nicht aber seinen Anteil der Einnahmen aus der Gerichtsbarkeit. Im Falle der Lokation einer neuen Stadt regulierte die Urkunde die Verhältnisse, Pflichten, Aufgaben und Privilegien der Bürger in der Stadt. Die neuen Städte bekamen das deutsche Recht und manche der alten Städte gingen vom polnischen Recht auf das deutsche über, meistens war es das Magdeburger Recht.

Danach warb der Lokator willige Bauern, Handwerker oder Kaufleute an und holte sie ins neue Land. Dort organisierte er die Gründung eines neuen Dorfes oder einer Stadt und meistens wurde er erblicher Schulze des Dorfes, oder Vogt in der Stadt. Er bekam auch zum Lohn ein paar abgabenfreie Hufen zu Erbpacht und ein Drittel der Einnahmen aus der Gerichtsbarkeit. Der Lokator war für das Einziehen der Abgaben von den Bauern für den

Grundherren zuständig. Wenn der Lokator reich genug war, beauftragte er eine andere Person mit der direkten Ausführung der Aufgabe (vgl. Dralle 1991: 67, ff; Higounet 1990: 252, ff.).

Außer der rechtlichen Lage änderte sich mit der Kolonisation in Polen auch die Form neuer Dörfer. Das alte Dorf war meistens die sg. Blockflur, d.h. es war in unregelmäßige Blöcke aufgeteilt und die Bauernhöfe waren verstreut. Jedem Bauer gehörte ein oder mehrere Blöcke. Die neuen Dörfer waren entweder als Anger- bzw. Straßendörfer oder als Hagen- bzw. Waldhufendörfer angelegt. Bei der ersten Form gab es eine breite Straße, oder einen Anger in der Mitte, und Häuser zu beiden Seiten der Straße, die dicht aneinander standen. Die Fläche war in drei große und regelmäßige, dem Dorf direkt angeschlossene Gewanne aufgeteilt, die wiederum in Streifen unterteilt waren. Diese Lösung wendete man meistens in schon bewohnten Gebieten an. Die zweite Form traf man in den nicht besiedelten großen Waldflächen. Das Feld jedes Bauern (die Hufe) schloss direkt an seinen Hof an. Die Hufen waren tief in den Wald gerodet. Ähnlich wie das Waldhufendorf war das Marschhufendorf geplant, dass man in sumpfigen Gebieten fand. Manchmal bildeten einige Dörfer eine Kette (Kettendörfer = poln. łańcuchówki) und zogen sich mehrere Kilometer hin.

In der Landwirtschaft wurde die Dreifelderwirtschaft eingeführt als günstigere Variante für den Ackeranbau. Diese Art der Bewirtschaftung brachte höhere Erträge als im Falle der bisher angewandten Zweifelderwirtschaft. Sie wurde nicht automatisch überall angenommen. In späteren Jahrhunderten wurde die Dreifelderwirtschaft auch in den Dörfern mit polnischem Recht eingeführt (vgl. Dralle 1991: 76, ff; Higounet 1990: 267, ff.).

Die deutsche Kolonisation im 13. und 14. Jh. in Polen war untrennbar mit zahlreichen Städtegründungen verbunden. Bis 1350 entstanden insgesamt über 120 Städte. Die neuen Städte bekamen deutsches Recht, entweder das Lübecker (im Norden) oder das Magdeburger Recht (Mittel- und Südpolen). Die Durchführung der Lokation einer Stadt nach deutschem Recht musste aber nicht das Entstehen einer neuen Stadt bedeuten, obwohl es diese auch gab. Die Städtebildung wurde schon früher von den Slawen getätigt. Auf dem Gebiet Polens waren das z.B.: Danzig, Posen, Breslau, Wolin, Stettin, Kruschwitz, Lenczyca, Gnesen und Plozk (Gdańsk, Poznań, Wrocław, Wolin, Szczecin, Kruszwica, Łęczyca, Gniezno und Płock). Man schätzt für das 12. und 13. Jh., 2000-2500

Einwohnerzahl in Danzig und an die 5000 in Posen und Krakau. Mit dem Zug deutscher Kaufleute und Handwerker im 13. und 14. Jh. kam es mittels einer *locatio* zu Stadterweiterungen der schon bestehenden Stadtkerne. Es gab auch Neugründungen („aus wilder Wurzel“ – *lokacja na surowym korzeniu*), allerdings selten (außer Ordensland), und viel zahlreicher war die Erhebung von kleinen und mittelgroßen Siedlungen in den Rang einer Stadt. Die Verleihung des deutschen Rechtes beeinflusste die Entwicklung und die Gestaltung der Stadt positiv. Dem deutschen Recht unterlag die Bevölkerung deutscher Herkunft. Die polnische Bevölkerung als Nichtbürger erschien nicht in den Bürgerbüchern, daher kommt auch ihr geringer Anteil in den Statistiken in vielen Städten. Trotzdem gab es schon damals vereinzelte Fälle von Auseinandersetzungen sozialer und nationaler Färbung. 1327 erkannte das Herzogtum Breslau die Lehenshoheit der tschechischen Krone an. Im selben Jahr wurde das Polnische vor Gericht und für die Predigt in der Kirche verboten. Zwei Jahre später kam es im Zusammenhang damit zu einem Streik der Tageslöhner und 1333 der Weber. Der Aufstand wurde gewaltsam niedergeschlagen.

Das Sagen in der Stadt hatte das Patriziat, d.h. die reichsten Kaufleute, dessen Mitglieder im Rat (der Verwaltungsorgan einer Stadt) saßen. Je nach Region war das Patriziat deutsch (Niederschlesien), polnisch (Kernprovinzen) oder gemischt (Oberschlesien). Die Mittelschicht bildeten kleine Kaufleute und Handwerker und die Unterschicht (ca. 50 % der Einwohner – von Stadt zu Stadt unterschiedlich), Dienstboten und Arme. Die Proportionen in Kleinstädten gestalteten sich anders, denn sie waren hauptsächlich Agrarstädte, d.h. ihre Einwohner waren teilweise Ackerbauern (vgl. Higounet 1990: 284-290, 311, ff.).

Wie die Dörfer waren auch die Städte regelmäßig und weiträumiger geplant als bisher. Typisch für diese Zeit war entweder die Stadt mit einer Zentralmarktanlage, d.h. mit einem großen Markt im Zentrum, oder mit einer Straßenmarktanlage, d.h. mit einer Hauptstraße entlang der Stadt. Der Marktplatz hieß oft Ring (*rynek*) von der ringförmigen Straße stammend, die um das in der Mitte stehende Gebäude (Rathaus, Polizeiwache, Pranger, Markthalle) führte. Meistens war die Kirche abseits gebaut, abgesehen von den schon existierenden in den alten Städten. Die Bauparzellen lagen diagonal zum Markt. Die Städte im Mittelalter waren befestigt. Sie hatten Stadtgräben, Erdwälle, Palisadenzäune oder Mauern (vgl. Dralle 1991: 83, ff; Higounet 1990: 301, ff.).

In den Städten, besonders in den neugegründeten, waren die deutschen Einflüsse deutlich dominant, denn das Deutsche war die Sprache der Wirtschaft und der Verwaltung.

Besonders in Niederschlesien, Pommern und Ordensland war das Patriziat vorwiegend deutsch. Das sagt aber über die Zusammensetzung der Einwohner nichts Genaueres aus, denn die Bürgerlisten berücksichtigten nicht diejenigen, die nicht als Bürger eingestuft waren. Außerdem nicht immer kann man von den Namen auf die Herkunft der Person schließen. Daher ist bei der Feststellungen über die Herkunft der Bewohner eines Gebietes oder einer Stadt Vorsicht geboten. Trotzdem kam es in den Städten mit der deutschen Bevölkerungsmehrheit zur Assimilation der Minderheit, besonders dann, wenn jemand, modern ausgedrückt, Karriere machen wollte. Die Assimilation geschah aber nicht automatisch und nicht reibungslos. „Hingegen sieht es so aus, als habe sich in Schlesien zwar ein großer Teil des alten polnischen Adels mit den Familien der deutschen Vögte und Schulzen zusammengetan und als habe die deutsche Sprache in den Städten anfangs schnell an Boden gewonnen, aber es scheint, dass sich auf dem platten Land die polnische Bevölkerung diesem ethnischen Integrationsprozess widersetzte. Erst gegen Ende des 15. Jhs. und im 16. Jh. hat dort eine gewisse Annäherung stattgefunden.“ (Higounet 1990: 327). Die Zahl der Bevölkerung für Schlesien, Pommern, Groß- und Klempolen, sowie Masowien schätzt man im 13. Jh. auf 1,7 Millionen Einwohner (Higounet 1990: 205).

Die deutsche Kolonisation hinterließ ihre Spuren auch auf dem sprachlichen Gebiet, u.a. in den Ortsnamen. Oft wurden die alten slawischen Namen beibehalten, z.B. Lübeck (poln. Lubeka) kommt von Liubice; Leipzig (Lipsk) von Libzi; Rostock von der Entlehnung des slawischen rostocki, was die Erweiterung eines Flussbetts bezeichnet; Dresden (Drezno) von drazdzany, was „Menschen des Waldes“ bedeutet; Gdańsk (Danzig) von Gyddanyzc und Graz von gradec, was im Slowenischen castrum heißt. Sonst bekamen neue Orte deutsche Namen. In Schlesien (dem Land der Berge und Wälder) traf man folgende Ortsnamen: mit der Endung –wald, –berg, –seifen; mit Baumgattungen (Lindewiese); von der Herkunft der Zuwanderer (Flämischesdorf, Welschendorf) und vom Gründer (Herzogswaldau, Bischofswalde). Oft übernahmen die deutschen Siedler einen slawischen Namen, deutschten einen ein oder übersetzten einen ins Deutsche, z.B. Psie Pole wurde zu Hundsfeld. Im 20. Jh. verlief der Prozess in umgekehrter Richtung (Higounet 1990: 257-259, 304-305). Erheblich seltener trifft man polnische Entlehnungen im Deutschen. Gegen Ende des Mittelalters wurden u.a. folgende Wörter übernommen: die *Bemme* (das Butterbrot) vom polnischen *pomazanka*, der *Kretscham* (die Kaschemme) von *karczma*, die *Plötze* (der Karpfen) vom polnischen und kaschubischen *plocica* und der

Säbel vom polnischen *szabla* (Higounet 1990: 332-333). Auch das alte Wort der Allgemeinsprache „Grenze“ kommt vom Polnischen „granica“ (Duden 7 2001: 129).

Pommern

Als erste kamen die Siedler nach Pommern und Schlesien. Außer den Deutschen kamen damals auch Niederländer und Flamen, die man als die „Pfadfinder und Bahnbrecher der Kolonisation bezeichnet“. Bevor nämlich die Deutschen begannen, in vielen kleinen Gruppen Richtung Osten auszuwandern, taten das schon die Niederländer in Deutschland. „Die deutsche Ostsiedlung hat somit als eine holländische Ostsiedlung begonnen.“ (Dralle 1991: 28).

Viele von den Ansiedlern zogen nach Jahren weiter nach Osten. Nach der Besiedlung Holsteins und des Spree- und Havellandes im 12. Jh. setzte man im 13. Jh. die Kolonisation Mecklenburgs und Pommerns, das westlich und östlich der Oder liegt und ca. seit dem 6. Jh. von Slawen bewohnt war, fort.

Das Gebiet an der Ostsee östlich der Oder gehörte im 10. Jh. unter Mieszko I. zu Polen bis es sein Urenkel Kazimierz Odnowiciel im 11. Jh. verlor. 1121 schloss Bolesław Krzywousty (Schiefmund) Pommern wieder an Polen an und 60 Jahre später wurde es vom Deutschen Reich als Lehen abhängig. Bis zum Jahr 1637 blieb Pommern trotz vieler Teilungen im Besitz der Familie eines slawischen Herzogs Wartislaw I. (Higounet 1990: 141).

1176 erlaubte Herzog Kasimir Deutsche anzusiedeln. Die Kolonisation begann aber erst im 13. Jh. Außer Bauern und Handwerkern kamen auch deutsche Ritter, die an der Germanisierung und am Landesausbau maßgeblich teilnahmen. Viele Dörfer unter deutschem Recht bewohnten weiterhin die Slawen. Es folgte die Umformung der slawischen Dörfer und ihrer Fluren. Die Deutschen siedelten sich gewöhnlich in neugegründeten Dörfern an, deren Namen das Fortschreiten der deutschen Einflüsse zeigten. Je weiter man mit der Zeit nach Osten ging, desto kleiner war die Zahl der Siedlungen mit deutschen Namen und größer die Zahl der Dörfer mit Namen in einheimischen Mundarten (Rzetelska-Feleszko 1996: 143, ff). Diesen Prozess beschreiben Ewa Rzetelska-Feleszko und Jerzy Duma ausführlich im Buch „Językowa przeszłość

Pomorza Zachodniego na podstawie nazw miejscowych“ („Die sprachliche Vergangenheit Westpommerns anhand Ortsnamen“, 1996).

Die größte Stadt des Landes war das im 9. Jh. entstandene Stettin (Szczecin), das im 13. Jh. das Magdeburger Recht bekam. In dieser Zeit wurden u.a. auch: Greifenberg (Gryfice), Köslin (Koszalin) und Plathe (Płoty) gegründet.

Schlesien

Nach Lausitzern, Illyrern, Kelten, Vandalen, Goten, Langobarden und Hunnen kamen im 6. Jh. die Slawen nach Schlesien, die das mittlere Odertal erschlossen. Das Gebiet war reich an Wäldern. Zu Beginn des 13. Jhs. war Schlesien zwischen zwei slawischen Fürsten geteilt, Heinrich I. von Breslau (Niederschlesien) und Mieszko von Ratibor (Oberschlesien). Unter der Herrschaft Heinrichs IV. (1270-1290) „erlebte das Piastengeschlecht seine letzte Blüte; danach zerbrach Schlesien und geriet alsbald unter böhmische Oberherrschaft.“ (Higounet 1990: 175). Der letzte Fürst aus der piastischen Geschlecht Jerzy Wilhelm starb 1675. Ab 1526 ging Schlesien mit anderen Ländern der tschechischen Krone in die habsburgische Herrschaft über und nach den schlesischen Kriegen und dem 7-jährigen Krieg zwischen Österreich und Preußen gehörte es Preußen und später Deutschland an.

In der ersten Hälfte des 13. Jhs. brachte Heinrich I. die Kolonisation in Schlesien in Gang, die nach seinem Tode seine Nachkommen fortsetzten. Zuerst wurden die Wälder des Herzogtums Breslau und der Hochstifte an der westlichen schlesischen Grenze, z.B. bei Löwenberg (Lwówek) und Ottmachau (Otmuchów) gerodet. Im Süden entstand die Stadt Neisse (Nysa). Bei Ziegenhals (Głucholazy) und östlich an der Grenze zum Herzogtum Oppeln gründete man neue Dörfer mit deutschem Recht, die sich zwischen 1260-1300 vervielfachten. Hier kamen viele von den Siedlern aus Niederschlesien. Zur selben Zeit wurden die Gebiete nördlich der Oder erschlossen, die weniger fruchtbar waren als die südlichen. Stufenweise siedelten sich die Kolonisten in der Landesmitte an. Es wurden neue Dörfer nach deutschem Recht gegründet, oder die alten slawischen übernahmen deutsche Rechtsformen.

Was zog Ansiedler nach Schlesien an? Nicht nur Boden, Arbeit und aussichtsreicheres besseres Leben, sondern auch die schlesischen Schätze. Schon im 12. Jh. bauten Slawen Eisen und Silber ab. Die Entdeckung neuer Eisenrohstoffvorkommen in der ersten Hälfte des 13. Jh. in Goldberg (Złotoryja) und Löwenberg verursachte, dass sich Siedler hier nach deutschem Recht niederließen. Ähnlich war es in Oberschlesien bei Beuthen (Bytom) und Ziegenhals. Bekannte Silberminen gab es auch in der Gegend um Leubus (Lubiąż). Viel Eisen baute man im 14. Jh. in Beuthen, im Glatzer Land (Ziemia Kłodzka), bei Sagan (Żagań) und Hirschberg (Jelenia Góra) ab und Kohle erst im 16. Jh.

Parallel zur Erschließung des Landes entwickelten sich rasch neue Städte oder die Städte auf der Basis alter polnischer Stadtkerne, die aus einem herzoglichem *castrum* bestanden. Daneben gab es ein *suburbium*, in dem das Gefolge des Fürsten, Handwerker und Kaufleute wohnten. So ein Beispiel liefert Breslau (Wrocław), wo sich im *castrum* auf der Dominsel in der Oder (Ostrów Tumski) schon im 10. Jh. ein herzoglicher Wohnsitz und die Kirche St. Martin befanden, außerdem gab es ein großes suburbium, die Kathedrale St. Johannis und zwei weitere Kirchen. Im Jahr 1000 wurde hier eines der drei vom Erzbistum Gnesen abhängigen Bistümer eingerichtet.

Weitere Beispiele der früheren städtischen Entwicklung sind: die Oderinsel (Ostrówek) bei Oppeln mit dem Handelsort der Polanen und einer piastischen Burg (10. Jh.), Trebnitz (Trzebnica); kleinere Märkte wie: Beuthen, Siewierz, Kostenblut (Kostomłoty); die herzoglichen und bischöflichen Kastellaneien: Bunzlau (Bolesławiec), Schweinhaus (Świny), Crossen (Krosno), Liegnitz (Legnica), Nimptsch (Niemcza), Ottmachau (Otmuchów) und Ratibor (Racibórz).

In Niederschlesien dominierte in allen Städten das deutsche Patriziat. Bald wurde die polnische Bevölkerung aufgrund politischer Umstände germanisiert. In Oberschlesien war die Zusammensetzung polnischer und deutscher Elemente in den Städten gleich. Die letzten wurden bis zur Hälfte des 15. Jhs. fast völlig polonisiert, so dass „Oberschlesien zweifellos polnisch war“ (Czopek-Kopciuch 1995: 10). Ch. Higounet dazu: Es ist schwierig den Anteil der slawischen und deutschen Bevölkerung im 13. Jh. zu schätzen, aber „es besteht kein Zweifel, dass Schlesien in der Mitte des 14. Jhs. trotz des beträchtlichen Zuzugs aus dem Westen noch immer ein slawisch-deutsches Land war“ (Higounet 1990: 189). Bis zum 18. Jh. blieb die Bevölkerung Schlesiens gemischt, später wurde sie zur Zeit der Teilungen Polens teilweise germanisiert. An der Oder vollzog sich eine Grenze zwischen der

Einflusssphäre der deutschen und polnischen Sprache. Das rechte Ufer war polnisch und das linke deutsch. Kontakte zwischen Polen und Deutschen, besonders in Oberschlesien, waren intensiv, worauf die schon im 15. und 16. Jh. verfassten Wörterbücher und Grammatiken hinweisen, wie z.B. ein naturwissenschaftliches Wörterbuch von einem Breslauer Arzt J. Stanka (1472), das ca. 20 000 lateinische Ausdrücke mit 2 000 polnischen und 800 deutschen beinhaltet. „Es folgen Franz Mymer, *Dictionarius trium Linguarum; Latine, Teutonice et Polonice, potiora vocabula continens* (1528, 1541, 1592); ... ; Jeremias Roter, *Klucz do polskiego y niemieckiego języka, to jest gruntowna nauka, jako się nietylko Niemiec Polskiego, ale jako się y Polak niemieckiego języka łatwiej y rychley czytać, zrozumieć, mówić y pisać nauczyć może*, Breslau 1616; M. Guthetter-Dobracki, der auf Verlangen des Breslauer Magistrats seine Polnische Teutsch erklärte Sprachkunst schrieb (Oels 1660). Diesen folgen viele andere...“ (Reiter 1960: 20-21).

Folgende Städte entstanden im 13. Jh. in Niederschlesien: Neumarkt (Środa Śląska), Naumburg am Queis (Nowogrodziec), Brieg (Brzeg), Schweidnitz (Świdnica), Trebnitz (Trzebnica), Wansen (Wiązów) und Liegnitz, und in Oberschlesien u.a.: Beuthen, Skotschau (Skoczów), Auschwitz (Oświęcim), Neustadt (Zator) und Bielitz (Bielsko Biala), die „lange Zeit eine deutsche Sprachinsel in einem polnischen Umland war.“ (Higounet 1990: 188). Solche ethnische deutsche Sprachinsel gab es auch in einigen im 13. und 14. Jh. entstandenen Dörfern wie: Schreibersdorf (Pisarzowice), Seibersdorf (Kozy), Alzen (Hałcnów), Kunzendorf (Lipnik), Bertholdsdorf (Komorowice) und Ludwigsdorf (Łodygowice) (Czopek-Kopciuch 1995: 10). Ein äußerst interessantes Beispiel liefert das Dorf Wilmesau (poln. Wilamowice, wil. Wymysofür) in der Nähe von Bielitz, das im 13. Jh. von Kolonisten aus Flandern und aus dem Friesland angesiedelt wurde. Der damals, also seit dem 13. Jh., gesprochene archaische Dialekt, der im Laufe der Zeit eine Mischung von Sprachen wurde (heute *wymysiöeryś* genannt), sowie auch die Tradition, die Tänze und die Volkstracht, werden bis heute gepflegt. Der Dialekt gehört zur germanischen Sprache und wird aus dem Althochdeutschen mit altniederdeutschen Einflüssen hergeleitet und wurde hier fast ausschließlich bis zum 2. Weltkrieg gesprochen. Deutlich sind niederländische, englische, und endlich polnische Einflüsse, sodass ein Dialekt entstand, der für die Außenseiter, auch für die Deutschen, unverständlich ist. Heute verstehen und sprechen den Dialekt nur ca. 70 Bewohner dieser Ortschaft. Es wird aber an der Beibehaltung des acht Jahrhunderte alten Erbes gearbeitet. Mit dem Thema beschäftigt sich

der im April 2008 vom polnischen Fernsehsender TVP I ausgestrahlte Film „Szansa na życie - Wilamowice“ (Chance auf Leben - Wilamowice).

(<http://www2.edu.fi/magazinefactory/magazines/4gymAth/?str=40&artCat=0&artID=144>
<http://de.wikipedia.org/wiki/Wymysörisch>, <http://zakorzenianie.most.org.pl/za14/03.htm>
http://pl.youtube.com/view_play_list?p=6578BC21E79CC4F3 - 12.8.08).

Groß- und Kleinpolen

In der Zeit der ersten Piasten entstand in Groß- und Kleinpolen ein Netz von Burgen und in ihrer Nähe eine große Zahl von Dörfern. Dort wohnten fürstliche Dienstleute und Handwerker, von denen Ortsnamen stammen. „...so gibt es in der Umgebung des alten Bischofssitzes Gniezno Orte wie Sokolniki (Falkner), Piekary (Bäcker), Winary (Winzer) und Świniary (Schweinehirten); in der Krakauer Gegend: Łagiewniki (Braucher), Skotniki (Schäfer), Kowale (Schmiede), Rybitwy (Fischer) und Strzelce (Jäger); andernorts hießen sie Bartodzieje (Bienenzüchter) oder Bobrowniki (Biberjäger).“ (Higounet 1990: 204). Schon im 11. Jh. begann ein Bevölkerungswachstum, allerdings viel geringer als im Westen. Die Bevölkerung betrieb Brandrodung und beschäftigte sich mit Viehzucht, Fischfang und Jagd. Die deutschen Ansiedler kamen auf die schon teilweise bewohnte und erschlossene Gebiete. „Erst in der Folgezeit übernahmen diese Gebiete deutsche Rechtsformen und Methoden des Feldbaus.“ (Higounet 1990: 205). Als erste kamen Mönche, Ritter und Kaufleute. Die Zisterzienser und die Ritter vom Dt. Orden beteiligten sich neben den polnischen Lokatoren an den Gründungen neuer Dörfer und an der Besiedlung mit Deutschen. Es wurden 297 Lokationsurkunde für Großpolen und 255 für Kujawien ausgestellt. „Sowohl bei der Kolonisation durch Zisterzienser als auch bei der Gründung neuer Dörfer mit Hilfe von Lokatoren scheint das Vorrücken der Deutschen in die Ebenen Großpolens und Kujawiens im 13. Jh. ziemlich begrenzt gewesen zu sein.“ (Higounet 1990: 209).

Bedeutender war die Kolonisation in Kleinpolen, besonders in der Region des Tatragebirge und im Becken von Sącz. „...In erster Linie waren es Polen, die die Rodung durchführten und die Bevölkerung stellten, während die Flurformen und die ‚Freiheiten‘ deutschen Vorbildern entlehnt wurden.“ (Higounet 1990: 211). Man kann nicht feststellen,

welchen Anteil hier deutsche Lokatoren oder Zuwanderer aus Schlesien an der Kolonisierung hatten, denn die meisten Dorfschulzen Polen waren. Auch die deutsche Bevölkerung beschränkte sich auf eine kleine Gruppe. Die wichtigsten Gründungen dieser Zeit waren: Neumarkt (Nowy Targ) mit umliegenden Dörfern, Muszyna, Tylicz, Grünberg (Grybów), Pilzno, Freistadt (Frysztak), Alt-Sandetz und Neu-Sandetz (Stary i Nowy Sącz). Insgesamt entstanden 40 neuen Dörfer (Waldhufendörfer) und es gibt 86 Hinweise auf dörfliche Lokationen, „von denen drei Viertel kurz zuvor aus dem Wald geschlagen wurden. Aber insgesamt blieb das Deutschtum hier sehr schwach.“ (Higounet 1990: 211). Ebenso verzeichnete man im nördlichen Teil Kleinpolens kaum deutschen Einfluss. Bezeugt werden hier 33 Lokationen.

Preußen

Die Prussen waren ein baltisches Volk, dessen Gebiet sich östlich und bei Mewe (Gniew) auch westlich der Weichsel erstreckte. Im Süden grenzte es an Polen (Masowien). In der ersten Hälfte des 13. Jhs. war es noch immer heidnisch. Die Masowiern in den Grenzgebieten waren stets von prussischen zerstörenden Einfällen geplagt. Die erste Mission des hl. Adalberts 987 endete bei einem Bekehrungsversuch mit seinem Tod. Nach einigen weiteren misslungenen Versuchen die Prussen zu christianisieren, verzeichnete man erst Anfang des 13. Jhs. erste Erfolge zweier Zisterzienser Christians und Philips. Die Mission wurde vom Papst dem Erzbischof von Gnesen unterstellt. Nach der Ernennung Christians zum Bischof von Preußen 1215 durfte er geschenkte Ländereien in Preußen übernehmen und mit der Zeit bekam er weitere Vollmachten. Das neue Bistum wurde von Herzog Konrad von Masowien mit Ländereien im Kulmer Land (Ziemia Chełmińska) beschenkt. Mit der Christianisierung Preußens erhoffte er sich vor allem eine Verminderung der preußischen Einfälle, gegen die er mit seinem Bruder und dem Breslauer Herzog erfolglos vorzugehen versuchte, sowie auch die Vergrößerung seines Einflussbereiches. Zu Hilfe rief er den Orden der Brüder vom Deutschen Haus Sankt Mariens in Jerusalem, der ein geistlicher Ritterorden war. 1226 schenkte er dem Orden das Kulmer Land mit der Verpflichtung die Masowien Grenze zu schützen. Der Hochmeister des Ordens, Hermann von Salza hatte aber ehrgeizigere Pläne, was das Gebiet betraf. Sein

Ziel war es einen unabhängigen Staat an der Ostsee zu gründen. Über Konrad von Masowien hinweg ersuchte er beim Kaiser um die Bestätigung der Schenkung Konrads und des Überlassens sämtlicher in Preußen gewonnenen Ländereien. Der Kaiser stimmte zu. Darüberhinaus stattete ihn der Kaiser mit folgenden Rechten aus: dem Zoll-, Münz- und Marktrecht, den Regalien und der Gerichtshoheit. Der Hochmeister wurde den Fürsten im Deutschen Reich praktisch gleichgestellt. Das Kulmer Land und die in der Zukunft an Preußen gewonnenen Gebiete übernahm der Papst in das Eigentum des Heiligen Stuhls, um sie wiederum dem Orden als Lehen zu übergeben. „Mit diesem Trick sollte der wahre Eigentümer des Landes, in Ungarn der ungarische König, im Kulmer Land der Herzog von Masowien, ausgeschaltet werden.“ (Dralle 1991: 49). So eine juristische Lösung bewährte sich vor kurzem in Ungarn nicht und der Deutsche Orden musste gehen. Als er auf der Suche nach einem Land war, kam das Angebot von Konrad von Masowien und der Orden wusste die Gunst der Stunde zu nutzen. Der Papst behielt sich aber seine Oberherrschaft über das neue Ordensland, das dadurch unabhängig vom Reich wurde, sowie auch einen Rekognitionszins vor.

Die ersten Ritter kamen 1230 und machten sich gleich ans Werk. Bis 1283 war Preußen vom Orden, trotz des Widerstandes der Prussen, zur Gänze erobert. Im 16. Jh. gab es noch eine kleine Sprachinsel des Prussischen und im 17. Jh. sprach es niemand mehr (Dralle 1991: 52, 92). Der Ordensstaat war praktisch souverän und vortrefflich organisiert. Verwaltet wurde er durch den auf Lebenszeit gewählten Hochmeister und die territorialen Komtureien. Innerhalb des Ordens war die Hierarchie streng festgelegt.

Mit dem Orden folgte die Zeit der Eroberungen. „Der Orden war ‚landhungrig‘ und unternahm – ohne die Christianisierung noch länger als Vorwand benutzen zu können – die Eroberung christlicher Länder: das Umland von Mewe in Pommerellen und die Gegend von Michelau (Michałowó) bei Dobrin pachteten die Ordensritter; Pommerellen eroberten sie“ (Higounet 1990: 229). Die langjährige Auseinandersetzung zwischen Polen und dem Ordensstaat um die verlorenen Gebiete endete 1343 mit dem Vertrag von Kalisz, nach dem Polen Kujawien und das Kulmer Land zurückbekam, aber Pommerellen an den Ordensstaat abtreten musste. Damit verlor Polen den Zugang zur Ostsee. Neue Gebiete, sowie auch die Einnahmen aus dem Weizen- und Bernsteinhandel brachten dem Ordensstaat viel Reichtum und Einfluss. Aus der militärischen und ökonomischen Sicht wichtig war die Entwicklung der alten und die Gründung neuer Städte, denn sie waren wichtige Stützpunkte, Sitze des

Komturen und in ihnen konnte die ländliche Bevölkerung im Falle einer Gefahr Zuflucht finden. Einige Beispiele sind: Thorn (Toruń), Marienwerder (Kwidzyn), Chrisburg (Dzierzgoń), Marienburg (Malbork), Frauenburg (Frombork), Preußisch-Holland (Pasłęk), Deutsch-Eylau (Iława), Rosenberg (Susz), Guttstadt (Dobre Miasto), Elbing (Elbląg) und Allenstein (Olsztyn). „1410 hatte der Ordensstaat etwa 94 Städte, die nach deutschem Recht gegründet oder erweitert worden waren“ (Higounet 1990: 235).

In weiterer Folge unternahm man den Landesausbau, der vom Kulmer Land ausging und besonders nach 1280 sehr intensiv war. Aus dem Jahr 1282 stammt z.B. das Dorf Frankenheim (heute Gruta). Früh wurde auch Pomesanien kolonisiert. Weiter ging es mit den Komtureien Elbing und Christburg und nach 1300 mit dem Gebiet bis zur Drewenz. Wie in den oben beschriebenen Gebieten war auch hier das Land teilweise schon früher von Prussen oder Slawen erschlossen worden, was die Ortsnamen beweisen. Die alten Dörfer nahmen nach dem deutschen Muster neue Flurformen und Dorfgemarkungen an. Es waren meistens Anger- und Straßendörfer. Die Ansiedler ließen sich in den Waldgebieten und Niederungen nieder und die prussische Bauern blieben in ihren Hakenzinsdörfern (ein Haken ist eine Maßeinheit, die kleiner als eine Hufe ist). Die deutschen Kolonisten betraten nie oder selten die von den Prussen bewohnten Gebiete. Allgemein wurden die beiden Volksgruppen von ihren Grundherren gleich behandelt. Die zuvor angelegten Städte wurden ebenfalls nach deutschem Modell umgebildet, z.B. Löbau (Lubawa) war eine alte prussische Stadt, die 1301 die Handfeste bekam und planmäßig umgestaltet wurde. Wie viele prussische Güter damals noch bestanden, kann man nicht feststellen, aber man weiß, dass es z.B. in den Komtureien von Elbing und Christburg eine ansehnliche Anzahl dieser gab. In einer Quelle wird die Anzahl der deutschen Familien auf 1421 und der prussischen auf 718 und in einer anderen auf 670 deutscher und 961 prussischer Familien geschätzt (Higounet 1990: 239).

Im 13. und 14. Jh. entstanden auf dem ganzen Gebiet des Ordenslandes bis Windenburg im Norden (heute Russland) ca. 1400 Dörfer und zwischen 76 und 93 Städte. Man schätzt, dass bis zur Jahrhundertwende vom 14. auf das 15. Jh. das Land von 550.000 Deutschen und Nichtdeutschen bewohnt war.

Die Auswanderungsbewegung der Deutschen begann schon im 12. Jh. und umfasste damals die slawischen Gebiete zwischen Elbe und Oder, wo sich ca. 200.000 Siedler

niederließen. Man schätzt die Zahl der Auswanderer im 13. Jahrhundert östlich der Oder ebenfalls auf 200.000. Im Vergleich dazu, man schätzt die Bevölkerung des alten Reiches zu dieser Zeit auf 5-6 Millionen Menschen, was jeweils ca. 7 % der Abwanderung im 12. und 13. Jh. beträgt. „Das heißt, dass ein Großteil des Bevölkerungsüberschusses im Westen die Binnenkolonisation und das Wachstum der Städte förderte und dass nur die Spitze des Überschusses die große Wanderungsbewegung nach Osten speiste.“ (Higounet 1990: 99).

Der Prozess der deutschen Ansiedlung begann ab der Mitte des 14. Jh. auszuklingen, wozu Pest, der damit verbundene Bevölkerungsschwund in Europa, Hungersnöte, Seuchen, die Agrarkrise und der Verfall der Getreidepreise beitrugen. Unter diesen Umständen verfielen viele neuerschlossene Gebiete, die jetzt wieder wüst und verlassen lagen. Neue Siedler hörten auf, zu strömen. Für viele bedeutete das eine finanzielle Katastrophe und einen Niedergang. Wenn man aber das Problem global betrachtet, muss man zugeben, dass das mehr oder weniger friedliche Zusammenleben der polnischen und deutschen Bevölkerung zur Wechselwirkung zweier Kulturen und Sprachen führte. „Die Sprache hat dabei gewiss eine geringere Rolle gespielt als die Vermischung durch Verheiratung und der Abbau rechtlicher und sozialer Barrieren, die zwischen diesen beiden Gruppen bestanden.“ (Higounet 1990: 327). Notwendigerweise mussten sich die einen oder die anderen die Sprache der Nachbarn aneignen und sich anpassen, um in der Gemeinschaft existieren zu können. Auf dem Lande förderte den Vorgang die Organisation des Dorfes selbst, wo die Bauern miteinander absprechen mussten, wann sie säen und ernten werden. So kam es zur Assimilation einer Minderheit. Einen Wettstreit zwischen den Sprachen gab es auch. Sein Ausgang war je nach Gegend unterschiedlich. In Niederschlesien z.B. dominierte Deutsch und in Oberschlesien, sowie auch im alten Polen Polnisch. Die beiden Sprachen durchmischten sich, was in deutschen Entlehnungen ersichtlich ist. Dort, wo Polnisch dominierte, wurden „selbst Personennamen polonisiert“ (Higounet 1990: 331). Oft führte die deutsch-polnische Nachbarschaft zu Zweisprachigkeit. „Die Bildung der deutschen Stämme der (Ost-)Preußen, der Pommern, der Mecklenburger, der Brandenburger, der Obersachsen und der Schlesier ist das Ergebnis eines langen Ausgleichsprozesses gewesen. Slawen, Prussen, Flamen, Holländer, Westfalen, Friesen, Thüringer, Franken, Bayern und Angehörige anderer deutscher Altstämme, die gar nicht so selten in einem Dorf miteinander lebten, verschmolzen langsam zu neuen Gemeinschaften, ...“ (Dralle 1991: 90).

Eine einzige politische Sprachmaßnahme im Mittelalter war eine Verordnung des Breslauer Bischofs, Johann Roth, aus dem Jahr 1495, in der er von den Bewohnern seines Landes verlangte, dass sie entweder innerhalb von fünf Jahren Deutsch lernen, oder das Land verlassen.

Aus der wechselseitigen Befruchtung des deutschen und slawischen Brauchtums entstand eine neue gemeinsame Kultur. „Bis in die Mitte des 14. Jhs. hatte sich im Osten auf kleinen oder mittelgroßen Wirtschaftseinheiten (in der Größenordnung von 5 bis 20, auf jeden Fall unter 100 Hektar) eine freie bäuerliche Gesellschaft eingerichtet, und durch das Miteinander mit den Slawen einer neuen bäuerlichen Kultur den Weg geöffnet.“ (Higounet 1990: 282). Innerhalb der Wanderbewegung entstand eine Mischung von Kultur und Tradition, die heute einen wertvollen Beitrag zur europäischen Kultur darstellt. Die Kulturberührungen von damals spiegeln sich bis heute in der polnischen Sprache wieder. Man entdeckt sie auch in archeologischen Funden, z.B. in der Bauweise.

Zusammen mit der lateinischen und deutschen Sprache hielt auch die geistige Kultur ihren Einzug. An den fürstlichen und kirchlichen Höfen wurden Dichtung und Literatur gepflegt. Es entwickelte sich die Geschichtsschreibung. Unter dem Einfluss der westlichen Kultur beobachtet man auch eine langsame Verbreitung vor allem der lateinischen und teilweise deutschen Taufnamen. In der ersten Hälfte des 12. Jhs. hatten 64 % der Adeligen in der Diözese Posen slawische, 28 % christliche und 8 % deutsche Namen. Von 400 Bauern in der Erzdiözese Gnesen trugen nur neun christliche Namen. „Erst in der darauffolgenden Epoche hat sich unter dem Einfluss der großen Wanderungsbewegung die Wende vollzogen.“ (Higounet 1990: 334).

Ohne Probleme verlief der Prozess der Ansiedlungen sicherlich nicht, aber größere ethnisch bedingte Konflikte, wie wir sie besonders im 19. und 20. Jh. kennengelernt haben, gab es damals nicht. Das Interesse lag bei beiden Seiten und es war ökonomischer Natur. Andere politische Umstände begleiteten die deutschen Ansiedlungen im 19. Jh. Diese stehen in krassem Kontrast zu denen des Mittelalters. Das Problem wird genauer im folgenden Kapitel erörtert.

4.3. Teilungen Polens

Als Grundlage bei der Darstellung dieses Ausschnitts der Geschichte haben mir vorwiegend ein Buch von Prof. Dr. Michael G. Müller „Die Teilungen Polens 1772•1793•1795“ 1984 und das Buch von Prof. Norman Davies „God’s Playground. A History of Poland I, II“ 1981 („Boże Igrzysko“), sowie auch „Kalendarz Historyczny“ von Jerzy Łojek („Historischer Kalender“ 1994) gedient.

Die Geschichte der Teilungen Polens ist ebenso, wie die oben beschriebenen deutschen Ansiedlungen im 13. und 14. Jh. in Polen, kontroversiell und es wird ihnen unterschiedliches Gewicht beigemessen. In der deutschen Geschichtsschreibung sind sie als lokales Problem ohne größere Bedeutung angesehen. Genau das Gegenteil tritt in der polnischen Historiographie auf. Die Teilungen – die nicht nur in der europäischen, sondern auch in der Weltgeschichte beispiellosen Geschehnisse – übten einen ausschlaggebenden Einfluss auf das Schicksal Polens aus (Łojek 1994: 180). Das flächenmäßig zweitgrößte europäische Land nach Russland wurde durch drei Nachbarstaaten innerhalb von 23 Jahren für 123 Jahre aus der Landkarte getilgt. „Es ist eben nicht nur für polnische, sondern auch für französische oder angelsächsische Historiker geläufig, die Teilungen Polens unter die ... epochemachenden Ereignisse der europäischen Frühneuzeit einzureihen, Denn auch für die Teilungen Polens gilt, dass hier das ganze Europa direkt oder indirekt in ein Geschehen einbezogen war, dessen Wirkungen die politische Struktur des Kontinents verändert haben.“ (Müller 1984; 7).

Im Buch von N. Davis lesen wir: „Although victorious powers habitually stripped their defeated rivals of territorial possessions ... there is no other instance when they deliberately annihilated one of Europe’s historic states in cold blood. Poland was the victim of political vivisection – by mutilation, amputation, and in the end total dismemberment; and the only excuse given was that the patient had not been feeling well.“ (Davis I 1981: 511).

Die wahren Ziele und Bestrebungen dreier Großmächte, Österreichs, Preußens und Russlands, waren am Anfang nicht deutlich genug, um sie durchschauen zu können. Man glaubte an Beteuerungen und Erklärungen der Diplomaten, denen zufolge die entstandene Situation Polens Selbstverschulden war. „No one seemed to notice the sleight of hand which concealed a sophisticated form of international violence.“ (Davis I 1981: 523). Schon die erste Teilung wurde scharf kritisiert. „Anders als die deutsche Preußen-

Geschichtsschreibung lange Zeit glauben machen wollte, hat die politische Öffentlichkeit Europas schon auf den ersten Teilungsakt von 1772 mit Vehemenz reagiert. Sie hat wahrgenommen, dass die willkürliche „Zerstückelung“ – nichts anderes bedeutet der zeitgenössische Begriff „démembrement“ – eines souveränen Staates aufgrund einer bloßen Interessenabsprache zwischen den Großmächten einen definitiven Einbruch in die politische Ordnung des alten Europa darstellte.“ (Müller 1984: 8). Man fürchtete, dass solches Vorgehen gegenüber einem zweitrangigen Staat wieder eine Anwendung finden könnte. Nicht zu Unrecht, denn die Beteiligten selbst bestätigten diese Absichten. Der Bruder Friedrichs II., Prinz Heinrich behauptete, dass das Bündnis „von nun an ganz Europa sein Gesetz vorschreiben werde.“ (in: Müller 1984: 8). Solche Gefahr nahm der im Buch von N. Davis zitierte Graf de Mirabeau wahr und seine Empörung formulierte er folgendermaßen: „In the future the destiny of Liberty, of Property, and of Human Life itself will be determined by the whims of despots...“ (in: Davis I 1981: 525). Und das bewahrheitete sich, denn die drei Teilungsmächte Russland, Preußen und Österreich bestimmten im 19. Jh. die mitteleuropäische Politik.

Welchen Nutzen erhofften die Teilungsmächte für sich außer einer bloßen territorialen Annexion? Die von ihnen geführte Politik verhalf Preußen und Russland zur Großmachtwerdung. „Für Russland ging es dabei vor allem um die Konsolidierung der im Nordischen Krieg am Jahrhundertbeginn durchgesetzten Vormachtstellung durch die Neutralisierung Ostmitteleuropas, für Preußen aber um das Avancement zur Großmacht selbst, das – anders als es die Friedrich-Legende will – nicht etwa durch den Erfolg im Siebenjährigen Krieg gesichert worden ist, sondern letztlich erst durch eben jene Teilungspolitik, welche es ermöglichte, vorrangige territoriale Interessen zu realisieren, äußere Konkurrenz auszuschalten und Preußen einen entscheidenden Geltungszuwachs im Rahmen der europäischen Bündnisbeziehungen zu verschaffen.“ (Müller 1984: 9-10).

Wenn es um Polen selbst ging, verlor es als der einzige nicht-absolutistische Staat in Ostmitteleuropa, mit dem republikanischen Regierungssystem (Adelsrepublik) und nach Rousseau die „‘einzige noch freie Nation‘ gegenüber dem monarchischen ‚Despotismus‘“, die Möglichkeit seiner Modernisierung. Es wurde damals einerseits als Konkurrent für die absolutistischen Großmächte, andererseits als „in feudaler Rückständigkeit erstarrtes Gebilde“ gesehen (Müller 1984: 9). Trotzdem war seine am 3. Mai 1791 verabschiedete

Verfassung die fortschrittlichste und gleichzeitig die erste in Europa und die zweite weltweit nach der amerikanischen von 1787.

Die zweite Teilung ein Jahr danach verhinderte die Durchführung der notwendigen Reformen in Polen, die dem Land ermöglicht hätten, die wirtschaftliche und politische Krise zu überwinden. Infolge der Teilung kam es zur Spaltung Europas „in einen tendenziell liberalen Westen und einen neoabsolutistischen Osten, ...“ (Müller 1984: 9). Die dritte und letzte Teilung 1795 besiegelte die völlige Unterwerfung Polens durch Preußen, Russland und Österreich für die nächsten 123 Jahre.

Für die Existenz und die Stabilität des Bündnisses zwischen den drei Teilungsmächten, das in der Heiligen Allianz mündete, war die Aufrechterhaltung der Teilungen notwendig. Deswegen wurde jeder Widerstand der Polen erbarmungslos niedergeschlagen. Und der Widerstand, der die drei Schwarzen Adler zu einer Zusammenarbeit zwang, war groß und kostete viele Opfer. Es genügt die vielen Beteiligten am Kosciuszko-Aufstand, am russisch-polnischen Krieg 1792, an den napoleonischen Kriegen, an den November- und Januaraufständen, am Voelkerfrühling, an den Großpolnischen Aufständen und an der Revolution 1905, zu erwähnen. Mit jeder Auflehnung wuchs die Sympathie für Polen und gleichzeitig eine scharfe Kritik der Teilungsmächte in den öffentlichen Medien. Trotz des aktiven Widerstandes der Polen konnten sich die Teilungsmächte bis zum ersten Weltkrieg behaupten und ihre Interessen bewahren.

4.3.1. Die Vorgeschichte

Im Jahr 1569 ist eine Union zwischen dem Königreich Polen und dem Großfürstentum Litauen beschlossen worden. Das neue Staatsgebilde hieß die Republik der Polnischen Krone und des Großfürstentums Litauen (*Rzeczpospolita Korony Polskiej i Wielkiego Księstwa Litewskiego*) oder Republik Beider Nationen (*Republika Obojga Narodów*).

Ähnlich wie die Österreichische Monarchie war Polen ein Vielvölkerstaat. In der Adelsrepublik Polen-Litauen wurde außer Polnisch und Ruthenisch (Weißrussisch, Ukrainisch), Jiddisch, Litauisch, Lettisch, Pruzzisch, Deutsch (meistens in den Städten), Armenisch und Tatarisch, auf dem Hof je nach Herrscher Italienisch, Französisch, Latein oder Deutsch gesprochen. In der Liturgie verwendete man Latein, Altkirchenslawisch,

Hochdeutsch, Hebräisch und Arabisch, was bedeutet, dass Dokumente dementsprechend in vier verschiedenen Alphabeten: im lateinischen, kyrillischen, hebräischen und arabischen verfasst wurden. (Davis 2006: 287). Die Amtssprachen waren im Königreich Polen das Polnische, und im Großfürstentum Litauen das Ruthenische.

Als Regierungssystem wurde eine Wahlmonarchie eingeführt, d.h. der König wurde nicht durch Erbfolge, sondern in den Freien Wahlen (*wolna elekcja*) direkt vom Adel gewählt. Der Kandidat konnte auch aus dem Ausland sein. Beide Nationen verband die Person des Königs, gemeinsam war der Sejm, die Innen- und Außenpolitik und die Währung. Separat blieben Ämter, das Heer, die Gerichtsbarkeit und Finanzen.

Das angenommene System schwächte die Macht des Königs, denn sie war durch die Vereinbarung zwischen dem Sejm (also dem Adel) und dem zukünftigen König stark eingeschränkt. Die Vereinbarung, die sogenannten *Pacta conventa*, präzisierte genau die Verpflichtungen des zukünftigen Königs, die er einhalten musste. Ohne die Beschlüsse des Sejms konnte der König keine wichtigere Entscheidungen treffen. Polen war also seit dem Jahr 1569 eine Wahlmonarchie mit demokratischer Beteiligung des Adels, daher nennt man diese Periode die Adelsrepublik (*Rzeczpospolita szlachecka* – RP I). Der Adel hatte zahlreiche Privilegien, die so genannten Goldenen Freiheiten, u.a. das *liberum veto* (der Einspruch gegen ein Gesetz), das Recht auf die Bildung einer Konföderation (eine Art Opposition) und die Teilnahme an Regierungsgeschäften. Innerhalb des Standes waren alle gleich und hatten dieselben Rechte. Zusammen mit dem Senat und dem König bildeten sie (durch ihre und die von ihnen gewählten Vertreter) den Sejm und trafen politische Entscheidungen. Es herrschte das Einstimmigkeitsprinzip (erst durch die Verfassung vom 3. Mai 1791 abgeschafft) außer in der Zeit, in der eine Konföderation von einer Interessensgruppe zur Durchsetzung eigener Ziele gebildet worden war. Dann wurden Gesetze mit einfacher Mehrheit beschlossen. Das Hauptorgan der Konföderation verantwortete sich vor dem Sejm.

Die Schwäche des politischen Systems und die einsetzende Krise in Polen zeigten sich deutlich seit der Mitte des 17. Jhs. Die Einführung des *liberum veto*, nach dem ein Adeliger mit einer einzigen Gegenstimme den Sejm beschlussunfähig machen konnte, ließ viel Spielraum für äußere Einflüsse und verhinderte jede wertvolle Initiative in Richtung Reformen. Grundsätzlich beharrte der Adel auf seinen Privilegien, so dass nur irgendeine Kürzung seiner Prärogative überhaupt nicht in Frage kam, auch nicht wegen der

Staatsräson. Im Vergleich zu anderen Ländern bildete der Adel eine gewichtige Bevölkerungsschicht und betrug ca. bis zu 10 % der ganzen Bevölkerung. Das heißt, dass der prozentuelle Anteil der Bevölkerung, die sich direkt am Regierungsgeschehen beteiligte, sehr hoch war. Dieses Phänomen war damals woanders in Europa nicht anzutreffen. Deswegen hatte Polen trotz vieler Probleme in der Politik und dem stufenweise fortschreitenden, wirtschaftlichen Entwicklungsrückstand beste Ansätze für das Schaffen eines modernen Staates in Europa.

Drei Jahre nach der Schließung der Lubliner Union erlosch mit dem Tod Sigismund II. August das Jagiellonen Geschlecht. Es kam die Zeit des Interregnums und der Freien Wahlen. Für die Ruhe und Stabilität im Lande war die so geregelte Nachfolge äußerst ungünstig, denn sie erleichterte fremde Eingriffe. So verbargen sich hinter den Wahlen immer Streitereien, Intrigen, Bestechungsgeld, Druck von außen und Einmischung von Fremden in innere Angelegenheiten, usw., was die Situation in Polen, zum Nutzen seiner Nachbarn destabilisierte. Der erste auf dem Weg der Freien Wahlen gewählte König war Heinrich III. aus dem französischen Geschlecht der Valois. Danach folgten Könige u.a. aus dem Geschlecht der schwedischen Wasa und sächsischen Wettiner. Die Wahl der Wettiner „verdankte“ die Republik einer Intrige des russischen Zaren Peter I.

Die innere Krise in Polen, die zu einem Entwicklungsrückstand führte, den Staat schwächte und den äußeren Geltungsverlust des Staates herbeiführte, ging Hand in Hand mit dem außenpolitischen Konstellationswandel. Die Änderung der Mächteverhältnisse und der allmähliche Prozess des Souveränitätsverlusts der Republik setzte bereits im Nordischen Krieg 1700-1721 zwischen Schweden und Russland ein. In der Folge wurde Russland durch die territorialen Gewinne (Zugang zur Ostsee) eine Großmacht in Osteuropa, und Schweden und Polen stiegen zu zweitrangigen Staaten ab. Außerdem dehnte Russland seine Einflüsse in Polen aus, indem der russische Protektorat noch während des Nordischen Krieges, geschaffen wurde. Eine intensive Einmischung Russlands datiert man ab dem 1.2.1717. An dem Tag wurde der Sejm einberufen, um den Friedensvertrag von Warschau zwischen dem polnischen König August II. dem Starken und dem polnischen Adel, zwischen denen es zu einer Auseinandersetzung gekommen war, zu bestätigen. Die Rolle des Vermittlers zwischen den entzweiten Parteien spielte der russische Zar Peter I. Die berühmte Tagung nennt man in der Geschichte der Stumme Sejm von 1717, denn den Abgeordneten war ihr Rede- und Widerspruchsrecht gegen die

Beschlüsse untersagt. Russland fürchtete nämlich durch das Veto nur eines Abgeordneten die Verhinderung der Beschlüsse und sowohl eine Auflösung des Sejm als auch die Formierung einer Konföderation. „Poland’s internal troubles were systematically promoted by her more powerful neighbours... It was Peter I ... who had forced a silent Sejm to pass the strictures on finance, army, and reform which blighted public life thereafter. Not only Russia, but Sweden, Prussia, France, and Austria, used Poland as a battleground on which to settle their quarrels inexpensively. It is the simple truth that Poland’s weakness suited the purposes of her neighbours most conveniently.“ (Davis I 1981: 513). Der Stumme Sejm schaffte auch das Recht eine Konföderation zu bilden, ab. Allerdings wurde das nicht beachtet.

Russland behandelte die Adelsrepublik bis zur ersten Teilung als eigenes Protektorat, in dem es „by methods which in civilian life would have been described as a protection-racket“, regierte. (Davis I 1981: 513). Im Grunde war es ein Auftakt zu Teilungen und zur völligen Unterwerfung des Staates.

Die Beziehungslage in Osteuropa änderte sich stufenweise. Kühne Unternehmen Russlands beobachteten sorgfältig Österreich und Preußen, die auch mithalten wollten. Die Vormachtstellung Russlands war unerwünscht. Das innerlich entzweite und dadurch leichter von außen steuerbare Polen hatte wenig Chancen sich gegen sie zu behaupten. Im Laufe der Zeit spitzte sich die Krise zu und ihr Höhepunkt waren die Teilungen.

4.3.2. Die erste Teilung

Schon während des Nordischen Krieges konstituierte sich die Vormachtstellung Russlands in Ostmitteleuropa. Diesem Umstand versuchte die französische Diplomatie entgegenzuwirken. Eine Gelegenheit bot sich nach dem Tod Augusts II. (aus dem Geschlecht der Wettiner) 1733 mit dem Ausbruch des polnischen Thronfolgekrieges, mit dem sich Diplomaten vor allem aus Frankreich, Russland und Preußen stark beschäftigten. Frankreich strebte durch seinen Kandidaten für die polnische Krone, Stanisław Leszczyński, danach, auf das politische Geschehen in Polen Einfluss nehmen zu können und auf diese Weise die russische Hegemonialpolitik zu stoppen. Russland war aber durch das Bündnis mit Österreich und Preußen (Bündnis der drei Schwarzen Adler) darauf

vorbereitet und nicht bereit seine Stellung zugunsten Frankreich aufzugeben. Letztendlich setzte der Zar seinen Kandidaten August III. durch, der sich vertraglich verpflichtete auf Reformen in Polen zu verzichten und Russlands Ansprüche auf Kurland (in Oberhoheit Polens) zu unterstützen. Informell blieb also Polen ungefähr 50 Jahre lang im Einflussbereich Russlands als sein Protektorat. Seine Politik den Verfassungszustand in Polen ständig zu kontrollieren, zielte auf die Bewahrung des Gleichgewichts zwischen der patriotischen Reformpartei und der mit Russland sympatisierenden Partei (wenn nötig, auch auf ihre Kosten), „denn gerade auf dem Gleichgewicht der Parteieneinflüsse, einer innenpolitischen Pattsituation also, beruhte der ‚anarchische‘ Zustand der Handlungsunfähigkeit der Republik...“ (Müller 1984: 21). Ein solches Protektorat schloss in Polen jede reformgerichtete Initiative seitens der Reformpartei aus. Von Anfang an waren solche Pläne wegen der „mit Bedacht von außen gelenkten Reichstagskonflikten“ zum Scheitern verurteilt (Müller 1984: 22).

Unter den Nachbarn selbst herrschte keine Einigung und manchmal traten sogar gegensätzliche Interessen auf. So war es z.B. im Konflikt um Schlesien zwischen Preußen und Österreich, der den Siebenjährigen Krieg (1756-1763) ausgelöst hat, wo sich Russland zuerst auf die Seite Österreichs schlug, dann wechselte es den Kurs zu Gunsten Preußens. In Hinsicht auf die Vorteile, die Friedrich der Große für sich von der politischen Partnerschaft mit Russland herausholte, sollte er später gesagt haben: „Es lohnt sich, die Freundschaft dieser Barbaren zu kultivieren“ (Haffner 1990: 165). Diese Worte wurden zur Devise der preußischen Politik gegenüber Russland und sie erwiesen sich als äußerst vorteilhaft für Preußen. Gleichzeitig illustrieren sie sehr gut die Unbeständigkeit politischer Allianzen. Die gemeinsamen Interessen der negativen Polenpolitik waren jedoch stärker als vorübergehende Unstimmigkeiten zwischen den drei Schwarzen Adlern. Das veranschaulicht der weitere Konflikt von 1763 um die polnische Thronfolge.

Jede Zeit des Interregnums zeigte die fortschreitende politische Krise in Polen, denn sie zeichnete sich durch Chaos, Bestechung, Intrigen und Zwistigkeiten aus. Jeder fremde Staat, der mitmachte, wollte seine Einflüsse kräftigen und ausdehnen. Russland unterstützte für die polnische Krone Stanislaw August Poniatowski und setzte seine Kandidatur auch durch. Gründe dafür gab es viele. Während seines Aufenthaltes in Petersburg war er eine Zeit lang Favorit der Zarin Katharina gewesen. Sie wusste schon, was sie von ihm erwarten konnte und dass er kein Politiker von großem Format (den Polen damals brauchte) war. Das

Verhältnis beeinflusste später seine Politik gegenüber Russland, wobei er sich dabei verrechnete. Poniatowski hatte eine eher schwache Position in seiner von Katharina unterstützten Partei der Familie Czartoryski. Ihr Interesse für die Reformpartei bedeutete nicht, dass sie sich für die Reformen erklärte. Es ging ihr vielmehr um die Aufsicht, eine Kontrolle und Steuerung der Partei, die durch unerlaubtes Handeln ihre Pläne durchkreuzen konnte. Jegliche Stärkung Polens kam überhaupt nicht in Frage. Andere Erwartungen hatte die Reformpartei selbst, die sich vormachte, Polen reformieren zu können. Von Anfang an herrschten gegensätzliche Interessen innerhalb dieser Gruppierung. Ein Konflikt war also vorprogrammiert und musste letztendlich zur Krise in der beiderseitigen Beziehungen führen, denn die Absichten beider Seiten waren unvereinbar.

Wenn es um die anderen Bündnispartner geht, konnte Katharina II. Preußen für ihre „polnischen“ Pläne gewinnen. Österreich und Frankreich lehnten sie ab. Die französischen Ideen wollte Österreich nicht akzeptieren. Einzelne wollten die beiden gegen Russland nicht vorgehen und so hat Russland seine Politik durchgesetzt. „Unter dem ‚Schutz‘ einer russischen Armee kam die Inthronisierung Stanisław Augusts und die Etablierung der Czartoryski als neue ‚Regierungspartei‘ zustande.“ (Müller 1984: 30). Bald zeigte sich, dass sich Russland verkalkulierte. Stanisław August versuchte eigene Initiativen zu verwirklichen und die Reformpartei strebte wirklich nach Reformen (Zollreform, die Berufung einer Finanz- und Militärkommission, die Aufrechterhaltung des Ausnahmestatus einer Konföderation, die Einschränkung des liberum veto), was für die Bündnispartner unzulässig war. In Anbetracht dieser Situation drängte Preußen auf eine radikalere Lösung der polnischen Frage.

Die Situation wurde durch die Tatsache verschlechtert, dass keine der Seiten, weder die Regierungspartei, noch Russland kompromissbereit waren. Russland sah sich gezwungen militärisch einzugreifen, wobei es sich auf die Dissidenten und die Konföderierten von Radom (eine Konföderation, die von Magnaten gegen den König und der Reformpartei organisiert worden ist, die de facto vom russischen Gesandten Nikolaj Repnin geführt wurde) stützte.

Die Dissidenten waren eine Gruppierung, die aus den Orthodoxen und Protestanten bestand. Von Russland angestachelt, forderten sie eine Gleichberechtigung der Minderheiten mit den Katholiken im Bereich der Politik, was im damaligen Europa unerhört war, denn nirgendwo (auch nicht in Russland) konnte ein Mitglied einer

Minderheit ein staatliches Amt bekleiden. Vergleichbar war die religiöse Toleranz in Polen die größte in Europa. Das Aufhetzen der Dissidenten gegen die polnische Regierungspartei war auf die Auslösung von Unruhen hingerichtet, denn Russland suchte inzwischen über die Dissidenten und die Konföderierten von Radom hinweg eine Einigung mit der Reformpartei, die in einem Kompromiss auf dem Reichstag von 1767 resultierte. Der Sejm tagte formal unter der Konföderation von Radom. Gezwungen durch russische Pressionen, Manipulationen und gewaltsame Eingriffe (inklusive die Deportation einiger Oppositionsmitglieder nach Russland) beschloss der Sejm u.a. die vertragliche Festlegung der Verfassungsgarantie Russlands. Damit verlor Polen formal seine Souveränität. Die Konföderierten fühlten sich übergangen.

Ein Versuch seitens Russland gegnerische Parteien gegeneinander auszuspielen, gelang nicht ganz. Der über die offensichtliche Einschränkung der polnischen Souveränität und die Machenschaften Russlands empörte Adel proklamierte im Februar 1768 die Konföderation von Bar (in Podolien – Ukraina), die die russische Militärintervention in Polen und in weiterer Folge eine Kriegserklärung der Türkei an Russland herbeiführte. Den von den Mitgliedern der alten Adelsfamilien (Kraśiński, Pułaski, Potocki und Sapieha) geführten Widerstand gegen Russland und Stanisław August zur Verteidigung von Glaube und Freiheit konnte Russland über vier Jahre lang nicht niederschlagen. Zuerst hatte die Konföderation eine lokale Bedeutung gehabt, aber bald schlossen sich auch andere Woiwodschaften an. Gegen die Konföderierten zogen russische Kräfte und die der Krone, obwohl sich der König selbst und die Czartoryski-Partei neutral verhielten. Sie unternahmen nichts und warteten ab, was geschehen wird. Gleichzeitig inspirierte Russland den Hajdamakenaufstand, den Aufstand der ukrainischen Bauern und Kosaken, die sich gegen den verhassten polnischen Adel, die Juden und Geistlichen wandten. In der Stadt Human richteten sie ein Blutbad an, in dem ca. 20 tausend Katholiken und Juden umkamen. Insgesamt wurden innerhalb von drei Wochen ca. 200 000 Menschen auf eine grauenvolle Weise ermordet. Die russischen Kräfte schritten erst dann ein, nachdem der Großteil des Adels, der die Konföderierten unterstützten, von den Aufständischen getötet worden war. Nachdem die Ukrainer ihre Rolle erfüllt hatten, erfuhren sie wiederum bei der Niederschlagung des Aufstandes die Grausamkeit der russischen und teilweise auch der polnischen Truppen. Danach verfolgten sie die kämpfenden Konföderierten weiter. Der Krieg spielte sich in ganz Polen ab, angefangen von der Ukraine bis Großpolen. Am

Anfang wurde der Adel teilweise von Frankreich unterstützt. Nachdem sich aber die politische Situation in Frankreich geändert hatte, wurden sie sich selbst überlassen.

Bald erklärte die Türkei der russischen Zarin den Krieg und 1771 schloss Österreich mit der Türkei eine Allianz gegen Russland.

Trotz der schwierigen Situation und der Kämpfe auf zwei Fronten war nicht Russland der Auslöser der Teilungen. „Die Verursachung der Teilung kam zweifellos der Politik Preußens und Österreichs zu.“ (Müller 1984: 34). Schon im November 1768 legte Friedrich II. Zarin Katharina einen Entwurf der Teilung vor. Zu der Zeit war das nicht im Sinne ihrer Absichten und Interessen. Einen Monat später sprach Österreich mit Preußen davon. Österreich hatte wegen des Verlusts Schlesiens an Preußen Kompensationsbedürfnisse. Deswegen auch sah sein Entwurf ein Tauschgeschäft vor – Schlesien gegen das Königliche Preußen und Kurland (Teile Polens). Preußen ging es um eine Machtausweitung. Seine Idee war eine anti-osmanische Allianz mit Russland und Österreich und die gemeinsame Teilung Polens als Entschädigung. Beide Ziele sollten auf Kosten Polens erreicht werden. Ohne die Zarin konnten Preußen und Österreich sie aber nicht verwirklichen.

Den ersten Schritt, der zur Teilung führte, tat unerwartet Maria Theresia. 1769 ließ sie zuerst die Grafschaft Zips und 1770 Neumarkt (Nowy Targ) und Neu Sandez (Nowy Sącz) in Südpolen unter dem Vorwand des Schutzes der Grenze gegen die Konföderierten anektieren. Österreich fühlte sich auch nach den ersten russischen Erfolgen an der russisch-osmanischen Front gezwungen, zu reagieren (im Hinblick auf mögliche Gewinne Russlands im Osten), was in einer Truppenmobilisierung und einer Allianz mit der Türkei resultierte. Im Interesse der österreichischen und der preußischen Diplomatie war die Aufrechterhaltung der bisherigen Machtkonstellation in Osteuropa. Die neu entstandene Situation war ein günstiger Zeitpunkt für Preußen, um Russlands Zweifel an der Zweckmäßigkeit der Teilung Polens zu zerstreuen, auch weil die Konföderierten ab Dezember 1770 auf die französische Hilfe nicht mehr rechnen konnten. Eine raffinierte Politik Preußens gegenüber Russland und Österreich, sowie auch die immer noch andauernden Kämpfe und eine nicht entschiedene Situation in Polen hatten die Überwindung der Bedenken Zarin Katharina zur Folge. Am Jahresende 1771 saßen Russland und Preußen am Verhandlungstisch. Im Februar 1772 kamen sie zu einer Einigung und einen Monat später schloss sich ihnen Österreich an, nachdem es einsehen musste, dass seine Hoffnungen sowohl auf das Tauschgeschäft mit Preußen, als auch auf

einen Vergleich mit Russland auf Kosten der Türkei im Sande verliefen. Der Teilungsvertrag ist offiziell am 5.08.1772 in Petersburg unterschrieben worden. „Als Äquivalent für den Kompromiss in der orientalischen Frage, der den Verzicht Russlands auf die Donaufürstentümer Moldau und Walachei bei einem späteren Friedensschluss mit dem Osmanischen Reich zum Kern hatte, eigneten sich die Teilungsmächte etwa ein Drittel des polnischen Staatsterritoriums an.“ (Müller 1984: 39). Insgesamt waren es 211.000 km² mit über 4,5 Millionen Einwohnern (35 %). Der Teilungsanteil Russlands betrug 92.000 km² mit 1,3 Millionen, Österreichs 83.000 km² mit 2,65 Millionen und Preußens 36.000 km² mit 580.000 Bewohnern (Łojek 1994: 182). Preußen bekam Pomerellen ohne Thorn und Danzig, Ermland und einen Teil Großpolens mit Kujawien, Österreich bekam Kleinpolen südlich der Weichsel und des San, fast zur Gänze die Wojewodschaften Ruthenien und Belz, sowie auch Teile der Wojewodschaften Podolien und Wolhynien bis zum Fluss Sbrutsch im Westen der Ukraine. Russland erhielt den östlichen Teil Weißrusslands (Topolski 1975: 379). Die Ansprüche jeder Partei wurden somit befriedigt, zumindest vorläufig.

Die letzten Konföderierten wehrten sich noch bis zum 18.08.1772. An dem Tag ergab sich der Helle Berg (Jasna Góra) in Tschenstochau. Der für den 19.04.1773 auf Verlangen der Teilungsmächte einberufene Sejm musste „mittels gewaltsamer Manipulationen“ [der Teilungsmächte] die Anexion bestätigen (Müller 1984: 41). Denn trotz der Gewalt wollte man den Anschein der Rechtsstaatlichkeit erwecken. Die Ratifizierung des Teilungsvertrages folgte am 30.09.1773.

In der neuen Wirklichkeit verzichtete Polen nicht auf die Durchführung zumindest einiger Reformen. Aber auch die Teilungsmächte waren nicht bereit, auf das Überwachen der politischen Initiativen in Polen zu verzichten. Russland bemühte sich durch seinen Gesandten Stackelberg eine prorussische Partei zu organisieren und eine Beziehung zu Stanisław August zu erneuern. Weiterhin blieb der russische Schirm über der Republik aufgespannt, um ihrer politischen Emanzipation vorzubeugen.

4.3.3. Die zweite Teilung

Der Anschein der politischen Entspannung und einer erfolgreichen Lösung des Konflikts war trügerisch. „Bald sollte sich abermals die Frage einer Gewichtung der Machtpositionen in Osteuropa stellen, wobei auch der territoriale Bestand Polens in den neuen Grenzen von 1772 nicht unangetastet bleiben konnte.“ (Müller 1984: 41). Die internationale Politik steuerte in eine neue Krise. Die gegensätzlichen Interessen dreier Verbündeter trugen zu einer Zuspitzung der Situation bei.

Österreich konnte weiterhin den Verlust Schlesiens nicht vertragen, obwohl sein Anteil an der ersten Teilung viel größer als der preußische war, nicht aber in ökonomischer Sicht. Deswegen bemühte sich die Habsburger Monarchie „den weiter ausgebauten Vorsprung des Kontrahenten im Reich aufzuholen.“ (Müller 1984: 40).

Preußen hatte einen immer noch nicht erfüllten Appetit auf Danzig und Thorn. Außerdem verband die beiden Staaten ein gegensätzliches Interesse innerhalb des Reiches, nämlich der von beiden erhobene Anspruch auf Bayern.

Russland führte im Südosten (besonders im Schwarzmeerbereich und auf dem Balkan) weiterhin eine Expansionspolitik, die eine Reaktion seitens Österreichs und Englands hervorrief.

Und in Polen war die Situation nicht weniger kompliziert. Die Zarin wollte den status quo beibehalten. Die Unterstützung fand sie unter einigen Magnaten, Dissidenten, Geistlichen, der von Magnaten angeführten Armee und bestochenen Abgeordneten. Hilfreich waren russische Agenten, sowie auch das Recht (auch wenn aufgezwungen) und die zahlenmäßige Überlegenheit der russischen Armee. Die Reformer hatten einen kleinen Teil des Adels an ihrer Seite, manchmal den König und die Minderheit der Abgeordneten im Sejm. In dieser schwierigen Situation begann der Patriotismus im polnischen Volk und auch unter dem bisher im Marasmus lebenden Adel zu erwachen. Man sah ein, dass die bisher so hartnäckig verteidigten Goldenen Freiheiten ein Relikt der Epoche wären und dass sie eine Gefährdung der nationalen Unabhängigkeit darstellten. Die Reformen konnten unter diesen Umständen wegen des Protektoratssystems nur fragmentarisch durchgeführt werden. Mit der Genehmigung der Teilungsmächte entstand der Ständige Rat (Rada Nieustająca) und das erste moderne Bildungsministerium in Europa, die Kommission für

die nationale Bildung (Komisja Edukacji Narodowej – KEN). Das Führen der unabhängigen Außenpolitik war praktisch unmöglich.

Für Oktober 1788 wurde der Sejm einberufen, der über die Unterstützung für das vom König geplante Bündnis mit Russland beraten sollte. Der Vorschlag des Königs sah eine polnisch-russische Allianz gegen das Osmanische Reich vor. Im Gegenzug sollte Russland die Erlaubnis zur Vergrößerung des polnischen Heeres geben und die Anteilnahme Polens an Gewinnen vom Schwarzmeer-Handel genehmigen. Die Antwort der Zarin war negativ, denn erstens hatte sie im Krieg mit der Türkei ohnehin eine bedingungslose Hilfe seitens der in der Opposition stehenden Magnaten und zweitens waren jegliche polnische Aktivitäten auf internationaler Ebene durch Russland unerwünscht. Die politische Isolation Polens war ihr recht.

Der Sejm war aber schon einberufen und so begann man mit Sitzungen, die mit der Zeit Schwung bekamen und deren Bedeutung und Auswirkungen damals niemand voraussehen konnte. Anstatt der polnisch-russischen Allianz standen Reformen auf dem Programm. Dieser Sejm ist in die Geschichte als Großer Sejm oder Vierjähriger Sejm eingegangen. Die wichtigsten Beschlüsse setzten alle Einschränkungen, die der Stumme Sejm vom 1717 verabschieden musste, außer Kraft. Damit waren die Grundlagen des russischen Protektorats erschüttert. Es war klar, dass sich Russland so einen Schritt nicht gefallen lassen und reagieren wird, denn die Änderungen stellten eine Bedrohung für die konservativen Monarchien dar und damit für die bisherige politische Ordnung in Osteuropa. Es war umso gefährlicher, weil sich in Frankreich parallel dazu revolutionäre Änderungen vollzogen, die ebenfalls gegen die absolutistische Monarchie gerichtet waren.

Der Sejm tagte bisher sechs Wochen lang und danach löste er sich auf. Diesmal verweigerte er die Auflösung und wandelte sich in eine Konföderation (nach dem Recht legal) um. So konnte er weiter tagen und das zu Ende führen, was er angefangen hat.

Am 3. Mai 1791 wurde eine Verfassung verabschiedet, die die erste Verfassung in Europa und die zweite in der Welt nach der amerikanischen war. Seit der Wiedergeburt des polnischen Staates 1918 wird der Tag als Nationalfeiertag begangen, allerdings mit einer Unterbrechung. In der Zeit des erneuten russischen Protektorats war das Fest nach dem 2. Weltkrieg bis zum Fall des Kommunismus verboten. Die Verfassung beinhaltete politische und soziale Reformen zur Wiedererlangung der Unabhängigkeit und Modernisierung des Staates. Die Union Polen-Litauen wurde aufgehoben und die Gründung eines einheitlichen

Staates mit einer gemeinsamen Regierung, einem gemeinsamen Heer und Fiskus beschlossen. Außerdem wurde eine neue Staatsform von einer parlamentarischen zu einer konstitutionellen und erblichen Monarchie eingeführt. Die Exekutive bildeten der König, der Primas und fünf Minister. Der zentralen Verwaltung unterlagen lokale Organe in Form von Kommissionen. Der Sejm hob das liberum veto, die Konföderationen, das Widerstandsrecht, die Freien Wahlen, den Ständigen Rat und die Gewalt der Magnaten über das Heer auf. Das Heer sollte ab jetzt auf 100.000 Soldaten vergrößert werden. Die Städte bekamen politische Rechte und der arme Teil des Adels verlor sie (Davis I 1981: 528, ff.).

Zu den führenden Persönlichkeiten des Großen Sejm gehörten u.a.: Stanisław Małachowski, Hugo Kołłątaj, Kazimierz Nestor Sapieha, Adam Kazimierz Czartoryski, Julian Ursyn Niemcewicz, Stanisław Sołtyk und Adam Naruszewicz.

Als Reaktion auf die Geschehnisse in Warschau bildeten im April 1792 aus einer Initiative der Zarin Stanisław Szczęśny Potocki, Franciszek Ksawery Branicki, Seweryn Rzewuski und die Brüder Kossakowskis eine Konföderation, bekannt in der Geschichte als Konföderation von Targowica (von der Ortschaft Targowica in der Ukraine, wo sie verkündet worden ist), obwohl die Urkunde in Wirklichkeit in St. Petersburg unterschrieben worden war. Dort fand die Absprache zwischen der Zarin und den Magnaten, die bis heute als Verräter betrachtet werden, statt. Die Magnaten fürchteten um ihre Privilegien und waren immer entschiedener Gegner jeglicher Reformen. Daher wollten sie mit der militärischen Hilfe Russlands alle Beschlüsse des Sejm, inklusive die Mai Verfassung, rückgängig machen, um ihre alte Macht aufrechtzuerhalten. Russland selbst war an der Zurückgewinnung seines Einflusses interessiert. So begann im Mai 1792 der polnisch-russische Krieg, der nur drei Monate dauerte. 100.000 russische Soldaten standen gegen 40.000 polnische. Polen befand sich damals in der Defensivallianz mit Preußen, d.h. Preußen war im Falle eines Verteidigungskrieges zur militärischen Hilfe verpflichtet. Friedrich Wilhelm versagte aber und zog sich einseitig aus dem Bündnis zurück. Diese Tatsache und die unentschiedene und ängstliche Haltung von Stanisław August entschied über den Ausgang des Krieges. Der König verließ das Lager der Patrioten und schloss sich der Konföderation von Targowica an, was für die Kämpfenden ein harter Schlag war. Die Historiker interpretieren den Schritt des Königs unterschiedlich. Einige meinen, es wäre ein Verrat (J. Łojek), andere sind nachsichtiger. N. Davis spricht über

„Ängstlichkeit“ des Königs, und dass er durch den Verrat angesichts der militärischen Überlegenheit der Russen seinem Volk Leiden und Schmerz ersparen wollte. Was die polnische Diplomatie damals nicht wusste, war die Tatsache, dass Preußen mit Österreich das gegenüber Polen widersprüchliche Bündnis zur Verteidigung des monarchischen Systems schloss. Durch die französische Revolution fühlten sich jetzt die Monarchen bedroht und eine Kooperation war notwendig. Außerdem schloss Friedrich Wilhelm eine geheime Vereinbarung direkt mit Russland, natürlich gegen einen Anteil an Gewinn und half aktiv bei der Niederwerfung Polens. „By a simple act of treachery, he enlarged his kingdom, and abandoned the Poles to their fate.“ (Davis I 1981: 537). Polen wurde politisch isoliert. Unter solchen Umständen verlor es den Krieg gegen die mächtige Zarin Katharina und viele engagierte polnische Politiker und Befehlshaber mussten emigrieren. Der zweite Teilungsvertrag wurde am 23. Jänner 1793 von Preußen und Russland unterschrieben. Preußen wurde mit Danzig, Thorn, Großpolen bis an die Pilica und dem westlichen Masowien belohnt, ca. 58.400 km² mit 1,14 Mio. Einwohnern. Russland nahm sich 250.000 km² östlicher Provinzen (Davis I 1981: 537). Österreich ging leer aus, weil es sich vor einer aktiven Unterstützung drückte.

Wie bei der ersten Teilung wurde auch jetzt der Anschein der Rechtsstaatlichkeit gewahrt. Der letzte in Grodno „under the sights of Russian guns“ (Davis I 1981: 537) tagende Sejm der Adelsrepublik musste alle Errungenschaften des Großen Sejms rückgängig machen. Außerdem stellten die Abgeordneten die Goldene Freiheit des Adels (damit also u.a. das liberum veto) wieder her und unter der Gefahr der Sequestration seiner Güter die Genehmigung auf die zweite Teilung unterschrieben. Auch der König unterzeichnete sie.

4.3.4. Die dritte Teilung

Inzwischen gaben sich viele Patrioten noch nicht geschlagen. Die nach Leipzig und Dresden emigrierten Ignacy Potocki, Hugo Kołłątaj und Tadeusz Kościuszko bereiteten einen Aufstand vor. Auch in Polen waren die Anhänger der Mai-Verfassung am Werk. Im Frühling 1794 brach in Polen und Litauen der Kościuszko-Aufstand aus, an dem der Adel neben den Bauern teilnahm. Das zeugt von einem erwachenden nationalen Bewusstsein, wo die Unabhängigkeit des eigenen Landes über den sozialen Unterschieden stand. Die

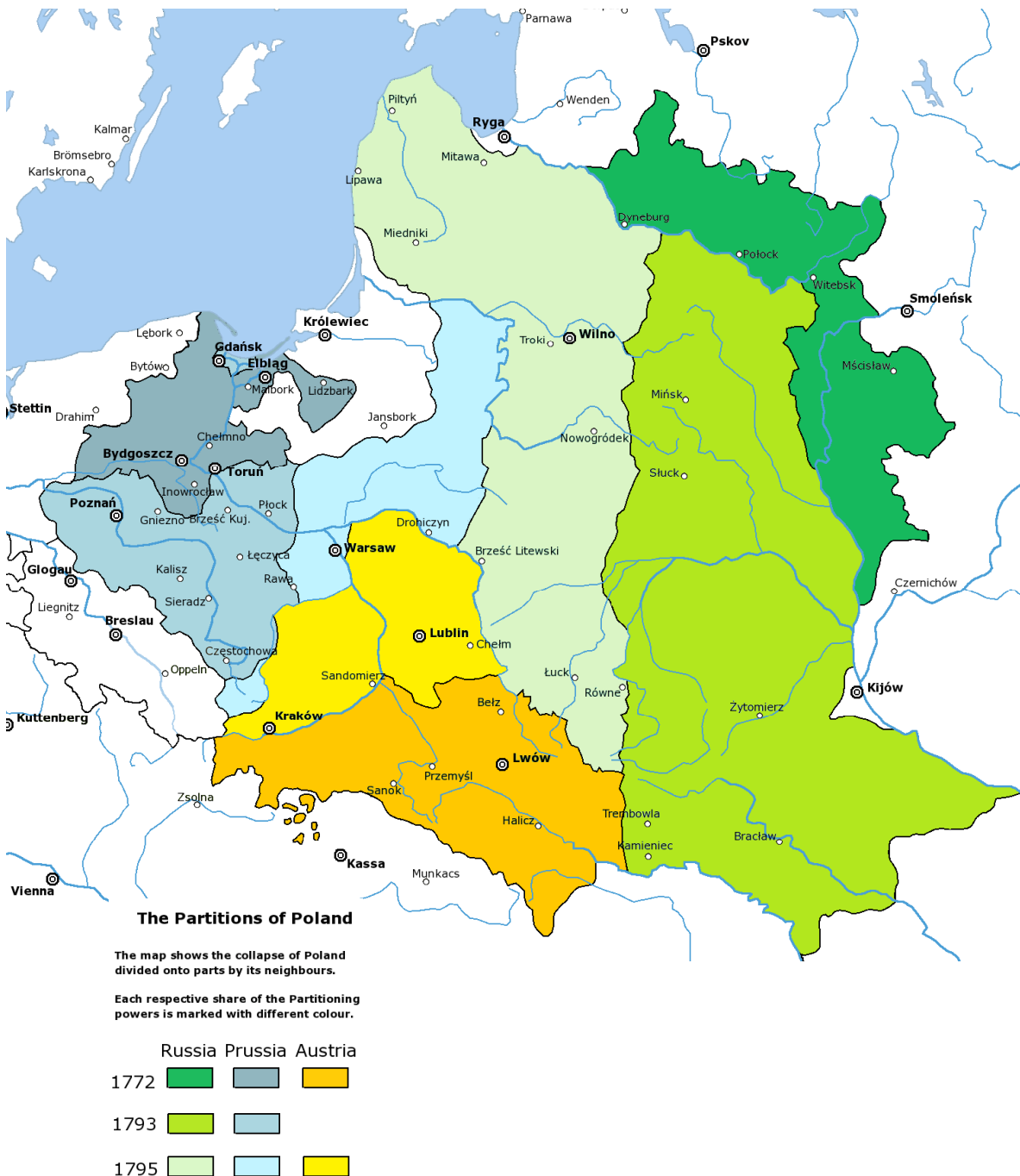
Aufständischen bildeten eine Regierung mit T. Kościuszko als Anführer. Trotz einer heldenhaften Verteidigung wurde im Herbst 1795 die nationale Auflehnung – wie auch die nächsten – durch die vereinigten preußischen und russischen Kräfte blutig niedergeschlagen. Die Aufständische Regierung wurde liquidiert, der König musste abdanken und nach Grodno ins Exil gehen. Die dritte und endgültige Teilung stand vor der Tür. Da kein Oberhaupt und kein Parlament da war, mussten die Teilungsmächte diesmal nach der Genehmigung der dritten Teilung nicht fragen. „Das Polen der Aufklärung war vom Despotismus umgebracht worden.“ (Davis 2006: 281).

Österreich besetzte aus Angst, dass es wie bei der zweiten Teilung nichts bekommt, das Land um Krakau und nannte es Neu Galizien, das es später neben den Gebieten bis zum Fluss Bug und Pilica bekam. Preußen nahmen sich Neuöstliches Preußen (das Land nördlich von Bug bis zur Memel, d.h. das restliche Masowien mit Warschau und Teile Podlachiens und Litauens). Und Russland besetzte weitere Gebiete östlich von Njemen und Bug mit Wilno, die im Norden bis zur Ostsee und im Süden bis zur Quelle der Horyn reichten. Der Punkt, wo sich alle drei Teilungsgebiete trafen, lag bei Janów Podlaski, ca. 170 km östlich von Warschau. Nach drei Teilungen übernahm Russland die Kontrolle über 471.000 km² und 6 Mio. Einwohner, Preußen über 148.000 km² und 2,7 Mio. Einwohner und Österreich über 129.000 km² und 3,8 Mio. Einwohner. Vor den Teilungen betrug die Fläche der Republik Polen-Litauen 748.000 km² (Łojek 1994: 234).

Die bisher geltenden Grenzen der Bistümer, die sich in zwei Teilungsgebieten befanden, wurden aufgehoben. Kein Bischof durfte nämlich sein Amt zugleich in zwei Teilungsgebieten ausüben. Deshalb wurden neue Bistümer gegründet, für Preußen in Wigry und für Österreich in Tarnów. Sie waren nicht dem Erzbistum Gnesen unterstellt, sondern direkt dem Papst. Die Politik gegenüber der Kirche (u.a. Konfiszierung von kirchlichen Gütern, die Einschränkung der Zahl vieler Orden und der Geistlichen, von denen sich viele erfolgreich mit der Bildung beschäftigt hatten) beeinflusste das Schulwesen negativ.

Polen ist nicht nur politisch und geographisch verschwunden. Am 26. Januar 1797 wurde eine Zusatzvereinbarung zwischen Preußen und Russland abgeschlossen (von Österreich gebilligt), die „auch die unwiderrufliche Aufhebung des Staatsbegriffs „Königreich Polen“ festlegte.“ (Müller 1984: 55). Weder Ländernamen noch die Titel der Herrschenden erinnerten an die ehemalige Republik Polen-Litauen. Die Begriffe, die in irgendeiner Art und Weise an Polen anknüpften, wurden formell aus dem offiziellen

Sprachgebrauch beseitigt. So sollte Polen auch mit Hilfe sprachlicher Mittel in Vergessenheit geraten. Das österreichische Teilungsgebiet nannte sich Königreich Galizien und Lodomerien mit den Herzogtümern Auschwitz und Zator und das preußische Westpreußen, Südpreußen und Neustpreußen.



Quelle: http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Datei:Partitions_of_Poland.png&filetimestamp=20090313075731 – 15.9.08

4.4. Die Zeit danach

Während sich in Polen dramatische Ereignisse abspielten, war Westeuropa mit der Französischen Revolution und ihrem Verlauf beschäftigt. Nach dem Ausbruch der Revolution wechselten in Frankreich Regierungen und politische Optionen.

In dieser Zeit der Verwirrung stieg Napoleon in der Politik erfolgreich auf. Unabhängig davon, wie man sein Werk beurteilt, muss man eines zugeben - ganz Europa war durch seine Politik in das Geschehen involviert, auch das geographisch von Frankreich weit entfernt liegende Polen, wo sich besonders der Adel, das Bürgertum, Offiziere, Soldaten und die Intelligenz nicht geschlagen geben wollten. Einige von ihnen entwickelten eine konspiratorische Tätigkeit im Lande, andere mussten emigrieren, meistens nach Frankreich, auf dessen Hilfe sie, angesichts der dortigen politischen Veränderungen, hauptsächlich rechneten. Von der französischen Regierung bekamen sie eine Genehmigung für die Aufstellung einer polnischen Legion, die von Gen. Jan Henryk Dąbrowski organisiert wurde. Die Erwartungen der Legionäre, die sich zahlreich freiwillig meldeten, zielten auf die an der Seite Frankreichs im Kampf mit den Teilungsmächten Zurückgewinnung der verlorenen Unabhängigkeit Polens und Napoleon nutzte sie, u.a im Italienfeldzug, für seine eigene Politik. Trotz der Enttäuschung erweckten erneut weitere von Napoleon geführte Kriege und die von ihm neu geschaffene politische Ordnung in Europa Hoffnungen in den Polen auf eine günstige Lösung der polnischen Frage. Obwohl er sich auch diesmal nicht ausdrücklich für den Wiederaufbau des polnischen Staates erklären wollte, engagierten sich viele Polen in dem französisch-preußischen Krieg, dem sich Russland auf Seite Preußens anschloss. Der Feldzug endete mit dem Frieden von Tilsit. Aufgrund seiner Bestimmungen wurde am 7. Juli 1807 von Napoleon und Zar Alexander I. die Gründung des Herzogtums Warschau beschlossen. Wieder kam die Sprache mit der Politik in Berührung, denn der neue Name sollte absichtlich nicht an den ehemaligen polnischen Staat erinnern. Außerdem war er von Frankreich abhängig und an seiner Spitze stand der sächsische Kurfürst Friedrich August III. Sachsen war damals Mitglied des Rheinbundes, der unter dem französischen Protektorat stand. Es galt die von Napoleon diktierte Verfassung, und nicht, wie sich einige wünschten, die Mai-Verfassung, und im Bereich des Zivilrechts der Code civil (Code Napoleon). Die Fläche des Herzogtums betrug ca. 103.000 km² und umfasste Teile des preußischen Teilungsgebietes mit Warschau, Posen, Thorn, Kulm, Lublin, Krakau

und Mariampol. Danzig erhielt den Status einer Freien Stadt. Nach dem von Napoleon gewonnenen Krieg gegen Österreich im Jahre 1809 vergrößerte sich die Fläche des Herzogtums Warschau auf 155 430 km² um das Gebiet des Neuen Galiziens. Das Herzogtum war von fast 4,5 Mio. Einwohnern bewohnt, davon 80 % der ethnisch polnischen Bevölkerung (Topolski 1975: 433).

Die finanzielle Situation des Herzogtums war schwierig. Es musste eine über 100.000 Soldaten zählende Armee für Napoleon zur Verfügung stellen, sowie auch die Last der Verpflegung für die napoleonische Armee tragen. Nach der Niederlage Napoleons in Russland durchzogen zuerst seine Armee das Gebiet des Herzogtums Warschau und dann die russische, die im Oktober 1813 an der von Napoleon verlorenen Völkerschlacht bei Leipzig teilnahm. Trotz kriegerischer Handlungen arbeitete man im Herzogtum an der Aktivierung des wirtschaftlichen Lebens, so dass man einen Bilanzüberschuss erreichte.

Im Rahmen des Schulwesens unternahm man wesentliche Änderungen. Es wurde die Schulpflicht eingeführt und es entstanden zahlreiche neue Volks- und Mittelschulen, die teilweise vom Staat und teilweise von lokalen Behörden finanziert wurden. Trotzdem war die Zahl der Schulen und gut ausgebildeten Lehrer aus ökonomischen Gründen nicht ausreichend. Anstelle der deutschen Sprache wurde die polnische wieder eingeführt. In Warschau entstand die Rechtsschule (Szkola Prawa) und die Medizinische Schule (Wydział Akademicko-Lekarski). In dieser Zeit wurde die Arbeit am ersten Wörterbuch der polnischen Sprache von Bogumił Linde fortgesetzt. Man unternahm eine Bearbeitung der polnischen Geschichte, der Geschichte der polnischen Literatur und des polnischen Rechts. Die Arbeiten über die Wirtschaft von Stanisław Staszic leiteten die Entwicklung der Wissenschaft der Geologie in Polen ein (Topolski 1975: 440-444).

Das Herzogtum Warschau überdauerte nur bis zum Wiener Kongress 1815, an dem u.a. Russland, Preußen, Österreich, England und Frankreich teilnahmen und der das Ringen Europas mit Napoleon beendete. Die kurze Existenz des Herzogtums hatte eine große Bedeutung für die Beständigkeit des Polentums. Für Russland war sie jedoch politisch nicht anzunehmen. Ein polnischer Staat konnte in den russischen Plänen nur dann präsent sein, wenn er schwach war. So einen Staat war Zar Alexander bereit wiederzubeleben. Mit der Idee erkaufte er sich die Zuneigung eines großen Teils der Magnaten und des Adels. Gleichzeitig konnte er seinen Einflussbereich Richtung Westen verschieben. England wollte den Plänen entgegenwirken und forderte eine Wiederherstellung Polens, um der

erheblichen Stärkung Russlands vorzubeugen. Eine Bestrebung jedes Teilnehmers des Kongresses zielte darauf, dass der andere durch allzu große Konzessionen nicht zu mächtig wurde. Es kam zu einer Krise in dieser Angelegenheit. Die Flucht Napoleons aus Elba zwang die Parteien zu einer Annäherung. Nach langem Tauziehen vereinbarten die Teilungsmächte, was das Herzogtum Warschau betrifft, folgende Lösung: Preußen wurde Danzig, Thorn und Posen (fast 19 % der Fläche des Warschauer Herzogtums), Österreich Ternopil und Russland der Rest des Herzogtums (81 %) zuerkannt. Krakau wurde eine Freie Stadt unter Aufsicht aller Teilungsmächte. Aus dem Teil Russlands sollte das Königreich Polen, auch Kongresspolen genannt, unter seiner Oberhoheit entstehen. Der russische Zar war gleichzeitig polnischer König. Er übte die gesetzgebende Gewalt und Exekutive aus. Somit war die Rolle des Parlaments und die polnische Souveränität auf ein Minimum eingeschränkt. Es kehrte aber der Name Polen wieder in den Sprachgebrauch zurück.

Auch Preußen wurde zu gewissen Zugeständnissen für das vom Wiener Kongress geschaffene Großherzogtum Posen gezwungen, dessen Oberhaupt der preußische König Friedrich Wilhelm III. als Großer Herzog war.

Krakau war zwar kraft der Vereinbarungen auf dem Wiener Kongress eine Freie Stadt, aber sowohl Österreich, als auch Russland sahen es auf die Republik Krakau ab. Es war eine Frage der Zeit bis das Gebiet von einer der Parteien annektiert wurde. Und das geschah im Jahr 1835 nach dem Novemberaufstand. Krakau wurde in die österreichische Monarchie eingegliedert.

Sonst wurde auf dem Wiener Kongress die alte politische Ordnung in Europa mit dem Prinzip des Gleichgewichts und des Legitimus wiederhergestellt. Es begann die Ära des Neoabsolutismus und Einverständnisses zwischen den alten Monarchien. Eine scheinbare Ruhe kehrte ein. Wie es sich zeigen sollte nicht für lange. (Topolski 1975: 446-450).

4.4.1. Preußisches Teilungsgebiet

Wider der Bestimmungen des Wiener Kongresses wurden Thorn und die Kreise Kulm und Michałów nicht dem Großherzogtum Posen, sondern Westpreußen eingegliedert. Das Großherzogtum war kein selbständiger politischer Organismus (sowie auch das Königreich Polen im russischen Teilungsgebiet), sondern ein Teil der staatlichen Administration. Sie

waren ein integraler Bestandteil des jeweiligen Teilungsgebietes. Friedrich Wilhelm III. garantierte die Gleichberechtigung der polnischen Bevölkerung mit der preußischen bei der Verwendung der Muttersprache im Schulwesen, in der Verwaltung und Gerichtsbarkeit, sowie auch bei dem Zugang zu Ämtern. Im Großherzogtum Posen lebten 776.000 Einwohner. Acht von zehn Personen verwendeten Polnisch als Muttersprache. Polnisch wurde in den Schulen, Gerichten und Ämtern gesprochen. Staatthalter des Herzogtums war ein Pole, Fürst Antoni Radziwiłł. Nach dem misslungenen Novemberaufstand 1830-1831, der im russischen Teilungsgebiet ausgebrochen war, verschlechterte sich wegen ihrer Unterstützung für die Aufständischen die Situation der Polen. Die Autonomie des Großherzogtums wurde eingeschränkt. Man hob das Amt des Staatshalters auf, den der Oberpräsident ersetzte. Der Landsrat, zu dem der Adel aus seinen Reihen Abgeordnete gewählt hatte, wurde abgeschafft. Die Güter des Adels, der die Aufständischen unterstützte, wurden konfisziert und seine Rechte stark eingeschränkt. Er wurde teilweise aus der Politik ausgeschlossen. Finanzielle Unterstützung bekamen ab jetzt nur die deutschen Schulen und Vereine. Die Amtssprache war Deutsch und seine Kenntnis wurde auch von jedem Beamten verlangt. Auch der Besuch einer Militärschule war mit Deutschkenntnissen verbunden. Praktisch kam es sehr selten vor, dass ein polnischer Adelige Beamter wurde, auch weil er daran nicht interessiert war (Davis 1981 II: 120).

Der Adel war mit der Finanzpolitik der Teilungsmächte sehr unzufrieden. Er musste doppelt so hohe Steuern als bisher zahlen und verschiedene Abgaben für das Militär leisten. Der Adel hatte das alleinige Grundbesitzrecht. Ausnahmen vom Recht wurden in Preußen im Rahmen der Germanisierungspolitik gemacht, wo Bürger deutscher Herkunft Landgüter vom polnischen Adel erwerben durften. Dem letzten aber wurde es verboten, konfiszierte Güter der Aufständischen und der Kirche zu kaufen.

Besonders in das preußische Teilungsgebiet, aber auch in das österreichische, kamen deutschsprachige Ansiedler. Ihre Situation war viel besser als die der einheimischen Bauern. Sie waren frei, auf gewisse Zeit von Steuern und einem Militärdienst befreit und bekamen finanzielle Hilfe für die Bewirtschaftung. Die polnischen Bauer waren mit höheren Steuern und einem langdauernden Militärdienst belastet.

Schlechter ging es auch dem polnischen Bürgertum, außer den privilegierten Kolonisten aus dem deutschen Reich, die u.a. ein Handwerk betreiben konnten, ohne der jeweiligen Zeche angehören zu müssen. Hohe Steuern, zusätzlich neu eingeführte Steuern, hohe

Zollgebühren und die Pflicht die Unterkunft der in den Städten stationierten Soldaten und Beamten zu finanzieren, verursachten den ökonomischen Rückgang vieler Städte und Unzufriedenheit. Die Vernachlässigung kleiner Städte brachte ihren Verfall. Außerdem mussten ärmere Bürger einen pflichtigen Militärdienst leisten.

1846 brach im preußischen Polen der Großpolnische Aufstand aus, der ursprünglich alle drei Teilungsgebiete umfassen sollte. Die Aktion flog aber noch in der Anfangsphase auf und die Organisatoren und viele Teilnehmer (254 Personen) wurden verhaftet. Entlassen wurden sie infolge der Revolution in Berlin 1848 und zahlreichen Massendemonstrationen. Polnische Unabhängigkeitsbestrebungen erfreuten sich auch der Unterstützung deutscher Demokraten, die sich einen deutschen Nationalstaat neben einem polnischen durchaus vorstellen konnten. Darüberhinaus entflammte eine Hochstimmung, nachdem im März Friedrich Wilhelm IV. den Polen eine Reorganisation des Großherzogtums versprach. Die Pläne wurden aber wegen Behinderung seitens vieler hoher Beamten nie verwirklicht. Die Revolution wurde ein Jahr danach niedergeschlagen. Die sowieso eingeschränkte Autonomie des Großherzogtums wurde abgeschafft und das Großherzogtum selbst in die Provinz Posen umgewandelt. Aus seinem Wappen wurde der weiße Adler (ein Symbol des polnischen Staates) beseitigt. (Davis 1981 II: 121). „Der bisher noch offene Weg zu föderativer, autonomer Staatsgestaltung in den ehemals polnischen Landesteilen war damit praktisch für die Zukunft versperrt.“ (Broszat 1972: 115). Es begann sich eine politische Periode des Widerspruchs abzuzeichnen. Einerseits zielte die Politik auf eine Integration der nationalen Minderheiten, die zu braven und loyalen Untertanen des preußischen Staates werden sollten, andererseits jedoch versuchte man das durch ihre Diskriminierung zu erreichen, was bei dem unterdrückten Volk einen verständlichen Widerstand hervorrief. Die im Jahr 1850 angenommene Verfassung beinhaltete „nicht einmal die Nationalitätenschutzbestimmung“ (Broszat 1972: 115). Die Enttäuschung der Polen schlug automatisch in Ressentiments gegen die Preußen um. Außer Gegensätze in der Politik begannen auch beide Nationen, „sich in getrennten Vereinen auf dem Wege organisierter Wirtschaftskonkurrenz und gesellschaftlicher Exklusivität gegeneinander abzuschließen.“ (Broszat 1972: 115). Neben dem Adel traten das einfache Volk und der entstehende Mittelstand zum Vorschein. Die deutsch-polnischen Beziehungen fingen an, vom nationalen Element dominiert zu werden. Diese Umstände muss man im Auge behalten, wenn man den Prozess des Entlehnens verfolgt. Denn das friedliche Nebeneinanderleben

beider Völker konnte ein günstiger Umstand für das Entleihen sein. Das allgemeine politische Klima jedoch, in dem damals die Kontakte zustande kamen, erwies sich als alles andere als vorteilhaft, denn das Deutsche empfand man als die Sprache des Feindes. Das bedeutete eine Abneigung gegen alles, was deutsch war. Darauf sind schon die um die Wende des 19. auf den 20. Jh. unternommenen Versuche seitens Polen der Säuberung der polnischen Sprache von Germanismen zurückzuführen.

Auch wenn manchmal die internationale politische Situation die Polen auf eine Besserung ihrer Lage hoffen ließ, gab ihnen die preußische Regierung unter Bismarck als Ministerpräsident keine Illusionen. Für ihn kamen überhaupt keine Konzessionen, geschweige denn die staatliche Selbstständigkeit Polens oder seiner Teile, in Frage. Sie schienen Bismarck unvereinbar mit der preußischen Staatsräson zu sein. Als daher der Januaraufstand 1863 in Kongresspolen ausbrach und sich im russischen Lager eine polenfreundliche Stimmung abzeichnete, veranlasste Bismarck die Unterzeichnung eines Geheimabkommens mit Russland, in dem sich beide Parteien eine Unterstützung bei der Niederschlagung des Aufstandes versprochen - mit Erfolg.

Trotzdem hofften die Polen 1866 bei der Bildung des Norddeutschen Bundes und 1871 eines einheitlichen deutschen Nationalstaates auf eine Ausgliederung der polnisch-preußischen Gebiete und protestierten sowohl gegen die Einverleibung polnischer Gebiete in den Norddeutschen Bund, als auch später ins Deutsche Reich. Sie betrachteten diesen Schritt als „einen eklatanten Bruch der ihnen 1815 feierlich zugesagten nationalen Sonderstellung.“ (Broszat 1972: 126) und beanspruchten für sich die Beachtung des Nationalitätsprinzips, so wie das die preußische Regierung der preußischen Staatsnation gegenüber tat. Der von den Polen erhobene Anspruch wurde von keiner deutschen Partei anerkannt. „Entgegen Bismarcks Erwartungen musste die Verdeutschung Preußens die Aussicht auf staatspolitische Assimilierung des Polentums verringern.... erst jetzt verwandelte sich das polnische Problem Preußens primär zur nationalen deutsch-polnischen Frage und geriet vollends in die Gefühlszone völkisch nationaler Gegensätze hinein.“ (Broszat 1972: 127-128). Die zunehmend repressive Polenpolitik verschärfte in der polnischen Bevölkerung das Bewusstsein der Zugehörigkeit zur polnischen Nation. Daher wird die Periode bis zum ersten Weltkrieg durch Kampf Stimmung zwischen der preußischen und polnischen Nation gekennzeichnet.

Nach der Vereinigung Deutschlands 1871 wurde in Preußen eine Reorganisation der Regierung durchgeführt. Alle Beamten der Exekutive aller Ebenen wurden von der zentralen Gewalt ernannt und waren vor ihr verantwortlich. Preußen wurde in 14 Provinzen geteilt, von denen Pommern, Posen, Schlesien, Westpreußen und Ostpreußen teilweise von der polnischen Bevölkerung bewohnt waren. Im Deutschen Kaiserreich waren die polnische (über 10 % der Gesamtbevölkerung Preußens) und die in Elsass-Lothringen lebende französische Minderheit zahlenmäßig die größten und sie protestierten heftig gegen die Einverleibung ins Reich. „Im Bewusstsein der Öffentlichkeit spielten dabei die weit über zwei Millionen Polen Preußens die größte Rolle, hier schien eine erfolgreiche Integration am dringendsten, für den Bestand Preußens am gebotensten zu sein.“ (Rimmele 1996: 12, 37). Die sprachlichen Maßnahmen waren notwendig.

Das Problem der Sprache war aber nicht das einzige über das sich die preußische Regierung den Kopf zerbrechen musste. Die polnische Minderheit war im Gegensatz zu den evangelischen Preußen überwiegend römisch-katholisch und von der antipreußisch gesinnten polnischen Kirche unterstützt. Sowohl die Kirche als auch der Adel Posens waren Träger nationalpolnischer Gedanken und der Idee der Ablösung von Preußen. Deswegen richtete sich die preußische Politik danach, dass man ihnen den Einfluss, den sie in der polnischen Gesellschaft hatten, entzieht. So verliefen die Spannungen zwischen Polen und Preußen auch auf der konfessionellen Ebene.

Wesentlich war auch der soziale Faktor, denn in Schlesien und in Ostpreußen zählte die polnische Bevölkerung zur Unterschicht sowohl auf dem Lande, als auch in der Stadt. Der entstehende polnische Mittelstand versuchte dem entgegenzuwirken und durch die Gründung verschiedener gewerblicher Genossenschaften, Bauernorganisationen und Kreditinstitute wirtschaftlich selbständig zu werden. Mit der immer repressiveren Politik der preußischen Regierung, besonders nach 1871, gewannen sie an Bedeutung. „So entstand ein effektives, gegen die Bemühungen der preußischen Regierung weitgehend immunes polnisches „Gemeinwesen“, das die polnische Gesellschaft mit starkem sozialem Druck eng zusammenschloss.“ (Rimmele 1996: 34). Die polnische Bevölkerung begann sich zu emanzipieren und selbstbewusster zu sein. Bisher hielten die Preußen, die „preußische Herrschafts- und Überlegenheitsansprüche über das untertänige Polentum“ erhoben (Broszat 1972: 129), nicht viel von den Polen. Als Landwirtschaftsarbeiter wären sie „bequemer, anspruchsloser, folgsamer ... und nehmen mit Wohnungen fürlieb, die den

Deutschen als Hundeställe gelten.“ (in: Broszat 1972: 140). Mit der Zeit spürte man aber in den Presseartikeln und Broschüren „ein Gefühl der Bedrohung durch die wirtschaftlich erfolgreichen Polen, die anscheinend jeder Assimilierung widerstanden. Oft entsprang dieser Angst vor ‚Polonisierung‘ eine unversöhnliche Polenfeindschaft.“ (Rimmele 1996: 120).

4.4.1.1. Sprachenpolitik

In Anblick der Probleme sah sich die Regierung gezwungen, zu politischen Maßnahmen, u.a. sprachlichen Regelungen, zu greifen. 1872 sagte Bismarck: „...wir werden Ihnen [Klagen der Polen] mit Gesetzesvorlagen zugunsten der Förderung der deutschen Sprache entgegentreten.“ (in: Rimmele 1996: 99). Durch die bewusst durchdachte und geführte Sprachenpolitik versuchte man auf das Sprachverhalten der Minderheit Einfluss zu nehmen und sie auf diese Weise in die deutsche Bevölkerung zu integrieren. Stufenweise sollte die Germanisierung fortschreiten, deren Grundlage die Verbreitung der deutschen Sprache und weiter die Übernahme der deutschen Kultur durch die Anderssprachigen sein sollte. „Wir müssen dahin wirken, dass die Polen erst preußisch und dann deutsch werden, aber preußisch und deutsch müssen sie werden.“, sagte Innenminister Eulenburg (in: Rimmele 1996: 44; Zitat aus Schieder 1992: 34-35). Einer der Schritte in dieser Richtung war das „*Geschäftssprachengesetz*“ vom Jahr **1876**, nach dem nur das Deutsche „in und mit allen Behörden, öffentlichen Körperschaften und mit Beamten“ zulässig war (Rimmele 1996: 44). Bisher galt die Zweisprachigkeit in der Verwaltung der Ostprovinzen. Polnisch im nichtstaatlichen öffentlichen Bereich sollte „weiterhin geduldet werden.“ (Broszat 1972: 139).

Die Gerichtssprache regelte das „*Gerichtsverfassungsgesetz*“ vom **27.01.1877** und diese war die deutsche. Bei Bedarf musste man sich eines Dolmetschers bedienen, aber über diese Notwendigkeit durfte das Gericht selbst entscheiden. Oft führte das zu Misshandlungen und Verurteilungen wegen der angeblichen Weigerung deutsch sprechen zu wollen. Nur der Eid konnte vor Gericht in Polnisch abgelegt werden. „Selbst die Post war in den Sprachenstreit miteinbezogen, als in der sogenannten „*Postsprachenaffäre*“ die Beförderung in polnischer Sprache adressierter Briefe in Frage gestellt wurde.“ (Rimmele 1996: 45). Man versuchte auch amtlich polnische Vornamen und Ortsnamen

einzuweisen. All diese Maßnahmen sollten automatisch zur Verdrängung der polnischen Sprache aus dem öffentlichen Leben führen.

Jedoch nicht nur der öffentliche Bereich war von den Germanisierungsbestrebungen betroffen. Man erwartete von polnischen Beamten, dass sie in ihren Familien Deutsch sprechen und ihre Kinder in den deutschen Beichtunterricht schicken, der üblicherweise für die polnischen Kinder auf polnisch abgehalten wurde. Der Eingriff des Staates betraf auch die Kommunikation der Menschen untereinander, z.B. in Versammlungen. Das Tüpfelchen auf dem „i“ war in der Sprachenfrage der im „*Reichsvereinsgesetz*“ vom **19.04.1908** und der im Gesetz auf Verlangen Preußens verankerte berühmte „*Sprachenparagraph*“. Der stark umstrittene § 7 regulierte die Versammlungssprache und lautete: „Die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen sind in deutscher Sprache zu führen. Ausnahmen sind nur mit Genehmigung der Landesregierung zulässig.“ (in: Rimmele 1996: 149). Das in Preußen geltende Vereinsgesetz von 1850, sowie auch Regelungen in anderen deutschen Ländern beinhalteten bisher keine diesbezüglichen sprachbezogenen Einträge. Sie regulierten u.a. das Recht der Polizei, eine Versammlung zu überwachen und in begründeten Fällen (z.B. nicht vorschriftsmäßige Anmeldung einer Versammlung oder die Weigerung von bewaffneten Personen, die Versammlung zu verlassen) sie aufzulösen. Für die preußischen Behörden war die polnische Verhandlungssprache, die für einen überwachenden Beamten meistens unverständlich war, Grund genug um polnische Versammlungen aufzulösen, was auch oft vorkam. Der Verabschiedung des Gesetzes mit so einer Regelung ging eine lange und heftige Diskussion im Parlament und unter Juristen voran. Die Polen wehrten sich dagegen. Das Oberverwaltungsgericht entschied die Auseinandersetzung mehrmals zugunsten der klagenden Polen, indem es u.a. argumentierte, dass es bei den Behörden liege, für geeignete (zweisprachige) Beamte zu sorgen. Das Gericht lehnte auch den Vorwurf ab, nach dem die Anwendung der polnischen Sprache zur Vereitelung der behördlichen Pflichtausübung dienen sollte, mit der Begründung, dass „das Polnische zur Stärkung des Gefühls einer Stammes- und Sprachgemeinschaft angewandt werde.“ (Rimmele 1996: 135). Diese Stellungnahme teilte die Regierung nicht und arbeitete an einer neuen Regulierung, die die bisherige Gesetzeslage ändern würde. Die Krönung dieser Bemühungen war die Verabschiedung des Reichsvereinsgesetzes mit der Festlegung der deutschen Sprache als der einzigen zugelassenen im öffentlichen Verkehr, bei Widerspruch der Polen, der SPD und des Zentrums. Es gab allerdings Ausnahmen vom Gesetz und diese

betriffen die sogenannten „loyalen“ Minderheiten, zu denen man die Lothringer, die Dänen, die Wenden, die Litauer und die Masuren rechnete. Ihre Integration wurde als zufriedenstellend eingestuft. So gab es in Elsass-Lothringen fast keine Einschränkungen bei der Ausführung des Vereinsrechtes, inklusive Mitgebrauch der französischen Sprache. Auch die Dänen erfuhren einige Ausnahmeregelungen. Nicht aber die Polen, für die das Sprachverbot in jedem Kreis galt, wo sie die Grenze von 60 % polnischer Bevölkerung nicht überschritten. Übrigens machte die Regierung kein Hehl daraus, dass der Paragraph „tatsächlich allein gegen die Polen gerichtet sein sollte.“ (Rimmele 1996: 151).

4.4.1.2. Schulwesen

Die besten Voraussetzungen für die Durchführung und das Gelingen der Integration der Minderheiten stellte die Schule dar. Das Bildungswesen in Preußen hinkte bis zum 19. Jh. im Vergleich mit dem polnischen Schulsystem der Kommission für Nationale Bildung nach. (Davis 1981 II: 123). Auch gegenwärtig wird jedoch die Ansicht vertreten, dass der Bildungsgrad der polnischen Bevölkerung damals „dem der deutschen bei weitem nachstand“ (Reiter 1960: 40). Was man aber auf dem Hof unter Bildung verstand, gibt uns Aufschluss eine Kabinettsorder des Königs vom 3. Juli 1798. Sie „wird auch von den Schulleuten jener Zeit als Grundsatz wiederholt. ... „Damit aber Niemandem einfallen möge zu glauben, mit Bildung sei hier Vielwisserei oder gar große Gelehrsamkeit gemeint; so muß hier vornweg angeführt werden, daß unter Bildung nur die Kenntnis desjenigen verstanden werde, was der Mensch in seinem Stande unentbehrlich zu wissen nöthig hat und das umfaßt in einem civilisirten Lande die Kenntnis der Pflichten gegen Gott, gegen den Staat und gegen seinen Nebenmenschen. Was darüber geht führt zur Verbildung.“ (in: Reiter 1960: 39-40). Man könnte davon ausgehen, dass ein höheres Bildungsniveau des preußischen Volkes im Hinblick solcher Ansichten der höchsten Instanz im Lande nicht zu erwarten war. Erst ab 1809 funktionierte das neue von Wilhelm von Humboldt ausgearbeitete staatliche dreistufige Schulsystem mit Volksschulen, Gymnasien und Universitäten (Davis 1981 II: 123). Die Schulinstruktion von 1842 erlaubte in der Volksschule die polnische Sprache. Die Unterrichtssprache richtete sich nach der Nationalität der Mehrheit der Kinder. So war es auch in den unteren Klassen in den Bürgerschulen und Gymnasien. Deutsch war obligatorisch; Religion, Hebräisch und

Polnisch wurden auf Polnisch erteilt. Deutsche Kinder konnten auch das Polnische lernen. Die offiziellen Regelungen zur Vermittlung der deutschen Sprache waren jedoch aus verschiedenen Gründen nicht restriktiv gehalten, u.a. weil sich die Schulaufsicht über die Volksschulen zum Großteil in den Händen der polnischen katholischen Geistlichkeit befand. Den Umbruch brachte erst die Vereinigung Deutschlands 1871 und die darauffkommende Ära von Bismarck.

Die Gewinnung breiter Massen der polnischen Bevölkerung, die seiner Überzeugung nach im Gegensatz zur Kirche und zum Adel loyal war, und ihre Integration ins Reich hielt Bismarck für äußerst wichtig, „da er die preußischen Ostprovinzen als unabdingbar für den Bestand des Reiches erachtete und jegliche Unterdrückung polnischer Unabhängigkeitsbestrebungen auch im Hinblick auf die Beziehungen zu Russland wünschenswert schien.“ (Rimmele 1996: 85). Einen unerwünschten negativen Einfluss auf das Volk übte nach Bismarck die katholische Kirche aus. Daher wandten sich seine ersten Maßnahmen gegen die katholischen Geistlichen, die bisher die Verfügungen der Regierung im Schulwesen ungenügend ausgeführt hätten. Mangelhaft wäre auch die Überwachung des Lehrpersonals. Das verursachte die unerwünschte „Ausbreitung der polnischen zuungunsten der deutschen Sprache.“, wie es in einem Bericht an den König zu lesen war. (Rimmele 1996: 84). Daher sah es Bismarck als notwendig an, die Schulaufsicht von den katholischen Pfarrern zu säubern. Den Einfluss der Kirche auf die staatlichen Angelegenheiten (wie Schulwesen) hielt er für unzulässig und gefährlich für den Staat. 1871 setzte mit der Auflösung der Katholischen Abteilung im Kultusministerium der Kulturkampf ein, der bis 1878 dauerte. Es war eine Auseinandersetzung zwischen dem Staat und der Kirche, deren Konsequenz ihre Trennung war. „Der Kulturkampf gewann im Osten eine deutlich antipolnische Stoßrichtung.... Bismarck selbst bezeichnete es als ‚Notgesetz gegen die Polen‘“ (Rimmele 1996: 86). Historiker sind unterschiedlicher Meinung dazu. Das Beibehalten der Maßnahmen auch nach der Beendigung des Kulturkampfes in den polnischen Provinzen spricht jedoch dafür.

Eine der Maßnahmen des Kulturkampfes war das „*Schulaufsichtsgesetz*“ von 1872, das die Schulaufsicht der Kirche aufhob und vorwiegend gegen die polnischen katholischen Geistlichen ausgerichtet war. Ihre Befugnisse übernahm der Staat. Die neuen, ab jetzt vom Staat angestellten und entlassenen Schulinspektoren, also die Staatsbeamten, hatten eine wichtige Aufgabe zu erfüllen, nämlich die Überwachung des Deutschunterrichts, sowie

auch der Unterrichtssprache, denn bisher wäre das Deutsche vernachlässigt. „Überdies wurde die Zahl der Kreisinspektionen in den östlichen Provinzen ständig vermehrt, so dass sie schließlich die Zahl der Verwaltungskreise weit übertraf.“ (Rimmele 1996: 87). Deutschkenntnisse sollten dem einfachen Polen einerseits zur unabhängigen Urteilsbildung verhelfen, aber andererseits einen Einfluss auf ihn seitens der Regierung ermöglichen. Die staatlichen Behörden entschieden auch, ob ein Pfarrer den Religionsunterricht abhalten durfte, oder nicht. Ausschlaggebend war hier seine politische Einstellung. Die Geistlichen durften nur Lehrinhalte im Religionsunterricht überprüfen.

Die Schärfe der Maßnahmen war außer gegen die Kirche auch gegen die polnischen Lehrer selbst gerichtet. Im Jahre 1886/87 folgte eine Welle antipolnischer Regelungen. Die Lehrer, die keinen polnischen Organisationen angehören durften, mussten Deutsch sprechen und deutsch gesinnt sein. Nach dem Erlass zum „*Gesetz betreffend die Anstellung und das Dienstverhältnis der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen im Gebiete der Provinzen Posen und Westpreußen*“ von 1886 durften sie nur in rein polnischen Schulen angestellt werden und in allen gemischten deutsche Lehrer mit Polnischkenntnissen. Der Erlass definierte auch, welche Lehrer man anstellen darf. Sie mussten „in nationaler Beziehung unbedingte Gewähr für volle Zuverlässigkeit und für eine deutsche, königstreue Erziehung der Jugend bieten.“ (in: Rimmele 1996: 89). Zu diesem Zweck kam es auch zu Zwangsversetzungen polnischer Lehrer in deutsche Gebiete. Es gab Beschränkungen bei der Aufnahme von polnischen Kandidaten in die Lehrerseminare. Die restriktiven Maßnahmen hatten zur Folge, dass ihre Zahl in Posen und Westpreußen rapide abnahm und von bisher zwei Drittel auf nur 10 % aller Kandidaten sank. Infolge dessen kam das Problem des Lehrermangels und danach der überfüllten Schulen zum Vorschein. Die Regierung versuchte der Situation abzuweichen, aber sogar die Einführung der „Ostmarkenzulage“ veränderte sie nicht. Um die Zulage zu bekommen, musste derjenige über fünf Jahre in den östlichen Provinzen lehren. Die Lehrbedingungen waren aber schwierig und viele deutsche Lehrer beantragten schnell ihre Rückversetzung. Die polnischen mussten eine Reihe von Bedingungen erfüllen, um sie zu bekommen. Diese formulierte der unten erwähnte Beamtenerslass. In der Situation des Lehrermangels mussten die Behörden die polnischen Lehrer in den Volksschulen tolerieren. In den Gymnasien dagegen strebte man nach völliger Ausschaltung polnischer Lehrkräfte.

Eine weitere Maßnahme, die das Verhalten der Lehrer, zu regulieren versuchte, war der „*Beamtenerlass*“ von **1898**. Die Lehrer – wie jeder Beamte – mussten ihre Amtspflichten richtig erfüllen und „die Stärkung des deutschen Nationalbewusstseins durch ihr gesamtes dienstliches und außerdienstliches Verhalten, die Teilnahme an patriotischen Organisationen, die Kräftigung «vaterländischen Geistes»“ sichern. (Rimmele 1996: 91). Man erwartete von ihnen, dass sie zuhause deutsch sprechen und ihre Kinder in den deutschen Beichtunterricht schicken. Denn die Erziehung der polnischen Kinder durch Kenntnisse der deutschen Sprache war sowohl zuhause, als auch in der Schule, von größter Bedeutung.

In den Volks-, Mittel- und Hochschulen war die Sprachpolitik unterschiedlich. Ihre Darstellung wird mit den Volksschulen angefangen, denn sie wurden zum Schauplatz des Sprachenkampfes. Die Volksschule war in Unter- (zwei Jahre), Mittel- (drei Jahre) und Oberstufe (drei Jahre) eingeteilt und für alle Kinder obligatorisch. Trotzdem konnte nicht jedes Kind wegen Überfüllung die Schule besuchen. „1901 betrug ihre Anzahl 2735“, wobei die meisten in Posen und Schlesien lebten. „281 katholische und 33 protestantische einklassige Schulen in Preußisch-Polen wurden von 120 und mehr Kindern besucht.“ (Rimmele 1996: 99-100).

1872 wurde in Preußen das Deutsche als Unterrichtssprache eingeführt und die Erziehung der Kinder im deutschen Geiste verlangt. Nur Religion durfte in rein polnischen Schulen auf Polnisch unterrichtet werden. Wenn die Zahl deutschsprachiger Kinder in einer Schule 25 % überstieg, galt sie als rein deutsch. In Oppeln und der Provinz Preußen (Ost- und Westpreußen) fand der polnische Religionsunterricht nur in der Unterstufe und in Posen in allen Stufen statt. Ebenfalls in Posen wurde der polnische Sprachunterricht in allen Stufen erteilt, während er in Oppeln nicht in Frage kam. In Preußen konnte er auf Antrag in den Klassen mit der Mehrheit polnischsprachiger Kinder in der Oberstufe erteilt werden. Gegebenenfalls konnten überall die Bezirksregierungen anders verfügen.

Während polnische Abgeordnete im Abgeordnetenhaus und die polnische Bevölkerung in Petitionen an die Regierung unaufhörlich gegen die Sprachenverordnungen protestierten, spitzte sich 1886-87 die Situation maßgeblich zu. Die Regierung steuerte wegen unzufriedenstellender Ergebnisse ihrer bisherigen Politik Richtung Verdrängung der polnischen Sprache und traf weitere sprachpolitische Maßnahmen. „Nicht mehr Einführung der polnischen Kinder in die Staatssprache, sondern Schutz des ‚Deutschtums‘ und

Assimilierung der nationalen Minderheit wurden zu den Hauptargumenten...“ (Rimmele 1996: 104).

Der Erlass von **1886** betraf die Erklärung einer größeren Anzahl der Volksschulen für rein deutsch und dadurch die Beseitigung der polnischen Sprache. Die Ergebnisse ließen nicht lange auf sich warten. „Innerhalb eines Jahres wurde im Bezirk Posen der polnische Sprachunterricht in zehn Schulen auf allen drei Stufen, in neun Schulen auf Mittel- und Unterstufe und in 541 Schulen auf der Unterstufe beseitigt.“ (Rimmele 1996: 105). Gleichzeitig reduzierte man stufenweise den polnischen Religionsunterricht. Im Jahr **1887** wurde mit der Verfügung des Staatsministeriums der polnische Sprachunterricht in Posen und Westpreußen völlig beseitigt. Die Sondergenehmigungen wurden in anderen Provinzen rückgängig gemacht. In vielen Schulen mit der Mehrheit deutscher Kinder stellte man den polnischen Religionsunterricht auf den deutschen um. In dieser Situation half die Kirche in Posen und Westpreußen teilweise bei der Organisation des Privatunterrichts, der allerdings seitens der Behörde unwillkommen war. Andererseits konnte es auf diese Weise dem Problem der Kinder nur in kleinem Masse abgeholfen werden, denn über 80 % der Kinder hatten vor dem Schulantritt keinen Kontakt mit der deutschen Sprache gehabt.

Mit Leo von Caprivi, dem Nachfolger von Bismarck als Reichskanzler, konnte man eine gewisse Entspannung in den beiderseitigen Beziehungen verzeichnen, so dass **1891** privater Sprachunterricht zugelassen wurde, auch – auf Wunsch – für deutsche Kinder. Bei der Ausführung des Erlasses gab es trotzdem Probleme, weil Kreisschulinspektoren sie eigenmächtig blockierten. Lehrer, die sich am Privatunterricht beteiligen wollten, wurden versetzt oder verwarnt. Die kleine Konzession zugunsten Polens löste das Problem jedoch nicht und rief Kritik auf beiden Seiten hervor. Die polnische Seite kritisierte die Ineffizienz des Privatunterrichts, der ja den Unterricht in der Schule auf längere Zeit nicht ersetzen konnte. Spürbar war auch der Geldmangel ärmerer Gemeinden. Die deutschen Kritiker bemängelten daran die Gefahr der Polonisierung deutscher Kinder. Caprivi brauchte aber für die Durchsetzung seiner Ziele in anderen Bereichen der Politik die Stimmen polnischer Abgeordneter und hielt an der Linie fest. Außerdem fürchtete die Regierung die Übernahme des Privatunterrichts durch die Kirche. Im Jahr **1894** wurde in der Mittelstufe ein zweistündiger fakultativer polnischer Sprachunterricht eingeführt, zu dem man sich schriftlich anmelden musste. Die Verfügung, die nur für die Provinz Posen erlassen wurde,

unterlag einiger Beschränkungen, wie z.B. der Unterricht sollte nur dem Erlernen des Lesens und des Schreibens dienen. Der Privatunterricht wurde mit der Verfügung verboten. Das Problem war damit noch nicht gelöst. Die Polen forderten die Wiedereinführung des polnischen Sprachunterrichts in allen Stufen. Ihre Gegner wiederum verlangten die völlige Beseitigung des Polnischen. „Innerhalb der Staatsregierung war die Polenfrage ein beherrschendes Thema. Zahlreiche Memoranden, Voten und Denkschriften beschäftigten sich mit der Frage, wie weiter mit den Polen zu verfahren und endlich ihre Assimilierung zu erreichen sei.“ (Rimmele 1996: 115).

In der Vorgangsweise der Regierung verbarg sich eine versehene Gefahr. „Die ... verhängnisvollste Folge seiner Verfügung war jedoch nicht ihre negative Aufnahme in der Öffentlichkeit, sondern die Verknüpfung von polnischem Religionsunterricht und polnischem Sprachunterricht, die sie herstellte.“ (Rimmele 1996: 114). Die Polen fühlten sich auf doppelte Weise angegriffen, d.h. im Hinblick auf ihre Religion und ihre Sprache. Als **1896** die Umstellung des polnischen Religionsunterricht auf den deutschen und eine allmähliche Beseitigung des polnischen Sprachunterrichts beschlossen worden war, kam es im Jahr 1901 aus Protest gegen die sprachpolitischen Maßnahmen zu einem berühmten im ersten Kapitel dargestellten Streik der Kinder in Wreschen. Der Streik wurde „zu einem Symbol für preußische Willkür und polnisches Martyrium“ (Rimmele 1996: 118). Trotz der Intensität und Länge des Streiks (er dauerte bis 1904) verzichteten die Behörden nicht auf die Maßnahmen. Sie setzten sie nur langsamer in die Tat um. Noch im Jahre 1905 gab es teilweise den polnischen Religionsunterricht und erst ein Jahr danach wurde er in vielen Schulen völlig abgestellt. Als Antwort darauf streikte ungefähr die Hälfte der Schulkinder in der Provinz Posen und Westpreußen. „Wie in Wreschen verweigerten Kinder die Annahme von Schulbüchern, lehnten die Beantwortung deutscher Fragen im Religionsunterricht ab, bestreikten deutsche Schulgebete und deutschen Gruss.“ (Rimmele 1996: 121). Nachdem Erzbischof Stablewski seine Unterstützung für die Streikenden gegeben hatte, entschieden sich die Behörden für strengere Maßnahmen wie: Geldstrafen, Entlassungen von Beamten, gerichtliche Verfahren gegen Eltern, Presse und Priester, Verbot von Protestversammlungen, Verweigerung der Schulentlassungen von Kindern, usw. Sogar die Geschwister der streikenden Kinder waren davon betroffen und wurden aus höheren Schulen ausgeschlossen. In Anlehnung auf das Bürgerliche Gesetzbuch griffen die Behörden sogar zur umstrittensten Maßnahme, die den „Entzug der Fürsorge und die

Überweisung streikender Kinder in andere Familien oder Erziehungsanstalten...“ vorsah. (Rimmele 1996: 124).

Der Widerstand der Streikenden wurde letztendlich gebrochen. Scheinbar änderte sich nichts. Alle bisherigen Maßnahmen der Regierung wurden beibehalten. Wenn man aber die Chancen der Annäherung beider Nationen betrachtet, sieht man das Scheitern der Polenpolitik auf der ganzen Linie. Das vorrangige Ziel der Regierung war eben die Assimilierung der polnischen Bevölkerung an die preußische Gesellschaft, die aus Dankbarkeit, „an den Segnungen des Staatslebens“ teilhaben zu können, treu und loyal sein wird. (Rimmele 1996: 102). Indessen entstand eine Kluft zwischen der polnischen und deutschen Nation und eine Feindschaft, die auf Gegenseitigkeit beruhte. Die Polen waren enttäuscht. „Der einfache polnische Bürger, auf den Bismarck so große Hoffnungen gesetzt hatte, begrub im Schulstreik seinen Glauben an Gerechtigkeit und Gleichberechtigung im preußischen Staat.“ (Rimmele 1996: 126).

Die bisherige Polenpolitik wurde sowohl durch Polen als auch durch Deutsche stark kritisiert. Ein Westpreuße nannte sie „die als politische Geschäftsreklame benutzte Polenfresserei.“ (in: Rimmele 1996: 120).

Ein schlechtes Klima schaffte auch noch eine privilegierte Stellung der evangelischen Kirche. Es entstand ein Klischee, nach dem der Pole ein Katholik und der Deutsche ein Protestant sei. Daher fürchteten polnische Eltern eine „verdeckte ‚Protestantisierung‘ ihrer Kinder“ oder eine „mögliche Verfälschung der katholischen Glaubenswahrheiten.“ (Rimmele 1996: 118). Da die evangelische Schule von den sprachpolitischen Maßnahmen nicht betroffen war und die evangelische Kirche die Regierung unterstützte, entfernten sich die Nachbarn immer mehr voneinander. Die Katholiken fühlten sich diskriminiert. 281 katholischen einklassigen Schulen, die überfüllt waren, standen nur 33 protestantische Schulen desselben Typs gegenüber, die ebenfalls mit dem Problem der Überfüllung zu kämpfen hatten. Während es 98 protestantische Schulen mit weniger als 20 Schülern in Preußisch-Polen gab, existierte nur eine einzige solche katholische Schule. (Rimmele 1996: 100). Von einer finanziellen Unterstützung des Staates profitierten nur deutsche Schulen und die für die Förderung der deutschen Sprache verdienten Lehrer. Unter diesen Umständen konnte ein friedliches Zusammenleben beider Nationen nicht erwartet werden.

Die ohnehin schon angespannte Situation verschärften zusätzlich polenfeindliche deutsche Organisationen: Alldeutscher Verband und Verein zur Förderung des

Deutschtums in den Ostmarken (später in den Deutschen Ostmarkenverein umbenannt), sowie auch deutschnationale Presse (Die Ostmark, Die Grenzboten), die generell den Regierungskurs befürworteten, aber sie für zu weiche Haltung kritisierten und sogar eine Verschärfung der Maßnahmen forderten. „Die Regierung ‚darf nicht dulden, dass polnischen Kindern durch verständnisloses Nachplappern polnischer Gebete und Formeln der religiös-sittliche Gehalt der katholischen Lehre verloren gehe‘“ (Ostmark 11, 1907, S. 111, in: Rimmele 1996: 125). Die Forderung der Eltern nach dem polnischen Religionsunterricht verurteilten sie scharf, denn sie hätte mit der Sorge um ihre Kinder nichts zu tun, „...da diese aufgrund ihres ‚primitiven‘ Wortschatzes die abstrakten Begriffe des Religionsunterrichtes in deutscher Sprache weit besser verstünden als in polnischer...“ (Rimmele 1996: 125). Es soll nicht wundern, dass die sprachlichen Maßnahmen und der Kulturkampf „zu einer Mobilisierung der Landbevölkerung und zur Stärkung der sich für die polnische Sprache einsetzenden Geistlichkeit. Polnische Organisationen und Genossenschaften erhielten erst jetzt regen Zulauf, die Sprache entwickelte sich zum unterscheidenden, trennenden Merkmal.“ (Rimmele 1996: 103). Sie waren eine Stütze für die ungerecht behandelte Bevölkerung, denn ihre unzähligen Beschwerden, Petitionen und Protestversammlungen blieben erfolglos. Schikanen seitens der Behörde verursachten eine natürliche Verteidigungsreaktion. Zwangsläufig trat der nationale Faktor in den Vordergrund der Geschehnisse und es kam zu einer Polarisierung in den beiderseitigen Beziehungen. Polenfeindliche Aussagen in der deutschnationalen Presse verurteilten scharf das Verhalten der Polen, das rein nationalistisch bedingt sei, und ihre Aktionen, die gegen den Staat ausgerichtet wären. Eine große Rolle sollte dabei die katholische Kirche (im Kulturkampf selbst Zielscheibe der Regierung) spielen, die diese planmäßigen Aktionen politischer Natur zusammen mit Agitatoren von außen angeblich inspirierte. Man verwendete oft solche Stichworte wie: Schutz des Deutschtums, polnische Propaganda, Polonisierungsbestrebungen sowie auch Entgermanisierung und Polonisierung des Ostens und deutscher Kinder. Die Regierung bediente sich ebenfalls dieser Argumentation. Gleichzeitig begannen sich auch deutsche Kritiker des Regierungskurses zu Wort zu melden. „Insgesamt wurde das öffentliche Klima jedoch beherrscht von wachsender nationaler Intransigenz, die auf polnischer Seite ihre Entsprechung fand.“ (Rimmele 1996: 120). Ein Zusammenstoß zwischen den Parteien war vorprogrammiert und unvermeidlich. Der Nationalismus sowohl der Deutschen, als auch der Polen wurde immer stärker. Die

Gewinnung der Polen als loyale preußische und deutsche Bürger schien verloren zu sein, weil „ein regelrechter Sprachenkampf die Kluft zwischen den Nationalitäten im Osten unüberbrückbar machte. Erst jetzt waren die preußischen Polen zu einem nicht mehr zu assimilierenden Fremdkörper geworden.“ (Rimmele 1996: 127).

Die Mittel- und Mädchenschulen, in denen deutschsprachige Schwester auf Deutsch (mit ganz kleinen Ausnahmen) unterrichteten, hatten im Lichte der obigen Probleme keine Bedeutung. Auch die Fortbildungsschulen spielten keine Rolle, obwohl sie für polnischsprachige Kinder nach der Volksschule und vor dem Militärdienst zur Festigung der Deutschkenntnisse obligatorisch waren.

In den höheren Schulen war seit **1842** Polnisch Unterrichtssprache in katholischer Religion und polnischem Sprachunterricht. Das änderte eine Verfügung von **1872** zugunsten der deutschen Sprache. Außerdem fand polnischer Sprachunterricht als fakultativer Gegenstand statt. Polnische Parallelklassen wurden aufgehoben. Da Erzbischof von Posen Mieczysław Ledóchowski den polnischen Geistlichen 1873 verboten hat, Religion auf Deutsch zu unterrichten, wurde in vielen Schulen wegen Lehrermangel der Religionsunterricht eingestellt und erst seit 1888 auf Deutsch wieder aufgenommen. Änderungen brachten die sprachlichen Regelungen der Jahre **1895-97**. Ursprünglich war der Polnischunterricht hauptsächlich für die polnischen Kinder bestimmt. Der Staat brauchte aber in der Zukunft zuverlässige, zweisprachige Beamten in den östlichen Gebieten. So passte man den Polnischunterricht an die Bedürfnisse deutscher Kinder an. Gelehrt wurde also nur Grammatik und ein grundlegender Wortschatz. So eine Gestaltung des Polnischunterrichts war selbstverständlich für polnische Kinder unbrauchbar, die darüber hinaus daran nicht teilnehmen durften. Die Erlaubnis Polnisch zu unterrichten hatten nur deutsche Lehrer. Man erhöhte überdies die Anzahl der Deutschstunden. Die Antwort polnischer Schüler darauf war ein geheimer Unterricht der polnischen Sprache, Geschichte und Literatur. Die Regierung revanchierte sich wiederum dafür mit Verfolgungen und Gefängnisstrafen.

4.4.1.3. Bevölkerungspolitik

Weitere politische, neben sprachlichen Maßnahmen, zu denen Bismarck zu greifen, sich gezwungen sah, waren Polenausweisungen und das Ansiedlungsgesetz. So umfasste der

Nationalitätenkampf auch den wirtschaftlichen Sektor. Eine ständig wachsende polnische Bevölkerungszahl in den Ostmarken, die Abwanderung der Deutschen Richtung Westen und der Zuzug der Polen aus Galizien und Kongresspolen ins preußische Polen sollten eine Bedrohung für das Deutschtum mit sich bringen. Die Erscheinungen überkreuzten die Pläne der Bildung eines deutschnationalen Staates im deutschen Geiste. Daraufhin wurden **1885** Massenausweisungen (*rugi pruskie*) der aus anderen Teilungsgebieten zugezogenen Polen, die manchmal schon seit Jahrzehnten in Preußen ansässig waren, aber die preußische Staatsangehörigkeit nicht gehabt hatten, angeordnet. Die Maßnahme wurde sogar unter Bismarcks Parteigenossen kritisiert, denn sie war „unklug“ und „nutzlos grausam“. Der Kanzler verrechnete sich in seinem Kalkül. Faktisch erreichte er nicht das Ziel der „quantitativen Zurückdrängung des Polentums“. Wie eine Sprachenstatistik aus der Provinz Posen zeigt, nahm im Jahr 1890 im Vergleich zu 1885 die Zahl der Polen um 28 881 und der Deutschen um 6 880 zu. Außerdem schadete das der beiderseitigen schon angespannten Beziehung. „Die Auswirkung auf die Polen war unerwartet stark. In allen drei Teilgebieten erhob sich Hass gegen die neuen ‚Kreuzritter‘, ja gegen alles Deutsche.“ (in: Broszat 1972: 145-147). Trotzdem wurde die Anordnung bis Ende 1887 realisiert. Insgesamt wurden damals 25.914 Personen aus Preußen ausgewiesen.

Der Reduzierung des Anteils der polnischen Bevölkerung in Westpreußen und Posen diente auch das *Ansiedlungsgesetz* von **1886**, das sich den Grunderwerb der Polen, die Parzellierung angekaufter Güter und die dortige Ansiedlung deutscher Bevölkerung als Ziel setzte. Für die Aufgabe wurde ein Fond von 100 Millionen Mark, später auf 500 Millionen erhöht, eingerichtet. So begann ein drei Jahrzehnte dauernder „ökonomischer Kleinkrieg um den Grundbesitz“ (Broszat 1972: 153). Infolge des Gesetzes mussten viele polnische Adelige, durch einen erschwerten Zugang zu Krediten und eine Krise in der Landwirtschaft gezwungen, ihren Großgrundbesitz verkaufen. Allerdings hatte die Ansiedlungskommission Probleme mit deutschen Grundbesitzern, die wegen steigender Bodenpreise verkaufswilliger als die polnischen waren, sowie auch mit der Gewinnung einer ausreichenden Zahl deutscher Bauern zur Ansiedlung in den Ostprovinzen und der Vorbeugung der zahlreichen Abwanderung der alteingesessenen deutschen Bauern nach Westen, besonders in die Industriegebiete. Flächenmäßig kauften zwar die Deutschen insgesamt mehr Land als die Polen (240.076 : 150.524 ha), aber das

Bevölkerungsverhältnis sprach für die Polen. Es gab um 10 517 mehr polnische neue Bauernstellen (Broszat 1972: 166).

Wie die anderen Maßnahmen erweckte auch das Gesetz Empörung unter den Polen, auch in anderen Teilungsgebieten. Über eine Reaktion der Polen auf das Gesetz in Warschau berichtete der deutsche Konsul: „Man ist hier fürchterlich ergrimmt unter den Polen und die Russen freuen sich, dass wir zur Stunde unpopulärer sind als sie.“ (in: Broszat 1972: 151). Bei einer Debatte im Landtag verteidigte man das Gesetz mit dem Recht Deutschlands „Polen zu germanisieren“ (Broszat 1972: 150). Mit der Politik ist man dennoch nicht soweit gegangen, wie man es annahm. Zahlreiche durch die Regierung in den Weg gelegte Hindernisse lösten so viel Leistungs- und Durchsetzungskraft in dem bürgerlichen Mittelstand und bei den Bauern aus, dass sie nicht mehr zu bremsen waren. Ihre Banken, Verbände, Vereine und Genossenschaften, die im wirtschaftlichen Sektor beträchtliche Erfolge abzeichnen konnten, wurden zur politischen Führung der polnischen Bevölkerung. Es folgte eine von der Regierung unverhoffte Mobilisierung und Stärkung des nationalen Selbstbewusstseins der Polen.

Auch die Novelle von **1904** zum Ansiedlungsgesetz brachte nicht die erwünschten Ergebnisse. Damit der Boden nicht in polnische Hände fiel, mussten die Polen sich eine staatliche Genehmigung für die Güterparzellierung holen, die sie nicht bekamen. Infolgedessen stiegen die Bodenpreise weiter und spekulative Verkäufe, „die bei der ‚beklagenswerten Schwäche des nationalen Pflichtbewusstseins des deutschen Elements bisher andauernd zum Nachteil des Deutschtums‘ ausschlugen.“ (Broszat 1972: 168). In dieser Situation entschied sich die preußische Regierung zu einem noch radikaleren Schritt. Es wurde **1908** das *Enteignungsgesetz* erlassen. Rechtmäßig konnte ein Großbesitzer anstatt des Aufkaufs enteignet werden.

Die angestrebte Bevölkerungsbilanz, die als Folge der Ausführung der Gesetze erreicht werden sollte, änderte sich nicht. Um der Polonisierung des preußischen Ostens vorzubeugen und einen Überschuss an deutscher Bevölkerung zu bekommen, „musste die preußische Verwaltung im letzten Jahrzehnt vor 1914 dazu übergehen, in großem Umfange deutsches Militär sowie staatliche Beamte, Angestellte und Arbeiter in die Ostmarken zu versetzen.“ (Broszat 1972: 169). Besonders Eisenbahn- und Postverwaltung waren mit Beamten übervölkert. Angestellt waren dort 22.076 Menschen, die mit ihren Familienangehörigen in der Provinz Posen eine stolze Gruppe von mindestens 120.000

Personen darstellte (bei der Gesamtbevölkerung der Provinz von 1.986.637 im Jahr 1905 – Broszat 1972: 145). „Die Tatsache eines in solchem Masse künstlich in die Provinz ‚gepumpten‘ Deutschtums war aber wenig geeignet, dauerhafte preußisch-deutsche Herrschaft zu begründen.“ (Broszat 1972: 170).

4.4.2. Österreichisches Teilungsgebiet

Das österreichische Teilungsgebiet, dessen voller Name *Königreich Galizien und Lodomerien mit dem Großherzogtum Krakau und den Herzogtümern Auschwitz und Zator* lautete, nannte man kurz Galizien. Es war ein Gebiet, das weder historisch, noch geographisch oder ethnisch einheitlich entwickelt war. Es war eine „künstlich geschaffene Provinz“ (Maner 2007: 40). Die Bezeichnung selbst hatte damals keine Begründung. Der Name Galizien und Lodomerien kommt von der lateinisierten Form des ruthenischen mittelalterlichen Fürstentums Halytsch-Wolodymyr (Księstwo Halicko-Włodzimierskie). Lodomerien lag überhaupt außerhalb von Österreich und Teile Galiziens (Kleinpolen) gehörten nie dem Fürstentum Halytsch an. Wien versuchte aber die Legitimität der besetzten Gebiete zu begründen, daher berief es sich bei der Benennung der Gebiete auf eine kurze Besetzung des Landes Halytsch in der zweiten Hälfte des 14. Jhs. von einem ungarischen König Ludwig dem Großen. Maria Theresia, Königin von Ungarn sah sich als Nachfolgerin der ungarischen Krone berechtigt, das Land zu besetzen. Das Land Halytsch wurde bald von der Tochter von Ludwig dem Großen der hl. Jadwiga, Königin von Polen, für das Königreich Polen zurückerobert (Spórna/Wierzbicki 2004: 189-190; Walczak 1995: 119).

Die Fläche von Galizien betrug über 77.300 km² und war damit die größte Provinz der Habsburger Monarchie. Sie wurde in sechs Kreise (Krakau, Sandomierz, Lublin, Rothreussen, Belz, Podolien) und 29 Distrikte eingeteilt. Was die Stellung des neuen Territoriums in der Monarchie betrifft, gab es keine Einigkeit zwischen Maria Theresia und ihrem Sohn, Joseph II. Zuerst sprach sich die Kaiserin für eine eher föderale Anbindung an Österreich und später für eine engere aus. Joseph II. konnte sich zwischen einer engeren Eingliederung in die Monarchie und zwischen einer Idee eines Tauschgeschäftes Galiziens gegen Teile Schlesiens nicht entscheiden. Es gab auch einen Plan der Angliederung

Galiziens an Ungarn. Die politische Unklarheit diente nicht gerade der Entwicklung der Provinz in jeder Hinsicht. In den Schulen sollte „neuer Patriotismus“ gelehrt werden (Maner 2007: 36). Die Kaiserin forderte westliche Kleidung anstelle der polnischen einzuführen und polnische Traditionen abzuschaffen. Bis zur Teilung hatte der galizische Adel das Sagen. Mit der Einführung einer zentralistischen Verwaltung von Wien sollte sich auch dieser Zustand ändern. In einer Bestimmung von 1772 wurden die alten Ämter und Würden aufgehoben. Die Ersetzung der alten Beamten durch die neuen erwies sich aber wegen der Bindung des polnischen Adels an seine alten Privilegien als schwierig. „Nicht nur die Huldigung auf das neue Herrscherhaus musste Wien verschieben, auch die Einsetzung neuer Beamter...“ (Maner 2007: 39). Daher setzte man eine Politik der Gewinnung des Adels durch Verleihung von Hofwürden und Titeln ein. Neben der gut aufgebauten Verwaltung strebte das Kaiserhaus die Modernisierung der Wirtschaft und der Landwirtschaft an, um damit möglichst große Einkünfte aus dem Gebiet zu bekommen. Zu dem Zweck wurde 1774 das Ansiedlungspatent erlassen, das die Kolonisierung des Landes unter Maria Theresia und Joseph II. in Gang brachte. Man erhoffte „eine positive Vorbildwirkung der deutschen Ansiedler und ihres mitgebrachten Know-how auf die ansässige Bevölkerung.“ (Maner 2007: 50). Ähnlich wie im 13. und 14. Jh. kamen gegen gewisse Vergünstigungen Handwerker und Kaufleute und später auch Bauern ins Land. Die Einladung betraf vorwiegend die katholischen Siedler, die sich überall niederlassen konnten. Die protestantische Bevölkerung bekam nur bestimmte Orte zugewiesen. Es waren: Lemberg, Jaroslau, Zamosc und Zaleszczyki, später auch Kazimierz und Brody. Außer der deutschsprachigen Bevölkerung siedelten sich in Galizien und in der Bukowina auch Polen, Ruthenen und Juden an. Insgesamt kamen bis 1790 13.000-15.000 Siedler. Im Jahr 1787 zählten Galizien und die Bukowina 3.303.120 Einwohnern (Maner 2007: 52) und ein hundert Jahre später 6,4 Mio. (Davis 1981 II: 146).

Nach dem Tod Josephs II. war die Lage der Provinz weiter unsicher und wurde als Trumpf in der preußisch-österreichischen Auseinandersetzung behandelt. Der polnische Adel war unzufrieden mit der Wiener Regierung, die immer noch nicht wusste, welche Politik sie Galizien gegenüber einschlagen sollte, und forderte die Selbstständigkeit in Galizien. 1817 bekam Galizien seinen Landtag und eine Landesverfassung, wurde jedoch von Wien weiter streng beaufsichtigt und kontrolliert. Von Selbstständigkeit war keine Rede. Regiert wurde von einem von Wien entsandten Gouverneur. Im Landtag waren vier

Stände vertreten: die Geistlichkeit, der Herrenstand, der Ritterstand und die königlichen Städte, die einmal im Jahr tagten. Es galt das polnische Recht. Um die galizische Bevölkerung positiv für Wien zu stimmen, plante man „wirtschaftliche Erleichterungen, die Erweiterung der Handels-verhältnisse, die Erleichterung des Absatzes sowie Verminderung der Abgabenlast für die ärmeren Schichten.“ (Maner 2007: 62). In der Verfassung wurde Galizien in den Rang eines Königreiches erhoben. Das Unterfangen sollte der Provinz eine ansehnliche Stellung im Hinblick auf die Politik gegenüber Russland verleihen. Galizien als Randland hatte nämlich eine strategische Bedeutung.

Während der unruhigen Zeit vor und nach der zweiten Teilung (die Konföderation von Targowica, polnisch-russischer Krieg und Kosciuszkoaufstand) erwartete Kaiser Franz die Loyalität der galizischen Untertanen ihm gegenüber, d.h. sie sollen an den Geschehnissen in Polen nicht teilnehmen. Trotzdem beteiligten sich die galizischen Polen auch an weiteren Erhebungen und Aufständen (bei den napoleonischen Kriegen Anfang des 19. Jhs., dem November- und Januaraufstand, 1830 und 1863) in anderen Teilungsbioten, sei es durch direkte Teilnahme, oder durch Lieferungen von Munition, Waffen, nötigen Ausrüstungen und von Geld. Sie brachten auch die Flüchtlinge unter, die danach in den Westen emigrierten, um nach einiger Zeit wieder nach Galizien zurückzukehren und einen neuen Aufstand vorzubereiten. Die Ereignisse des Novemberaufstandes 1830-31 veranlassten Österreich und Russland zu einer Vereinbarung, sich gegenseitig bei der Niederschlagung jeglicher Unruhen militärisch zu unterstützen. „Galizien wurde in den 1830er und 1840er Jahren zur Hauptoperationsbasis für aufständische Vorbereitungen und damit zum ständigen Unruheherd in der Monarchie. Auch Krakau als zweiter Unruheherd bildete als Freistaat einen günstigen Brückenkopf zwischen dem österreichischen, preußischen und russischen Teilungsgebiet“ (Maner 2007: 70). Die Reaktion der Wiener Regierung auf die Sachlage war von doppelter Art. Einerseits wurden Verhaftungen und Verfolgungen durch den unter Metternich gut aufgebauten Polizeiapparat vorgenommen. Andererseits „übte man sich in Güte“ (Maner 2007: 70). Es wurde die Grund- und Urbarmalsteuer aufgehoben, die Branntweinsteuer gesenkt und die Entwicklung von Handel und Gewerbe angeregt. Im Grunde jedoch machte sich das Fehlen an der Einigkeit in Wien und einer klaren politischen Linie, sowie auch die schlechte Einschätzung der Umstände in der Provinz und wie dort zu verfahren ist, bemerkbar. Immer noch diskutierte man nur in Wien über die Notwendigkeit sozialer Reformen. Die Vorschläge waren jedoch sowohl für den Adel, als

auch für die Bauern unzufriedenstellend. Der Adel pochte auf seiner Stellung und die Bauern erwarteten die Aufhebung der Frondienste und eine Verbesserung ihrer kritischen Lage. Es war die Zeit von Missernten und Hunger. Die wachsende Feindlichkeit zwischen diesen Bevölkerungsschichten kam Wien nicht ungelegen, denn es hatte die günstige Rolle eines Schiedsrichters. Außerdem nützte Wien die Lage bei dem drohenden Aufstand in Krakau, von dem es Wind bekam, um die eine Seite gegen die andere auszuspielen. So kam es 1846 zu blutigen Aktionen der Bauer gegen den Adel. Der Hass der Bauer gegen ihre Gutsherren hatte für Wien auch den Vorteil, dass die Versuche polnischer Agitatoren die bäuerliche Bevölkerung für den nationalen Aufstand Seite an Seite mit dem Adel zu gewinnen, missglückten. Anstatt dessen flackerte eine Rebellion gegen den Adel auf, während der die österreichischen Behörden sich passiv verhielten. Sie reagierten auf die Situation erst nach der Niederschlagung des Krakauer Aufstandes. Dann wurde auch der Bauernaufstand mit Hilfe österreichischer Truppen beendet. Als Folge der Erhebungen wurde Galizien stärker militarisiert und die freie Stadt Krakau in die Monarchie einverleibt. Dieses Beispiel zeigt, dass nur eine scheinbare Ruhe in Galizien herrschte. In Wirklichkeit gährte es dort die ganze Zeit.

Galizien war das ärmste Teilungsgebiet und auch die rückständigste Provinz in Österreich. Da sich Wien für Urbarmachungsreformen nicht entscheiden konnte, herrschten in der Landwirtschaft, in der 81 % der Bevölkerung arbeitete, rückständige, feudale Verhältnisse. Die Bauer waren mit Frondiensten überlastet. Erst 1848 kam es zur Aufhebung des Robot. Von 60 Millionen Zloty der galizischen Steuereinnahmen im Jahr 1887 wurden 12 Mio. direkt für Wien, 34 Mio. für die Staatsbeamten, 10 Mio. für die Verteidigung, 5 Mio. für die Unterhaltung der Eisenbahnen und 6 Mio. für die Auszahlung der Auslandsverschuldung ausgegeben. (Davis 1981 II: 145-147). Die Rechnung ergibt einen Defizit, wobei die Bedürfnisse der Bevölkerung noch nicht berücksichtigt worden sind.

Außer Erdölvorkommen in Borislau (Boryslaw), südlich von Lemberg, und Salzminen in Wieliczka und Bochnia gab es in dem Kronland fast keine Industrie. Daher gibt es auch in der sozialen Zusammensetzung der galizischen Bewohner einige wenige Proletarier und keine daraus resultierende Probleme großer Industriegebiete. Um die galizische Bevölkerung gegenüber Wien positiv zu stimmen, plante man „wirtschaftliche Erleichterungen, die Erweiterung der Handelsverhältnisse, die Erleichterung des Absatzes sowie die Verminderung der Abgabenlast für die ärmeren Schichten.“ (Maner 2007: 62).

Man drückte zwar den Willen aus, den Lebensstandard der Untertanen zu steigern, aber die Prägung einer stehenden Fügung „das galizische Elend“, die erbärmliche Lebensumstände des Großteils der Bevölkerung erkennen ließ, weist darauf hin, dass es nicht gelang. Bis zum 1. Weltkrieg emigrierten zwei Millionen Menschen in die Industriegebiete Schlesiens, Deutschlands, Frankreichs oder hauptsächlich nach Amerika.

Die Führung der Provinz aus der Krise erschwerten Gegensätze zwischen der lokalen und zentralen Macht. Wien wollte nämlich immer, unbeachtet der Lage an Ort und Stelle, die es oft missverstand, für die galizische Politik den Ausschlag geben. Wegen der Entfernung waren die Wiener Politiker einfach nicht imstande, die Situation richtig einzuschätzen und was damit verbunden war, auch richtig zu handeln.

Die Unruhen der Jahre 1848 und 1849 brachten das Problem Galiziens erneut auf den Plan. Indem sie den Ausbruch der Revolution in Wien nützten, richteten die Polen an Wien eine Petition, in der sie u.a. die Wiederherstellung Polens, die Aufhebung des Robot und die Abschaffung der Zensur, sowie auch die Besetzung aller Ämter mit den Polen forderten, was in Wien nicht ernst genommen wurde. Womit sich aber Wien damals beschäftigte waren Erwägungen über die eventuelle Teilung Galiziens in einen polnischen und einen ruthenischen Teil. Bei der Gelegenheit kamen Diskrepanzen zwischen der polnischen und ruthenischen Bevölkerung zum Vorschein. Außer Diskussionen kam nichts dabei heraus. 1849 wurde die Revolution niedergeschlagen und ihre Errungenschaften außer Kraft gesetzt. Nur die Bauernbefreiung blieb erhalten. Es begann die Ära des Neoabsolutismus und der Rückkehr zu einer Regierungsform, die sich an die Zeit des Aufgeklärten Absolutismus anlehnte.

Weiterhin verhielt sich Wien gegenüber Galizien zweideutig und unentschieden, auch 1863 bei dem am 22. Januar ausgebrochenen nationalen Januaraufstand. „Zum vierten Mal nach 1830, 1846, 1848 versuchte die polnische Nation die politische Entmachtung, die territoriale Zerstückelung und die nationale Unterdrückung zu überwinden.“ (Maner 2007: 105). Der Aufstand brach im russischen Teilungsgebiet aus und hatte Auswirkungen auch für Galizien. Vor allem aber verursachte der Aufstand Kopfzerbrechen für die Wiener Politiker. Wie immer waren die Meinungen zur Lage geteilt. Allgemein aber herrschte Verunsicherung in den regierenden Kreisen. Man fürchtete, dass der gelungene Aufstand zum Verlust Galiziens führen könnte und der Kaiser wollte am Erhalt der Provinz festhalten. „Der Verlust Galiziens wurde gleichgesetzt mit einer ernsthaften Bedrohung für

den Bestand des Habsburgerreiches in seinen damaligen Grenzen.“ (Maner 2007: 120). Die Politiker sprachen sich gegen die Wiederherstellung Polens aus. Die Gesamtsituation war innen- und außenpolitisch höchst kompliziert. Es bestand die Gefahr des Übergreifens des Aufstandes auf Galizien, denn zahlreiche Aufständische kamen über Galizien nach oder von Russland und dadurch war die Situation in Galizien sehr gespannt. Eine eher passive Haltung Wiens in dieser Angelegenheit erregte das Missfallen der Russen, die es der Unterstützung des Aufstandes beschuldigten. Wien konnte eine Konfrontation mit Russland nicht riskieren. Andererseits jedoch konnte es die Popularität der Aufständischen in der heimischen Öffentlichkeit nicht missachten. Der lokalen Macht wiederum lag viel an der Aufrechterhaltung der Sympathie der Polen gegenüber Österreich, daher organisierte man einerseits ein strengeres Überwachen der Grenze mit Entwaffnung, Festnahme, Verfolgung der Aufständischen, man verhängte einen Belagerungszustand, andererseits betrieb man eine Flüchtlingspolitik. Problematisch war auch die Vorgangsweise im Falle der Festnahme von namhaften Aufständischen, ob man sie ausliefern sollte oder nicht. Der Januaraufstand wurde inzwischen ein internationales Thema. Mit großer Aufmerksamkeit wurden die Geschehnisse und auch das Verhalten Wiens im Westen beobachtet. Unruhig wegen der Vorgangsweise Russlands, drängten die Westmächte Wien, hauptsächlich Frankreich und Großbritannien, eine entschiedene Note an Russland zu schicken. Sie schlossen die Wiederherstellung Polens nicht aus, was nicht im Interesse Wiens war, so wie auch eine Machtausdehnung Frankreichs. Nach der Auffassung der Wiener Regierung konnte die Stärkung der französischen Position in Europa eine Gefährdung des Friedens in österreichischen Provinzen mit sich bringen. Österreich brauchte von den Westmächten die Garantie seiner Besitze, hauptsächlich in Galizien und in Italien. Da Wien sich in dieser komplizierten Situation keinen Konflikt sowohl mit Russland, als auch mit Westmächten leisten konnte, zielte seine Politik auf die Neutralität und auf das Spielen auf Zeit. Der Aufstand endete im Herbst 1864. Er wurde, wie auch die vorigen, von den Russen blutig niedergeschlagen. Der Belagerungszustand wurde in Galizien erst am 18.4.1865 aufgehoben. Besiegt und erschöpft mussten die Polen einen bewaffneten Kampf bis auf weiteres verschieben und ihre Strategie ändern. Politische Unternehmungen und Pläne wurden durch die organische Arbeit ersetzt, die durch eine wirtschaftliche Entwicklung und Bildung des Volkes die Freiheit der Polen herbeiführen sollte. Auch die Wiener Politik gegenüber Galizien nahm jetzt andere Züge an. „Die außenpolitischen Erfahrungen sowie

insbesondere die innenpolitischen Zwänge, wie der Ausgleich mit Ungarn, führten dazu, dass Wien die direkte Einwirkung auf Galizien Kräften im Kronland selbst überließ und somit die Polonisierung förderte.“ (Maner 2007: 127). Die führenden polnischen Politiker forderten immer mehr Rechte im Bereich der Selbstverwaltung, denen auch stattgegeben wurde trotz Misstrauen vieler Österreicher gegenüber Polen, denn „mehr oder weniger werde jeder von Losreissungsgelüsten getrieben.“ (Alexander von Mensdorff-Pouilly, Außenminister, in: Maner 2007: 132).

1867 wurde Galizien in der Dezemberverfassung eine breite Autonomie eingeräumt. Dadurch gewann Österreich die Loyalität polnischer Untertanen, besonders der Großgrundbesitzer, die den Ton in der galizischen politischen Kreisen angaben und von denen viele Abgeordnete im Reichsrat saßen oder Mitglieder der Wiener Regierung waren (z.B. Julian Dunajewski, Kazimierz Badeni, Agenor Gołuchowski u.a.). In Wien wurde ein Ministerium für Galizien eingerichtet. Der galizische Landtag (Sejm Krajowy), in dem die Polen eine absolute Mehrheit besaßen, und der Landesausschuss (Wydział Krajowy) – die Exekutive – bekamen relativ breite Kompetenzen. Bisher hatten sie fast keinen Einfluss auf die von österreichischen Beamten dominierte Politik und Verwaltung. In den sechziger Jahren wurden sie wo möglich gegen polnische ausgetauscht. Der Sitz der Behörden war in Lemberg (Lwów), der Hauptstadt der Provinz. Der Staathalter (immer ein Pole) beaufsichtigte die Arbeit der Exekutive und wurde direkt vom Kaiser ernannt. Außer seiner Kompetenzen lagen: Militär, Post, Eisenbahn, Forst und Krongüter. Die Agenden wurden direkt von Wien verwaltet.

4.4.2.1. Sprachenpolitik und Schulwesen

Die Sprachsituation im österreichischen Teilungsgebiet, gestaltete sich anders als im preußischen.

Nach der ersten Teilung war es unklar, ob Polnisch als Verwaltungssprache beibehalten werden sollte. Man entschied sich für zwei Amtssprachen, Polnisch und Latein. Die beiden Sprachen waren bis 1844 Gerichtssprachen. Nur in den Appellationsgerichten war Latein und Deutsch zugelassen. Ab 1774 wurde Deutsch innere Amtssprache als eine Maßnahme der Germanisierungspolitik Josephs II., die eine Kontinuität unter Kaiser Franz fand. Im Jahre 1805 verordnete er, dass „alle ohne Ausnahme einen deutschen Vornamen und

Nachnamen zu führen haben“, wenn „bei einer Klasse Menschen die Familien keinen bestimmten Geschlechtsnamen, und die einzelnen Personen keinen sonst bekannten Vornamen haben...“ (Maner 2007: 57-58). Das Herangehen des Herrscherhauses in Wien an das Problem der Germanisierung unterschied sich von dem in Berlin. Während man in Berlin radikal vorging, bevorzugte man in Wien den Weg kleiner Schritte. Man sollte nicht „aus Polen mit einem male Deutsche, sondern vor allem erst echte Gallizier“ und erst in weiterer Folge Deutsche machen (Maner 2007: 62).

Bis 1848 war in der Donaumonarchie Deutsch die Unterrichtssprache in der Schule. In den Städten war auch Polnisch als Unterrichtssprache möglich und Ukrainisch erst nach dem Wiener Kongress in ostgalizischen von griechisch-katholischen Popen unterhaltenen Dorfschulen. Im Jahre 1864 funktionierten in Galizien 2040 Schulen, davon 1199 ruthenische, griechisch-katholische und 757 polnische (Świeboda 1996: 284). 1774 wurde die Schulpflicht eingeführt und 1805 wieder aufgehoben. Mit einer kaiserlichen Verordnung wurde die Volksschulaufsicht auf die Kirche übertragen. Die Kinder besuchten auf dem Lande ein- oder zweijährige Volksschule (Trivialschule), unterhalten durch einen Gutsbesitzer und die Gemeinde und meistens in den Städten eine dreijährige (Hauptschule), finanziert durch den Staat. Gymnasien waren zuerst fünf- und später sechsjährige Mittelschulen. Die Bildung unterlag der Studienhofkommission. Durch einen Kreisvorsteher (starosta) wurde die politische Aufsicht über die Schulen geführt. Im Zuge der Märzrevolution 1848 postulierte man die Gleichberechtigung der Nationalität und Sprache. Die Tschechen als erste in der österreichischen Monarchie erreichten im April 1848 die Gleichstellung ihrer Sprache mit der deutschen als Unterrichtssprache. Im September desselben Jahres wurde Polnisch Unterrichtssprache in den galizischen Gymnasien. Auch die Ukrainer konnten Erfolge verzeichnen und sich der Eröffnung des Lehrstuhls der ukrainischen Sprache und Literatur an der Universität Lemberg, sowie auch der Herausgabe eines der ersten Grammatikbücher der ukrainischen Sprache erfreuen. Der 1848 von Kaiser Franz Joseph verkündete Grundsatz der Gleichberechtigung aller Völker ruhte nach der Niederlage der Märzrevolution in der Zeit des Neoabsolutismus, wurde aber aus Dokumenten und aus dem Bewusstsein der Bevölkerung nicht ganz ausgemerzt. Deutsch dominierte weiter im staatlichen Bereich und verdrängte Polnisch aus den Volks- und Mittelschulen (Burger 1995: 32-33).

Misserfolge in der Außenpolitik und die Unzufriedenheit der Bevölkerung zwangen den Kaiser in den sechziger Jahren zur Umstellung seiner Politik und zu gewissen Konzessionen, auch zugunsten der Minderheiten. Ab 1860 genossen die Kronländer im Schulwesen eine breitere Eigenmächtigkeit. Ein einheitliches Nationalitäten- und Sprachenrecht für den ganzen Staat gab es aber nicht. Gesetzlich wurden acht Sprachen als Landessprachen anerkannt und gleichgestellt. Deutsch wurde nicht die gesetzliche Staatssprache, obwohl es an Initiativen in dieser Richtung nicht fehlte. Keine Sprache war den anderen überlegen. Neben Deutsch gab es folgende Landessprachen: Tschechisch, Polnisch, Ruthenisch, Italienisch, Slowenisch, Serbokroatisch und Rumänisch. Das Prinzip der nationalen und sprachlichen Gleichberechtigung war in der *Dezemberverfassung* von **1867** unter Artikel 19 verankert und betraf Schule, Amt und öffentliches Leben. In jedem Kronland der Monarchie durfte die im jeweiligen Land übliche Landessprache in allen Schulformen Unterrichtssprache sein. Den sprachlichen Minderheiten standen auch notwendige Mittel zur Ausbildung ihrer Kinder in ihrer Muttersprache zu, was der gleiche Artikel im Absatz 3 regulierte und als das „*Sprachenzwangsverbot*“ bekannt ist. Die zweite Landessprache konnten sie lernen, wenn sie es wollten, aber ohne Zwang. In mehrsprachigen Gebieten brachte diese Lösung Probleme mit, z.B. bei der Auswahl der zweiten Landessprache im Unterricht. Im Hintergrund des Absatzes 3 stand die Bestrebung der deutschböhmisches Abgeordneten nach der Abschaffung der Regelung, nach der in den böhmischen und mährischen deutschen Gymnasien im Lehrplan Tschechisch verpflichtend war. Weiters wurde mit dem Gesetz vom Mai **1868** die gemischte staatlich-kirchliche Schulaufsicht aufgehoben und ausschließlich eine staatliche Schulaufsicht für alle Gegenstände (außer Religion) eingeführt. Genau ein Jahr danach im Mai **1869** folgte das *Reichsvolksschulgesetz*, das den konfessionellen Charakter der Volksschule aufhob. Das heißt, dass jeder Schüler unabhängig von seiner Konfession, aber auch vom Stand oder Geschlecht, eine staatliche Schule besuchen durfte. Es kamen neue Gegenstände (neben bisher Religion, Lesen, Schreiben, Rechnen und Sprache): Realien (Geschichte, Geographie, Naturlehre), Zeichnen, Gesang, Handarbeiten und Turnen. Die Schulpflicht wurde auf acht Jahre erhöht, aber nicht befolgt. Das Volksschulwesen lag in Kompetenzen der Landtage (Burger 1995: 37-43).

Das Volksschulwesen stand auf niedrigem Niveau. Oft waren es nur einjährige Schulen und die Lehrer selbst für diese Tätigkeit schlecht ausgebildet. Außerdem gab es einen

ständigen Mangel an Volksschullehrern. Ursachen gab es einige, u.a. eine unzureichende Zahl von zum Beruf des Lehrers ausbildenden pädagogischen Schulen. 1871 gab es neun staatliche Schulen dieser Art und 1913 – 18 Schulen. (Baik 1995: 154). Diese Schulen konnte die Jugend absolvieren, die den Unterricht in einem Gymnasium abbrechen musste oder die eine Abteilungsschule (eine mehrjährige höhere Volksschule – szkoła wydziałowa) abschloss. Es war keine Mittelschule. Das Einkommen eines Lehrers war so niedrig, dass es für seinen Unterhalt oder seiner Familie oft nicht ausreichte und er seinen Beruf ändern musste. In einer österreichischen Zeitung gab man an, dass die Wiener Regierung für den Unterhalt eines Pferdes jährlich 400 Florin, eines Verbrechers 300 Florin und eines Volksschullehrers 200 Florin und weniger ausgibt (Baik 1995: 154). Schwere Lebensbedingungen vieler begünstigte die Entstehung ernsthafter Krankheiten, unter denen Tuberkulose als „Lehrerkrankheit“ galt. Daher war der Beruf des Lehrers nicht hoch angesehen. Darüber hinaus war auch das Bewusstsein der Bauern niedrig. Viele betrachteten den Schulbesuch ihrer Kinder als Zeitverlust und schickten sie einfach nicht in die Schule. Andere waren zu arm, um das zu tun und viele waren auf die Hilfe ihrer Kinder bei der Ausübung ihrer Pflichten gegenüber dem Grundherren angewiesen. Für die Bildung war keine Zeit. So lag der prozentuelle Anteil der polnischen und ukrainischen Kinder, die eine Volksschule besuchten, bei 15-20 % und der deutschen bei 80 %, obwohl sie eine sehr kleine Minderheit darstellten. Wahrscheinlich lag das auch daran, dass die polnische und ukrainische Bevölkerung die aufgezwungenen deutschsprachigen Schulen nicht akzeptierte. Im Laufe der Zeit stieg unter der polnischen Administration die Zahl der Schulen und ihrer Schüler. Im Schuljahr 1911/12 existierten 5740 Schulen, davon waren 3060 (54,8 %) polnische und 2496 (44,7 %) ukrainische. Die Schule besuchte ca. 90 % der Kinder im Schulalter (Świeboda 1996: 289). Vor der Einräumung der Autonomie gab es im Jahr 1865 2786 Volksschulen, die im Jahr 1867 28,8 % Kinder besuchten. In den anderen Teilen der Monarchie sahen die Ziffern, was die Schulpflicht betrifft, viel besser aus, z.B. im Jahr 1851 besuchten in Galizien 14,3 % Kinder die Schule und in Mähren 98,3 % und in Böhmen 93,4 % (Adamczyk 1996: 256).

Die Situation im Mittelschulwesen war auch nicht einfach. Die Unterrichtssprache in den galizischen Gymnasien war erst seit 1866 Polnisch. Der Unterricht dauerte acht Jahre und berechnete die Absolventen zur weiteren Bildung an allen Universitäten. Wegen hoher Schulgebühren in den Gymnasien, die in Galizien die niedrigsten im Vergleich mit dem

russischen und preußischen Teilungsgebiet waren, konnten sich mit kleinen Ausnahmen nur adelige Kinder den Schulbesuch leisten. Für Schüler aus niedrigeren Gesellschaftsschichten (Bauer) bedeutete das Bestehen der Maturaprüfung außer der Möglichkeit weiter zu studieren, auch sozialen Aufstieg und einen Weg zur Beamtenkarriere. Gymnasien waren eher humanistisch ausgerichtet, wo auch klassische Sprachen gelehrt wurden. Die Bildungsrichtung war also einseitig. Die Wahl vor allem solcher Studienrichtungen in Galizien wie: Jura, Medizin, Philosophie und Theologie war auf diesen Umstand zurückzuführen. Der Anteil der Studenten dieser Fakultäten war bei weitem höher als in Russland und Preußen. So trugen die Gymnasien zur Entstehung der polnischen Intelligenz und Verbreitung des Patriotismus bei. Sie beteiligte sich später, nach 1918, am Aufbau der neuen Strukturen des wiedergeborenen polnischen Staates und des polnischen Bildungssystems (Śliwa 1995: 164-167).

Im Bereich der Mittelschulen gab es auch die Realschule, die eine siebenklassige Schule mit mathematisch-naturwissenschaftlicher Ausrichtung war, wo anstatt alter Sprachen moderne Fremdsprachen, sowie auch Chemie, Biologie, Mathematik und Physik gelehrt wurden. Diese Art der Schule besuchten vor allem Kinder von Kaufleuten und Gewerbetreibenden. Das Zeugnis der Realschule berechnete nicht zur Aufnahme der Studien an der Universität. Die Realschüler, die studieren wollten, mussten die Maturaprüfung nachholen. Der Lehrplan sollte in jeder Provinz gleich und die Unterrichtssprache, über deren Festsetzung die Landtage entschieden, je nach sprachlichen Gegebenheiten der jeweiligen Provinz sein. Dieser Schultyp war in Galizien weniger präsent als in den übrigen Kronländern. Die Ursache lag in der wirtschaftlichen Rückständigkeit von Galizien, wo der Bedarf an Absolventen der Realschulen und die Chancen einer Beschäftigung (hauptsächlich in Gewerbe, Handel und Ämtern) niedriger waren als in anderen Teilungsgebieten. Im Jahr 1900 gab es in Galizien nur neun und 1913 vierzehn Realschulen. Es gab dagegen im Jahr 1910 73 Gymnasien, von denen 56 staatliche Gymnasien, darunter sechs mit ukrainischer Sprache waren (Baik 1995: 156-157). Die Ruthenen fühlten sich deswegen diskriminiert, was sich im politischen Kampf um ihre Schulen ausdrückte. Diese Angelegenheit war oft ein Zündstoff in beiderseitigen Beziehungen. Zum Vergleich, in dem östlichen Teil der Ukraine endete jeder Versuch eine ukrainische Schule zu organisieren, mit Verfolgungen seitens Russlands (Baik 1995: 151).

Eine Ausbildung erhielt die galizische Jugend neben Gymnasien und Realschulen ebenfalls in den Berufsschulen, die je nach Länge, Ausbildungsgrad und Spezialisierung in Gewerbfach- und Fortbildungsschulen unterteilt waren. Solche Schulen entstanden relativ spät. Erst 1865 entstand die erste landwirtschaftliche Schule, obwohl Galizien ein landwirtschaftliches Land war (über 80 % der Bevölkerung stellten die Bauern dar).

Allgemein war es mit dem Mittelschulwesen in Galizien schlecht bestellt. Im Jahr 1856 gab es nur 17 Gymnasien, fünf Realschulen und eine technische Schule. Wenn man die Nachbarn zum Vergleich heranzieht, stellte sich die Situation folgendermaßen dar; in Böhmen gab es für 1998 km² eine Mittelschule (ohne Berufsschulen), in Mähren für 2020 km² und in Galizien für 4617 km². Diese Entwicklung war u.a. darauf zurückzuführen, dass die Regierung die finanzielle Hauptlast der Errichtung und Unterhaltung der Schulen der Bevölkerung, die ja vorwiegend arm war, auferlegte. Früher finanzierte die Kirche das Bestehen der Schulen (Adamczyk 1996: 257-258).

In den Mittelschulen unterrichtete man nach veralteten Programmen. Obwohl wegen neuer wirtschaftlicher und kultureller Gegebenheiten eine Reform von Schulprogrammen notwendig war, lehnte die Regierung jegliche Entwürfe von Reformen ab und stimmte nur kleinen Korrekturen zu.

In Galizien waren auch private Schulen zugelassen, die durch Privatpersonen oder Vereinen und Gesellschaften finanziert wurden. Populär war auch das Unterrichten zu Hause entweder einzelner Kinder (besonders im Falle reicher Familien) oder Gruppen von Kindern, deren Eltern einen Lehrer engagierten und ihn für seine Dienste bezahlten. Diese Art der Ausbildung war bis in die 60er Jahre in Galizien nicht selten, denn auf diese Weise protestierten die Eltern gegen die Germanisierungspolitik. Der Widerstand drückte sich außerdem in sehr spärlichen Spenden und Förderungsgeldern der Polen für den Unterhalt der Schulen aus, in denen deutsch gesprochen wurde. Sie sandten überdies Petitionen nach Wien (Adamczyk 1996: 256).

Ungeachtet etlicher Probleme im Volks- und Mittelschulwesen war die Situation der Wissenschaft und der Universitäten in Galizien viel besser, was die Statistiken bezeugen. Das Interesse am Studieren war sehr groß. „Auf 10.000 österreichische Staatsbürger tschechischer Muttersprache kamen 13,4 Hochschüler; auf 10.000 deutscher Muttersprache 16,6 und auf 10.000 polnischer Muttersprache 16,9 Hochschüler“. Insgesamt stellten die drei Nationalitäten 90,2 % aller Studenten (Burger 1995: 188), was sie sicherlich dem

Umstand verdankten, dass sie eigene Universitäten/Hochschulen mit der jeweiligen Muttersprache als Vorlesungssprache besaßen. Die Polen studierten nicht nur an den heimischen Universitäten in Krakau (die Jagiellonen Universität, die Akademie der Gelehrsamkeit) und Lemberg, wo auch zehn Lehrkanzeln mit ruthenischer Unterrichtssprache eingerichtet wurden (die Universität Lemberg, die Technische Hochschule), sondern auch an den Universitäten in den österreichischen Kronländern und in Böhmen, sowie auch an den deutschen Universitäten.

Trotz günstiger rechtlicher Konstellationen war die Situation der Minderheiten in der ganzen Monarchie nicht so gut, wie man anhand der Gesetze annehmen könnte, denn ihre Ausführungsvorschriften ließen viel zu wünschen übrig. Ihre Verwirklichung wurde oft von nicht wohlgesinnten Beamten in die Länge gezogen. Es ging auch nicht ohne Reibereien und Auseinandersetzungen zwischen Nationalitäten, wie z.B. in Galizien, zwischen Polen (45 %) und Ukrainern (41 %), die die zahlreichsten Minderheiten waren (neben Juden - 11 % und Deutschen - 3 %). Die Entstehung eines neuen galizischen Schulsystems verlief unter äußerst schwierigen Umständen auf der lokalen und staatlichen Ebene. Die Änderungen in der österreichischen Politik in den 60er Jahren (Niederlage bei Königgrätz und ihre weitreichenden Folgen, Umgestaltung der Monarchie in eine Doppelmonarchie, Reformen, neue Verfassung, usw.), Beziehungen zwischen dem Landtag und dem Reichsrat, Eingriffe des Ministeriums für Cultus und Unterricht in galizische Entscheidungen, fehlende Kooperation der Selbstverwaltung verschiedener Ebenen und endlich Nationalitätenkonflikte beeinflussten auch maßgeblich und negativ den Stand des Schulwesens in Galizien bis 1890. Während andere Kronländer nach der vollen Verstaatlichung des Schulwesens strebten, kämpfte Galizien um einen Einfluss der Gesellschaft auf das neue Schulsystem je nach Bedarf, das sich an die Tradition der 1773 in Polen gegründeten Kommission für nationale Bildung (Komisja Edukacji Narodowej) – der weitreichende Autonomie eingeräumt worden war und die große Verdienste für die Bildung in Polen verzeichnen konnte – anlehnen sollte. Der Kampf um eine breite Autonomie im Schulwesen war ein Teil des politischen Kampfes um eine Gleichstellung Galiziens mit der Monarchie, wie im Falle von Ungarn. Diese Verflechtung verschiedener Ziele hatte zur Folge, dass die 1867 entstandene Behörde, der Landesschulrat (Rada Szkolna Krajowa - RSK) mit großer Verspätung die Durchführung von Schulreformen unternahm. Es gelang nicht, den Landesschulrat von Wien unabhängig zu machen. Er war der Regierung und der

Statthalterschaft unterstellt. Der Statthalter war von Amts wegen Vorsitzender des Rates, der sich aus elf Mitgliedern, davon nur drei völlig autonom und acht von Wien abhängig, zusammensetzte. Der Satzung des Rates nach hatte er das Recht u.a. Entwürfe von Schulreformen zu erstellen, die Direktoren und Lehrer der Volks- und Mittelschulen zu ernennen, Schulbücher zu billigen und den Haushalt zusammenzustellen. Die Zustimmung Wiens auf die Billigung des Statutes des galizischen RSK, sowie auch die Einführung von Landessprachen als Unterrichtssprachen erreichte man als Gegenzug für die Unterstützung des Polenklubs bei der Abstimmung für den Ausgleich mit Ungarn. Leider übertrug kurz danach die neue Verfassung vom 21.12.1867 dem Reichsrat die Befugnisse über das Bestimmen von Grundsätzen des Unterrichtswesens, infolgedessen die Kronländer nur zweitrangige Entscheidungen treffen konnten. Auch „das Recht der obersten Leitung und Aufsicht“ des Unterrichts- und Erziehungswesens stand dem Staat zu (<http://www.verfassungen.de/at/stgg67-2.htm> - 24.2.09). Dem widersprachen einige galizische Politiker, die meinten, dass der Erziehungs- und Schulsektor ausschließlich in der Kompetenz des jeweiligen Kronlandes liegen solle. Nur auf diese Weise sei es möglich die Bedürfnisse der Bevölkerung zu erfüllen. Außer Missständen erreichten sie jedoch keine Erweiterung der Autonomie des RSK. Der Rat wurde zu einem beratenden Organ reduziert. Viele unklar definierte Stellen des Statutes ließen viel Raum für Eingriffe des Staates und für das Betreiben seinerseits eigener Schulpolitik zugunsten der Wiener Behörde, die sich bemühte, die sowieso schmale Befugnisse des Rates noch einzuschränken. So wurde dem Rat das Recht die Lehrer und Direktoren zu ernennen, abgesprochen und dem Reichsrat und dem Kaiser zugeteilt. Der RSK erweckte große Hoffnungen des Landes, konnte sie aber nicht erfüllen. Seine Situation erschwerten auch die Beschwerden von Ukrainern, die den Rat beschuldigten, dass er die Polonisierung von Ostgalizien zu bezwecken versuche und den Zugang ruthenischer Lehrer zur Berufsausübung in Mittelschulen erschwere. Ein Umbruch in der Tätigkeit des RSK erfolgte erst 1888 mit dem Statthalter Kazimierz Badeni, der die Einberufung von einem unabhängigen Direktor für den RSK durchsetzte. In weiterer Folge kam es zu einer Erweiterung der Autonomie des RSK und einer Verbesserung der Situation im Schulwesen (Dutkova 1995: 137-148).

Nichtsdestotrotz war die Rechtslage in der Monarchie so gestaltet, dass „Unterricht in der Muttersprache auch für Sprachminderheiten keine bloße Verheißung, sondern

einklagbares Recht“ war (Burger 1995: 235), anders als in Preußen, wo das Recht erst bitter, oft erfolglos, erkämpft werden musste. Während in Preußen die Intention jedes weiteren Sprachgesetzes die Förderung der deutschen Sprache war und alle Handlungen der preußischen Administration diesbezüglich dem Ziel unterstellt waren, konnte sich das Deutsche die gleiche Position in Österreich als Staatssprache nicht sichern. Die sprachliche Situation der Polen in der Donaumonarchie fiel daher unvergleichbar günstiger als in Preußen aus. Ohne Zweifel standen die „preußischen“ Polen wirtschaftlich viel besser als ihre rückständigen Brüder in Galizien. Aber „in Sachen Erziehung war es reich. ... Die größte Leistung des polnischen Erziehungswesens bestand darin, dass es ... über die Grenzen der drei Imperien hinweg die kulturelle Gemeinsamkeit aufrechtzuerhalten vermochte.“ (Davis 2006: 239-240). Relativ mildes Umgehen des Wiener Kabinetts mit Galizien ermöglichte der Intelligenz die polnische Kultur und Sprache zu erhalten und weitere Generationen im polnischen Geiste zu erziehen. Nach dem Wiener Kongress wurde die Universität Lemberg wiedereröffnet, noch mit Deutsch als Vorlesungssprache. Auch das Ossolineum, das in sich eine Bibliothek, ein Museum, einen Verlag, sowie auch ein Forschungsinstitut beherbergte und eine private Stiftung an die polnische Nation war, nahm seine Tätigkeit auf. Die beiden Einrichtungen und die Jagielloner Universität fungierten als wichtige Zentren der polnischen Kultur, wo sich hervorragende Persönlichkeiten jener Zeit um die Beibehaltung des polnischen Erbes Verdienste erworben. Die in Galizien herausgegebenen Bücher und Zeitschriften überschritten die Zahl der insgesamt im preußischen und russischen Teilungsgebiet auf dem Markt erschienenen Veröffentlichungen (Davis 1981 II: 156). 1869 wurde die polnische Sprache, neben der deutschen, in den Rang der Amtssprache der Provinz erhoben (außer dem Bereich von Post und Heer). Es fing die Formierung der polnischen Amtssprache unter besonderen Umständen an. Nach dem Inkrafttreten der Regelung bemühte man sich die deutschsprachigen Beamten (Österreicher und Tschechen) durch die polnischen zu ersetzen. Man konnte das nicht sofort durchführen, denn der Prozess der Vorbereitung einer entsprechenden Zahl polnischen Personals war ein langwieriger Prozess. Außerdem war die polnische Amtssprache der Wende des 18. Jhs. auf das 19. Jh. unbenutzbar, denn sie war für die deutschsprachigen Beamten völlig unverständlich. So war der Einfluss der deutschen Amtssprache bei der Entstehung der polnischen Amtssprache sehr groß und unbestritten, sowie auch unvermeidlich. Die damals entstehende polnische Amtssprache war

sehr unvollkommen, es war eine Art einer Mischung zweier Sprachen, die als schwerfällig, weitschweifig und unklar empfunden wurde. Bis heute ist die gegenwärtige polnische Sprache durch etliche Lehnübersetzungen im lexikalischen, fraseologischen und syntaktischen Bereich gekennzeichnet (Walczak 1995: 126-128).

In einer günstigen Situation befanden sich in Galizien Universitäten. 1870 wurde Polnisch an der Jagiellonen Universität und 1871 an der Universität Lemberg und später an der Technischen Hochschule in Lemberg Vortragssprache. So konnte die polnische Wissenschaft in der polnischen Sprache entwickelt und gepflegt werden. Unter anderem der Akademie der Gelehrsamkeit in Krakau (*Akademia Umiejętności*) gebühren erhebliche Verdienste auf dem Gebiet. Dabei muss man einfügen, dass Galizien eine wichtige Funktion bei der Vereinheitlichung und Normierung polnischer wissenschaftlicher und technischer Terminologie erfüllte. Als 1918 die Zeit der Unabhängigkeit gekommen war, erwies sich die geistliche Elite als unentbehrlich. Die galizische Intelligenz überflutete die Gebiete des preußischen und russischen Polen, um dort ihre Dienste u.a. bei der Bekämpfung des Analphabetismus und der Organisierung von Schulen, Universitäten, Wissenschaft, usw., zu leisten. Besonders im preußischen Teilungsgebiet war der Mangel an polnischer humanistisch ausgebildeter Intelligenz bemerkbar, weil man sich dort gezwungenermaßen vor allem auf die wirtschaftliche Emanzipation (mit Erfolg) konzentrierte. Die Formen der geistlichen Entwicklung wurden im Zusammenhang mit der Germanisierungspolitik nicht zugelassen. Nicht zufällig gab es in Preußen keine polnische Universität.

In Galizien waren etliche Bibliotheken, Kunstgalerien, Museen, Theater und wissenschaftliche Vereine tätig. Beliebt war besonders eine Plattform für Intellektuelle, wo sie ihre unendlichen Dispute führen konnten, es waren Kaffeehäuser. Zusammen mit der mit ihnen untrennbar verbundenen Boheme verliehen sie der Epoche ihr Kolorit. Ohne politischen Druck konnte in Galizien geistliches Leben florieren.

Der Prozess des Entlehnens deutscher Wörter in der polnischen Sprache vollzog sich unter sehr spezifischen Umständen. Die von mir kurz dargestellten ausgewählten Kapitel der Geschichte sollen darüber Aufschluss geben, dass die Entwicklung der Sprache in einem Zusammenhang mit der Umgebung stattfand. Wenn man die Entlehnungen, also

fremde Einflüsse, unter die Lupe nimmt, sieht man gut, wie sie mit der Politik und Geschichte ganzer Staaten verflochten sind. Manchmal sogar mit Interessen des Einzelnen, wie es am Beispiel der Ansiedlungen im 13. und 14. Jh. nachvollziehbar ist, wo Beweggründe der Zulassung fremder Ansiedler durch die damaligen polnischen Fürsten prosaisch waren. Sie brauchten Hände zur Arbeit um ihren Hof unterhalten zu können, um ihren Nachbarn gegenüber stark genug stark zu sein und sich vor Eingriffen von außen verteidigen zu können. Im Spiel waren also Pragmatik und Prestigesache. Nationale Komponenten waren noch nicht präsent.

Andere Gegebenheiten ergaben sich im 19. Jahrhundert. Besonders in dieser Zeit erwies sich die Sprachenfrage als äußerst wichtig, aber sehr feiner Natur, denn sie berührte Gefühle der Menschen. Oberflächlich schien das Problem leicht zu bewältigen, aber es zeigte sich, dass politische Maßnahmen, Druck und Strafen nicht ausreichen, um die Sprache, Kultur, Tradition und vor allem das nationale Bewusstsein aus dem Gedächtnis eines Volkes auszumerzen. Man könnte sogar die Feststellung riskieren, dass es unmöglich ist. So dominierten diese Epoche widersprüchliche Tendenzen. Die Toleranz für sich selbst ging mit der Intoleranz gegen Fremdkörper einher, so auch Superioritätsbewusstsein mit Herablassung. Machtwille einerseits rang mit Unabhängigkeitsbestrebungen andererseits. Den Höhepunkt erreichte die Auseinandersetzung in den beiden Weltkriegen mit verheerenden Folgen.

Ich habe diese zwei Perioden ausgewählt, weil sie sich widersprechen. Friede und Kampf. Annahme des Neuen, Unbekannten und Abneigung gegen das Fremde. Friedliches Zusammenleben und Feindschaft. So kann man im Telegrammstil die zwei Zeitabschnitte allgemein zusammenfassen und feststellen, dass auch die Ergebnisse anders sind. Dieser Umstand soll uns zum Nachdenken bringen, besonders die heutigen Politiker und alle, die in irgendeiner Weise auf das Weltgeschehen Einfluss nehmen. Der Weg der Gewalt zerstört und bringt auf längere Zeit keine guten Früchte. Der Frieden ist zukunftsweisend und tut auch der Sprache gut. Nur durch Toleranz und Respekt vor anderen kann man eine Verständigung erzielen.

Ich schließe damit in der Hoffnung, dass wir aus der Geschichte lernen.

5. Polnisch-deutsches Glossar ausgewählter Entlehnungen

Den Grundstock zur Zusammenstellung des Glossars lieferte das Buch von Bogusław Nowowiejski (*Zapóżyczenia leksykalne z języka niemieckiego w polszczyźnie XIX wieku.*). Dem Buch sind die Entlehnungen aus der alt-, mittel- und neuhochdeutscher Zeit, sowie auch die separat behandelten neuhochdeutschen Entlehnungen aus dem 19. Jh. entnommen worden. Diese bilden nämlich eine sehr umfangreiche Gruppe vom Lehnwort, von dem im Gegenteil zu älteren Entlehnungen die entschiedene Mehrheit aus der polnischen Sprache verschwunden, also heute unbekannt ist. Daher ist in diesen Fällen eine Erklärung des jeweiligen Wortes in Klammern hinzugefügt worden.

5.1. Althochdeutsch

poln.

antaba (rodzaj uchwytu)
blacha
cel
dach
drut
fasa (drewniane naczynie; miara objętości)
karzeł
mennica
myto
panew (metalowe naczynie kuchenne)
rynna
szlachta

szlifować
sztaba
sztych
tafla
trafić
wanna

dt.

hanthaba
blēh
zīl, mhd. zīl
dah(h), mhd. dach
drāt
vaz
karal
munizza
mūta
p(f)anna (Pfanne)
rinne
slahta, sclahta; mhd. slahte (Herkunft, Geschlecht)
slifen
stap, mhd. stab
stih, mhd. stich
tafla, mhd. tavele
trëffan
wanna, mhd. wanne

*Mittelhochdeutsch**poln.*

abrys (zarys)
 achtel (mała beczka, miara objętości)
 ankier (żelazny hak do mocowania
 belek stropowych)
 binda (ozdobna przepaska)
 blichować (bielić płótno)
 bloch (kloc)
 borgować (dawać na kredyt)
 browar
 buda (szałas, chata)
 bukszpan
 burgrabie (zarządca zamku, pałacu)
 burmistrz
 bursztyn
 cal (jednostka miary długości)
 cebula
 cech
 cechmistrz (starszy cechu)
 cegła
 cembrować (obudowywać ścianę studni
 lub dołu belkami)
 centnar (jednostka wagi 50 lub 100 kg)
 cło
 cugle
 cukier
 cuma
 cyna
 cynk
 cypel
 cyrkiel
 czynsz
 dyszel
 fala
 fałda
 fałsz
 fant
 fartuch
 fechtować
 firanka
 folgować

dt.

Abriss
 ahtel, nhd. Achtel
 anker, nhd. Anker
 binde, nhd. Binde
 bleichen, blichen
 bloch
 borgen
 brouwer, brüwer
 buode
 buksboum
 burcgrave
 burgmeister
 bornste(i)n, bernstīnz, mnd. bōrnsten
 zoll(e)
 zebulle, zwibolle
 zeche
 zechmeister
 ziegel
 zimberen
 zentner
 zol
 zugel, zügel
 zucker
 zoum, zom, zam
 zin
 zinke
 zipfel
 zirkel
 zins
 dihsel
 wëlle
 valde
 vals(ch)
 pfant
 vortuoch
 vëhten
 vürhanc
 volgen

folwark	vorwërk
fornal	vornāl
fortel	vorteil
frymark (handel, kupczenie)	vrīmarket
fuga	vuoge, nhd. Fuge
fura (wóz konny)	vuore
furman	vuorman
futro	vuoter
galaretka	galhart
ganek	ganc
garbować	gërwen, gerben
gatunek	gatunge, nhd. Gattung
gips	gips
glans (połysk)	glanz
gmach	gemach (Zimmer)
gmina	gemein(d)e
graf (hrabia)	grave, nhd. Graf
grubarz/grabarz	graber, greber, nhd. Graber
grunt	grunt
gwałt	gewalt
gzyms	gesimse, nhd. Gesims
haft	haft
haftować	haften, heften
handel	handel
hart (wytrzymałość)	hart
hebel	hobel, hovel
hełm	hëlm
hołd	hold
hurt (płot; duża ilość)	hurt, hort
jarmark	jārmarket
kafel	kachel
kielich	kel(i)ch
kielnia	kelle
kiermasz	kirmesse
kierować	këren
kilof	kīlhouwe
kirchhof (cmentarz)	kirchhof
kitel (fartuch ochronny)	kitel
klarować	klaren
klejnot	kleinōt, kleinōde
kloc	klōz
korba	kurbe
kram	krām(e)
kręgle	kegel

krochmal	kraftmël, krachtmël
kroksztyn (wystająca część muru)	kragstein
kształt	gestalt
kula	kūle, kugele
kunszt	kunst
lejce	leitseil
listwa	līste
los	loz
lutować	loeten
luzować	lōsen
ładować	laden
łotr	lot(t)er
malować	malen
margrabia	marcgrave
mord	mord
morga	morgen
mur	mūr(e)
murować	mūren
musieć	müezen
muszla	muschel
obcęgi	hebzange
obszar	oberschar
ochmistrz	hovemeister
parkan	parchan, parkam
pędzel	pënsel
plac	pla(t)z
plaster	pflaster
prasa	prësse
rabować	rouben
ratować	retten
ratusz	rāthūs
rotmistrz	rotemeister
rugować	rüggen
rura	roere, rōre
ruszt	rōst, roste
rusztowanie	rüstunge
ryczałt	md. ritschart (Zinns)
rynek	rinc
rynsztok	rinstoc
rynsztunek	rüstunge
ryż	rīs
smalec	smalz
smar	smër
smarować	schmieren

spacerować	spazieren
spichrz	spīchare
stal	stāhl
stangret	stangerīter
ster	stiure
stragan	Schrage(n)
strucel	strutzel, strützel
szacować	schatzen, schetzen
szafować	schaffen
szala	schale, schāle
szaniec	schanze
szlachtuz (rzeźnia)	slahthūz
szlak	slac
szpic	spitze
szpital	spitāl, spittel
szturm	sturm
sztygar	stīger
szufla	schūfel(e)
szyb	schībe
szyba	schībe
szychta	schicht(e)
szyk	schick
szynk	schenk(e)
śruba	schrūbe
tama	tam
tynk	tünche
tynkować	tünchen
urlop	urloup
waga	wāge
warsztat	wērcstat
weksel	wēhsel
werbować	wērben
widerkaf (zastaw)	widerkouf
wójt	voit
żagiel	sāgel, sēgal

*Neuhochdeutsch**poln.**dt.*

abrys (szkic, zarys)	Abriss
ausztuk (wyciąg, spis)	Auszug
blokhaus (strażnica)	Blockhaus
burt(a) (krawędź, skraj)	Bord
cekauz (arsenał, zbrojownia)	Zeughaus
cuchthaus (więzienie)	Zuchthaus
cug (rodzaj zaprzęgu konnego; oddział wojska)	Zug
culag)dodatek do żołdu)	Zulage
cyngiel	Züngel
druk	Druck
dubelt	doppelt
dubeltówka	vgl. dubelt
duna (wydma)	Düne
durszlak	Durchschlag
dychtowny(ubijać, ścieśniać, zagęszczać)	dicht (gęsty)
fajerwerk	Feuerwerk
fajka	Pfeife
farba	Farbe
fechtmistrz	Fechtmeister
felczer	Feldscher
fenik	Pfennig
flanca (rozsada)	Pflanze
flinta	Flinte
fliz (płytką posadzkowa)	Fliese
forszpan (furmanka, podwoda)	Vorspann
forsztelować (przedstawiać)	vorstellen
gemejn (szeregowiec)	gemein (prosty, zwykły)
giser (odlewnik)	Giesser
grajcar, krajcar (moneta austriacka)	Kreuzer
halsztuk (chustka na szyję)	Halstuch
harfa	Harfe
haubica	Haubitze
kafeehauz (kawiarnia)	Kaffeehaus
kamerdynier	Kammerdiener
kartofel	Kartoffel
kierat	Kehrred
klajster	Kleister
klapa	Klappe

komenderować	kommandieren
kurfirsz (elektor)	Kurfürst
kwatermistrz	Quartiermeister
landgraf (książę)	Landgraf
laweta	Lavet(t)e
lejtant	Leut(e)nant
liberia (strój)	Liberei
lont	Lunte
loteria	Lotterie
luft (powietrze)	Luft
magiel	Mange(l)
maszerować	marschieren
morela	Morelle
mundur	Montur
munsztuk (ustnik)	Mundstück
musztra	Muster
musztrować	mustern
odwach (główna warta)	Hauptwache
oficer	Offizier
pacht	Pacht
pakować	packen
pasztet	Pastete
pocztmistrz	Postmeister
polerować	polieren
rachmistrz	Rechenmeister
rachować	rechnen
rajtar (kawalerzysta z oddz.cieźk. jazdy)	Reiter (jeździec)
rekrut	Rekrut
reszta	Rest
rudel (wiosło; ster)	Ruder
ryngort (pas do podpinania siodła)	Ringgurt
spacerować	spazieren
stelmach (kołodziej)	Stellmacher
szachta (warstwa)	Schacht
szarfa	Scharpe
szlaban	Schlagbaum
szlafrok	Schlafrack
szlam	Schlamm
szlify	Schleife
szpadeł	Spatel
szpagat	Spagat
szpaler	Spalier
szpernagiel (sworzeń)	Sperrnagel
szpicruta	Spitzrute

szpryca	Sprütze
szprycha	Speiche
sztab	Stab
sztandar	Standarte
sztokfisz (wędzony dorsz)	Stockfisch
sztukmistrz	Stückmeister
szwadron	Schwadron
szwagier	Schwager
szwank	schwanken, schwank
szyldwach (wartownik)	Schildwache
śruta (pokruszone ziarno zbóż)	Schrot
talar	Taler
torf	Torf
trenzla (uzda)	Trense(l)
trynkgield (napiwek)	Trinkgeld
unkoszt (wydatek)	Unkosten
unteroficer (podoficer)	Unteroffizier
wachtmistrz	Wachtmeister
walec	Walze
wasąg (nadwozie powozu)	Fassung
winszować	wünschen
zupa	Suppe

5.2. Entlehnungen aus dem 19. Jahrhundert

Wie schon gesagt, verschwanden die meisten Entlehnungen dieser Periode aus der polnischen Sprache. Gegenwärtig sind sie unbekannt. Deswegen folgt den alten unbekannten polnischen Wörtern eine Erklärung in Klammern. In einigen Fällen hat ein Wort in der heutigen Verwendung eine andere Bedeutung als damals, dann wird das Wort auch erklärt (z.B. heca). An der Zahl der erklärten Wörter kann man sich überzeugen, dass nicht viele der entlehnten Wörter im 19. Jh. überdauerten.

poln.

ableg(i)er (odkład rośliny, pęd)
 abszłus (zamknięcie, zakończenie)
 amt (starostwo, urząd okręgowy, niższego stopnia; ekonomia w dobrach królewskich, rządowych)
 amtshauptman, Pl. amtshauptmani (naczelnik powiatu)
 anszlag (wykaz kosztów, kosztorys)
 asenterunek (spis i pobór do wojska)
 ausbruch (wino najwyższej jakości)
 bajrat (komitet doradczy, doradca)
 bakenbardy (baki, bokobrody)
 balast
 bahnhof (dworzec)
 bankocetel (banknot)
 baumkuchen, baumkuch (sękacz)
 berejter (nauczyciel jazdy konnej)
 berlacz (wojłokowe lub futrzane buty zimowe nakładane na zwykłe obuwie)
 berycht (sprawozdanie, relacja)
 blat
 blejtram
 borloch (otwór wiertniczy)
 brandmajster
 brener (palnik)
 bryczka
 bryftregier (listonosz)
 bumler (próżniak, nicpoń)
 bursz (chłopak, uczeń, student)
 burszenszaft (stowarzyszenie burszów)
 busstag (dzień pokuty, modlitwy)
 buterszynyt (kanapka)
 celbuda (budynek strażniczy i celny)
 cetel (papier wartościowy)
 cwancygier (moneta austr. 20 grajcarów)
 durchbrechować (dziurkować)
 erbpacht (dzierżawa wieczysta)
 extracug (pociąg specjalny)
 ferdek (dach powozu)
 ferkleidun(e)k (przebranie)
 festunek (twierdza)
 filc

dt.

Ableger
 Abschluss

 Amt

 Amtshauptmann
 Anschlag
 Assentierung
 Ausbruch
 Beirat
 Backenbart
 Ballast
 Bahnhof
 Bank(o)zettel
 Baumkuchen
 Bereiter

 Bär(en)latsche
 Bericht
 Blatt
 Blendrahm(e)n
 Bohrloch
 Brandmeister
 Brenner
 Birutsche
 Briefträger
 Bummler
 Bursch(e)
 Burschenschaft
 Busstag
 Butterschnitt(e)
 Zollbude
 Zettel
 Zwanziger
 durchbrechen
 Erbpacht
 Extrazug
 Verdeck
 Verkleidung
 Festung
 Filz

folblut, vollblutka (rasowy koń czystej krwi)	Vollblut
fornir	Furnier
forpoczta (straż przednia)	Vorpost(en)
forszus (zadatek)	Vorschuss
forszusować (dawać zaliczkę)	vgl. Vorschuss, anzahlen
forwermer (podgrzewacz)	Vorwärmer
fracht	Fracht
frejlina (dama dworu)	Fräulein
frejlos (bezpłatny los na loterii)	Freilos
frejowy (bezpłatny)	frei)kostenlos)
frejszejn (bilet bezpłatny)	Freischein
gefrejter (stopień wojskowy)	Gefreiter
geszeft (nieuczciwy interes, szwindel)	Geschäft
geszefciarz (sprytny handlarz, kombinator)	Geschäftsmann
grynder (spekulant)	Gründer
grynderka (spekulacja finansowa, grynderstwo)	vgl. Gründer
hajer (górnik, rębacz)	Hauer
hausherr (pan domu, gospodarz)	Hausherr
heca (pokaz cyrkowy)	Hetze
hecarz (akrobata, cyrkowiec)	vgl. Hetze
heklowanie (szydełkowanie)	häckeln
hofgericht (sąd królewski, ziemski, książęcy, nadworny)	Hofgericht
hofrat (radca dworu)	Hofrat
holzhoff (skład drewna)	Holzhof
ibertrag (dodatkowa opłata)	Übertrag
inkwaterunek	Einquartierung
inserat (anons prasowy)	Inserat
jegier (strzelec w wojsku)	Jäger
justycamtman (sędzia ziemski)	Justizamtman
kammerher (szambelan dworu)	Kammerherr
kantor (biuro fabryki)	Kantor
kelner	Kellner
klinkier	Klinker
knakwurszt (rodzaj kielbasy)	Knackwurst
knejpka (mała restauracja)	Kneipe
koncertmistrz	Konzertmeister
krejs (powiat, okręg, obwód)	Kreis
kuntschaft (świadeństwo rzemieślnicze)	Kuntschaft (Gewerbeschein)
lakierować	lakieren
landmarszałek (marszałek krajowy)	Landmarschall
landrat (naczelnik powiatu; asesor sądu ziemskiego)	Landrat

landrejter (strażnik konny)	Landreiter
lejblokaj (osobisty lokaj monarchy)	Leiblakai
liwerant (dostawca)	Lieferant
liwerować (dostarczać)	liefern
mahoń	Mahagoni
mantelzak (torba podróżna, tobołek)	Mantelsack
meldować	melden
mustro, mustra (wzór)	Muster
najzylber (nowe srebro)	Neusilber
oberfersztr (nadleśniczy)	Oberförster
oberhauptmaństwo (starostwo)	Oberhauptmannschaft
oberkwtermistrz (główny kwtermistrz)	Oberquartier-meister
oberoficer (oficer nie należący do sztabu)	Oberoffizier
oberpocztamt (główny urząd pocztowy)	Oberpostamt
oberpolicmajster (szef policji)	Oberpolizeimeister
pakhauz (budynek dużego magazynu)	Packhaus
pakhof (komora celna)	Packhof
peklować	pökeln
pikling (wędzony śledź)	Bückling
podzelować	besohlen
pulwersak (worek na proch)	Pulversack
pumpernikel	Pumpernickel
rajsbret (deska do rysowania)	Reissbrett
rajtrok (surdut do jazdy konnej)	Reitrock
rajtschula (szkoła jazdy konnej)	Reitschule
rajtuzy (spodnie do jazdy konnej)	Reithosen
raps (rzepak)	Raps
rewir	Revier
roswerk (rodzaj suszarni)	Rostwerk
szprechmajster (szef czeladzi)	Sprechenmeister
stathalter (namiestnik)	Statthalter
stebnować, stepnować (szyć określonym rodzajem ściegu)	steppen
stynka (drobna rybka rzeczna)	Stint
szalować (obijać deskami)	beschalen
szejn (banknot)	Schein
szifskarta (bilet okrętowy)	Schiffskarte
szkicenbuch (szkicownik)	Skizzenbuch
szlaban (ława, skrzynia do spania)	Schlafbank
szleper (pomocnik górnika)	Schlepper
szlips (krawat)	Schlips
sznellpressa (maszyna drukarska)	Schnellpresse
szpalta	Spalte
szpic (rasa psów)	Spitz

szpicak (rodzaj łodzi z ostro zakończonym dziobem)	Spitze
szpicbub (hultaj, niepoń)	Spitzbube
szpicek (mały szpic)	kleiner Spitz
szpicel	Spitzel
szprechować (mówić)	sprechen
szryft (pismo)	Schrift
sztam (pień drzewa)	Stamm
sztanga	Stange
sztejjerrat (radca podatkowy)	Steuerrat
sztofowy (wykonany z tkaniny)	Stoff
sztokhauz (więzienie)	Stockhaus
sztrof, sztraf (kara pieniężna)	Strafe
sztuteria (stadnina koni)	Stuterei
szyft (cienki gwoździak, świeczek)	Stift
szut(e)r (drobno potłuczone kamienie)	Schotter
szuwaks (czarna pasta do butów, czernidło do wąsów)	Schuhwachs
szwajserz (spawacz)	Schweisser
szwarzgelber (lojalista austriacki – od flagi austr.)	schwarzgelb
szwarcować (przemycać)	schwärzen
szwindel	Schwindel
szwindler (oszust)	Schwindler
szyld	Schild
szylkret (żółw)	Schildkröte
szymel (siwek)	Schimmel
taxamt (urząd taksatorski)	Taxamt
tornister	Tornister
traktier, traktiernia (gospoda)	Traiteur
trefer (wygrana na loterii)	Treffer
trejbhauz (cieplarnia)	Treibhaus
unfug (nadużycie)	Unfug
weba (gatunek płótna lnianego)	Webe
werft (stocznia)	Werft
werk (mechanizm zegarka)	Werk
wermer (pracownik obsługujący piec hutn.)	Wärmer
wyanszlagować (obliczyć koszty)	anschlagen
zalbank (stół, blat do liczenia pieniędzy)	Zahl(en)bank
zecer	Setzer

5.3. Entlehnungen in den Sondersprachen

Die Auswahl der Entlehnungen habe ich anhand des Beitrags von Olexa Horbatsch „Deutsches Lehnsgut in polnischen Sondersprachen Gauner-, Pennäler-, Studenten- und Soldatensprache“ in: Deutsch-polnische Sprachkontakte, Beiträge zur gleichnamigen Tagung 10.-13. April 1984 in Göttingen, vorgenommen.

Zuerst wird das polnische Wort in Klammern erklärt und dann folgt der Hinweis auf die Herkunft des Wortes entweder aus der deutschen Sprache (dt.) oder deutschen Gaunersprache (Rw), selten aus dem Jüdischen (jidd.). Die Wörter aus dem Rotwelsch werden ebenfalls in Klammern erklärt.

Gaunersprache

andrus (złodziej)	Rw Janner, Jauner (Betrüger)
ajnbruchowiec (włamywacz)	dt. Einbrecher
bankojza (portmonetka)	Rw Bango (Geldstück)
bimber (zegarek kieszonkowy)	Rw Bimmer (Türglocke)
blit (złoto)	Rw Blühte (Dukaten)
blita (złodziej kosztowności)	vgl. Rw Blühte (Dukaten)
blitny (złoty)	golden
chalef (współpracownik policji)	Rw Chailoff (Hund)
chajlik, hajlik (udział w łupach)	Rw Chelek (Anteil an der Diebsbeute)
chawira (kryjówka, dom)	Rw Kewer (Grab, Grube, Versteck)
chawres, chawryśnik (wspólnik),	
chewra/hebra (banda złodziei)	Rw Chawer (Kamerad), Chawruse (Bande)
chelichy, heilig (pieniądze)	Rw Hellig (Geld)
cień, siedzieć w cieniu (być w więzieniu)	Rw im Schatten sitzen (im Gefängnis sein)
cing (ostrzeżenie), dać cynk (ostrzec)	Rw Zinken (Stempel, Namen, Zeichen)
fechtować (żebrać)	Rw fechten (betteln)
foter (stary doświadczony złodziej)	dt. Vater
frajer, frajerka	Rw Freier (das zu betrugende Opfer)
furażować (kraść)	dt. furagieren (Futter auftreiben)
garnitur (więzienie)	Rw Garnitur (Nebenstrafe)
gawała, kafar (chłop)	Rw Gaver(Mann), Kaffer(Bauer, Dummkopf)
glajzować (uciec)	dt. entfliehen
hipeś (okradanie klienta prostytutki w jej pokoju)	Rw Chippesch (Durchsuchung, Streifung)
jołt (niedoświadczony złodziej)	Rw Jeled (Knäblein)
kajfosz (Żyd)	zu kojfować (kaufen)

kant (oszustwo)	Rw Kandier(er) (gut angezogener Betrüger)
kapota (koniec, przepadło)	dt.kaputt, Rw Kappore(Verderben,Unheil,Tod)
kapowidła (oczy)	Rw kappen (verraten)
kapuś (denuncjator), kapować (zdradzić)	Rw kappen (verraten)
kapować (kraść)	Rw kappen (fangen, stehlen)
kić (więzienie)	Rw Kittchen (Gefängnis)
na kimmel (kraść)	Rw Kümmelblättchen (betrügerisches Glückspiel mit 3 Karten)
kipisz, hipisz (przeszukanie)	Rw Kippisch, Kiewisch (Durchsuchung)
kirny, kiruśny (pijany), kiżyć (pić), kirus (pijak), kiruśna (gospoda), kira (wódka)	Rw schickern, jidd.schikkern (sich betrinken)
kis, kiś (trzos)	Rw Kies (Beutel, Geld)
klanich (klucz)	Rw Klamonis (Einbruchswerkzeug)
lajn tug (dożywocie)	dt. langer Tag
maglowanie (przesłuchanie)	Rw Mackel (Stock, Prügel)
marwicher (kieszonkowiec)	Rw merwiachen (stehlen)
molun/melina (kryjówka)	Rw Molun (Herberge)
mosser (współpracownik policji)	Rw Mosser (Verräter)
nafke (złodziejka)	Rw Nafke (uliczna prostytutka)
plejtować (uciekać)	Rw Ple)i)te (Flucht, Bankrott)
podjumać, zajugać (ukraść)	Rw jumka (Hand), Rw Jommackener (am Tage stehlender Dieb) zu Rw und jidd. Jom (Tag)
potaćzyć na grandę (zamordować)	Rw grandig (groß, stark, gewaltig)
rolownik (złodziej kradnący w dzień)	Rw Roller (Taschendieb)
skapować, kapować (zdradzić)	Rw kappen (verraten)
šfarcufka (przemyt)	dt Schwarzhandel
skakier, skokier (włamywacz do sklepów i domów)	Rw Skoker (Einschleichdieb)
szabrować (włamać się przez drzwi albo okno)	Rw Schabber (Stemm-/Brecheisen)
szafiry (pieniądze)	dt. Scherf (kleinste Münze)
szmaje (przesłuchanie)	Rw schmaien (hören, vernehmen)
szmir, stać na szmirze (czuwać, uważać)	Rw Schmiere (Wache, Waechter)
sznif (nocna kradzież z włamaniem)	Rw schniffen (stehlen, rauben)
sznifer, sznifiarz (nocny złodziej)	Rw Schniffer (Dieb)
szopenfeldziarz (złodziej okradający sklepy)	Rw Schottenfeller (Ladendieb)
szoper (złodziej okradający przejeżdżające furmanki)	Rw Schupper (Betrüger)
szpanować (patrzyć, uważać)	Rw spannen (sehen, beobachten)
szper)h)ak (wytrych)	dt. Sperrhaken
szpryng, kraść na sz. (kradzież z otwartego mieszkania)	dt. Sprung
tatajlemnyk (strażnik policyjny w więzieniu)	Rw Taltalim (Schlüsselbund)
tojter (złodziej okradający śpiących pijaków)	jidd. tojt (tot)

tycer (pomocnik przy kradzieży kieszonkowej)	Rw Vertusser
wisztok (niedoświadczony złodziej)	Rw Wittstock (Anfänger)
zabindować (założyć kajdanki)	dt. zusammenbinden
zecować (odsiadywać karę)	Rw Satz (Gefängnis)
zesztymnąć się (nie udać się)	dt. Stümper (Tolpatsch)

Pennäler- und Studentenensprache

badejki/batki (strój kąpielowy)	Badeanzug
bana (pociąg)	Zug, Eisenbahn
belfer (nauczyciel)	Lehrer
biglé (żelazko)	Bügel
bimba (tramwaj)	Straßenbahn
blajok (ołówek)	Bleistift
blank (nieprzygotowany)	Rw blank (neu)
bubek (chłopczyk)	kleiner Junge
buda (szkoła)	Rw Bude Studentenbude
byk	Fehler
fajgus (tchórz)	Feigling
fifa (piątka)	eine Fünf als Note
frechowny (bezczelny)	frech
gajgnońć (grać na nerwach)	auf die Nerven gehen (Geige – schrumpfe)
kaker (staruszek)	dt. Kaker (alter Greis)
kapować (rozumieć)	dt. kapieren
klapnońć (powtarzać klasę)	dt. klappen (Klasse wiederholen)
klauować (odpisywać)	klauen (abschreiben)
liba (ukochana)	dt. Liebe (Geliebte, Mädchen)
oberkuźnia (biblioteka uniwersytecka)	Hochschulbibliothek
oferma	dt. unförmig, Tolpatsch
pecer (skarżypyta)	dt. Petzer
reks (dyrektor szkoły)	dt. Rex, Direx
šlyps (krawat)	dt. Schlips
šnupka (buzia, twarz)	dt. Schnauze
štuba (klasa)	dt. Stube
štreber (kujon)	dt. Streber(leiche)
šuft (niekoleżeński)	Schuft
švenknońć (wagarować)	Schule schwänzen
šyk-baba (ładna kobieta)	schicke Frau
tynta (atrament)	Tinte
vyflignońć (wylecieć)	herausfliegen (Blätter)
vycfiblovať (dokładnie przepytać)	durch ausfragen quälen (Zwiebel – cebula)
żaga (surowy nauczyciel)	zu Säge – piła

Soldatensprache

bumser	Artillerist
gulaszkanona (kuchnia polowa)	Feldküche
himmelkomando (rozstrzelanie)	Erschießung
komiśniaki, komotszuhy (buty)	Kommißschuhe
łopatencug (saperzy)	Pioniere
pucflek (sprzątający)	Putzer
pumpa (karne przysiady)	Kniebeugen als Straübung
zeczyrka (musztrować)	Exerzieren
znosić jajka (zakładać bomby)	Eier legen, bomben

5.4. Entlehnungen aus der österreichischen Amtssprache des 19. Jhs.

Zum Schluss werden noch einige österreichische Lehnwörter und Lehnübertragungen aus der galizischen Zeit angeführt, die von Eva Dobrovic in ihrer Arbeit „Die deutsch-österreichischen Lehn- und Mittlerwörter in der polnischen Verwaltungssprache Galiziens“, 2006, exzerpiert worden sind.

Sie sind heute nicht mehr verwendet.

aerarialny (państwowy)	aerarialisch, aerarisch (staatlich)
doppia (podwójny złoty dukat)	Doppie(n) (doppelte Golddukaten)
fasja (deklaracja podatkowa)	Fassion (Vermögen zum Versteuern, Einschätzung)
fatent (osoba składająca deklarację podatku.)	Fatent (jd. der eine zu versteuernde
	Summe gegenüber der Behörde bekennt) (fatieren – bekennen)
furmański list (list przewozowy)	Frachtbrief
gubernium	Gubernium (die Verwaltungsbehörde in den öster. Kronländern)
kontumacja (kwarantanna)	Contumaz, Kontumaz (Quarantäne)
kraycer noclegowy (noclegowe)	Schlafkreuzer (Entschädigung für eine angeordnete Einquartierung eines Soldaten o. Kolonisten)
kwadrupla (rodzaj podatku; poczwórna ilość)	Quadruple (die doppelte Viertelsteuer, die Vierfachheit)
oberleśnik (nadleśniczy)	Oberforstmeister

6. Bibliographie

Nachschlagewerke:

Brockhaus Enzyklopädie, 21. Auflage, Band 30, F.A. Brockhaus, Leipzig Mannheim 2006

Damm Krystyna, Mikusińska Aldona – Red., Ludy i języki świata (Völker und Sprachen der Welt), Państwowe Wydawnictwo Naukowe PWN, Warszawa 2000

Duden, Das Herkunftswörterbuch, Band 7, Dudenverlag, Mannheim 2001

Duden, Deutsches Universalwörterbuch, Dudenverlag, 5. Auflage, Mannheim 2003 (Duden Uni)

Fleischer Wolfgang, Helbig Gerhard, Lerchner Gotthard (Hrsg.), Kleine Enzyklopädie – Deutsche Sprache, Peter Lang GmbH Europäischer Verlag der Wissenschaften, Frankfurt/Main 2001

Lewandowski Theodor, Linguistisches Wörterbuch, Quelle & Meyer, 6. Auflage, Heidelberg 1994

Markowski Andrzej, Nowy słownik poprawnej polszczyzny (Polnisches Wörterbuch), Państwowe Wydawnictwo Naukowe PWN, Warszawa 2002

Skudrzykowa Aldona, Urban Krystyna, Mały słownik terminów z zakresu socjolingwistyki i pragmatyki językowej (Kleines soziolinguistisches und pragmatisches Wörterbuch), Towarzystwo Miłośników Języka Polskiego Kraków, Spółka Wydawniczo-Księgarska, Warszawa 2000

Słownik wyrazów obcych (Fremdwörterbuch), Red. Pakosz Barbara et al., Państwowe Wydawnictwo Naukowe PWN, Wyd. XXVII, Warszawa 1993

Spórna Marcin, Wierzbicki Piotr; Słownik władców Polski i pretendentów do tronu polskiego (Wörterbuch der polnischen Herrscher), Wydawnictwo Zielona Sowa, Kraków 2004

Topolski Jerzy – Red., Dzieje Polski (Geschichte Polens), Państwowe Wydawnictwo Naukowe PWN, Warszawa 1975

Wahrig Gerhard, Deutsches Wörterbuch, Bertelsmann Lexikon Institut, München 2006

Welte Werner, Hueber Hochschulreihe 17/II, Moderne Linguistik: Terminologie/Bibliographie, Teilband II: N-Z, 1. Auflage, Max Hueber Verlag, München 1974

Fachliteratur:

Adamczyk Mieczysław Jerzy, Społeczeństwo polskie w Galicji wobec szkoły austriackiej (1774-1867) (Polnische Gesellschaft angesichts der österreichischen Schule), in: Galicja i jej dziedzictwo, Tom 8, Myśl edukacyjna w Galicji 1772-1918, Red. Majorek Czesław, Meissner Andrzej, Wydawnictwo Wyższej Szkoły Pedagogicznej, Rzeszów 1996

Arnold Stanisław, Żychowski Marian; Abriss der Geschichte Polens, Polonia-Verlag, Warszawa 1967

Arntz Reiner, Picht Heribert, Mayer Felix; Einführung in die Terminologearbeit, Georg Olms Verlag, Hildesheim, Zürich, New York 2004

Baik Ł.H., Z historii rozwoju ukraińskiej szkoły w Galicji (Aus der Geschichte der ukrainischen Schule in Galizien), in: Galicja i jej dziedzictwo, Tom 3, Nauka i Oświata, Red. Meissner Andrzej, Wyrozumski Jerzy, Wydawnictwo Wyższej Szkoły Pedagogicznej, Rzeszów 1995

Broszat Martin, Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik, Suhrkamp, Frankfurt am Main 1972

Burger Hannelore, Sprachenrecht und Sprachgerechtigkeit im österreichischen Unterrichtswesen 1867-1918, Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien 1995

Buttler Danuta; Deutsche Lehnwörter im Polnischen gegen Ende des 19. Jahrhunderts, in: Zeitschrift für Slawistik, Band 31, Institut für Slawistik der Humboldt-Universität zu Berlin, Akademie-Verlag Berlin 1986

Czopek-Kopciuch Barbara, Adaptacje niemieckich nazw miejscowych w języku polskim (Anpassung deutscher Ortsnamen in der polnischen Sprache), Instytut Języka Polskiego PAN, Kraków 1995

Davis Norman; God's Playground, A History of Poland, Vol. 1, The Origins to 1795, Clarendon Press Oxford 1981

Davis Norman; God's Playground, A History of Poland, Vol. II, 1795 to the Present, Clarendon Press Oxford 1981

Davies Norman; Im Herzen Europas, Geschichte Polens; C.H. Beck München 2006

Dowiat Jerzy; Chrzest Polski (Die Taufe Polens), Biblioteka Wiedzy Historycznej, Wiedza Powszechna, Warszawa 1961

Dralle Lothar; Die Deutschen in Ostmittel- und Osteuropa. Ein Jahrtausend europäischer Geschichte; Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt 1991

Duchkowitsch Wolfgang; Einführung in die Medien- und Kommunikationsgeschichte (Skriptum), Facultas Verlags- und Buchhandels AG, Wien 2003

Dutkova Renata, Polityka szkolna w Galicji 1866-1890 (Schulpolitik in Galizien 1866-1890), Wydawnictwo Wyższej Szkoły Pedagogicznej, Rzeszów 1995

Eggers Eckhard; Zur Entlehnung deutscher Komposita aus freien Morphemen in das Polnische in: Pohl Alek, Vincenz de Andre, Hrsg., Deutsch-polnische Sprachkontakte, Beiträge zur gleichnamigen Tagung 10.-13. April 1984 in Göttingen, Böhlau Verlag, Köln Wien 1987

Haffner Sebastian; Preußen ohne Legende, Goldmann Verlag, München 1990

Henke Aleksander; Die morphonologische Kategorisierung der „westlichen“ Lehnwörter in der polnischen Sprache, Wilhelm Fink Verlag, München 1970

Higounet Charles; Die deutsche Ostsiedlung im Mittelalter, Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1990

Horbatsch Olexa; Deutsches Lehnwort in polnischen Sondersprachen (Gauner- Pennäler-, Studenten- und Soldatensprache) in: Pohl Alek, Vincenz de Andre, Hrsg., Deutsch-polnische Sprachkontakte, Beiträge zur gleichnamigen Tagung 10.-13. April 1984 in Göttingen, Böhlau Verlag, Köln Wien 1987

Kästner Walter; Germanistische Aspekte der deutsch-polnischen Lehnwortforschung in: Pohl Alek, Vincenz de Andre, Hrsg., Deutsch-polnische Sprachkontakte, Beiträge zur gleichnamigen Tagung 10.-13. April 1984 in Göttingen, Böhlau Verlag, Köln Wien 1987

Lichtenberg, Georg Christoph; Schriften und Briefe, Erster Band, Sudelbücher I, Hrsg. von Wolfgang Promies, Sonderausgabe, Zweitausendeins, Frankfurt am Main 1994

Łojek Jerzy; Kalendarz Historyczny, Polemiczna historia Polski (Historischer Kalender, Polemische Geschichte Polens), Wydawnictwo Alfa, Warszawa 1994

Maner Hans-Christian; Galizien, Eine Grenzregion im Kalkül der Donaumonarchie im 18. und 19. Jahrhundert, IKGS Verlag, München 2007

Müller Michael G.; Die Teilungen Polens 1772•1793•1795, Verlag C.H.Beck München 1984

Nowowiejski Bogusław, Zapożyczenia leksykalne z języka niemieckiego w polszczyźnie XIX wieku (Lexikalische Entlehnungen aus der deutschen Sprache in der polnischen Sprache des 19. Jhs.), Dział Wydawnictw Filii UW w Białymstoku 1996

Reiter Norbert; Die polnisch-deutschen Sprachbeziehungen in Oberschlesien, Osteuropa Institut an der Freien Universität Berlin, Slavistische Veröffentlichungen, Band 23, Hrsg. Valentin Kiparsky und Max Vasmer, Berlin 1960

Rimmele Eva; Sprachenpolitik im Deutschen Kaiserreich vor 1914, Regierungspolitik und veröffentlichte Meinung in Elsass-Lothringen und den östlichen Provinzen Preussens; Münchner Studien zur neueren und neuesten Geschichte, Hrsg. Hockerts Hans Günter, Ritter Gerhard A., Schulze Winfried, Band 17, Peter Lang 1996

Rzetelska-Feleszko Ewa, Duma Jerzy; Językowa przeszłość Pomorza Zachodniego na podstawie nazw miejscowych (Die sprachliche Vergangenheit Westpommerns anhand Ortsnamen), in: Język na pograniczach 16, Towarzystwo Naukowe Warszawskie, Polska Akademia Nauk, Instytut Slawistyki, Slawistyczny Ośrodek Wydawniczy, Warszawa 1996

Schattkowsky Ralph, Müller Michael G.; Identitätenwandel und nationale Mobilisierung in Regionen ethnischer Diversität, Ein regionaler Vergleich zwischen Westpreussen und Galizien am Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts; Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung, 20; Hrsg. Schattkowsky Ralph, Müller Michael G.; Verlag Herder-Institut, Marburg 2004

Stolze Radegundis; Übersetzungstheorien, Eine Einführung, Gunter Narr Verlag, Tübingen 1997

Śliwa Leszek; Gimnazja galicyjskie w procesie kształtowania się inteligencji polskiej (Galizische Gymnasien im Gestaltungsprozess der polnischen Intelligenz), in: Galicja i jej dziedzictwo, Tom 3 Nauka i Oświata, Red. Meissner Andrzej, Wyrozumski Jerzy, Wydawnictwo Wyższej Szkoły Pedagogicznej, Rzeszów 1995

Świeboda Józef; Szkolnictwo ukraińskie w Galicji (1772-1918) (Ukrainisches Schulwesen in Galizien (1772-1918)), in: Galicja i jej dziedzictwo, Tom 8 Myśl edukacyjna w Galicji 1772-1918, Ciągłość i zmiana, Red. Majorek Czesław, Meissner Andrzej, Wydawnictwo Wyższej Szkoły Pedagogicznej, Rzeszów 1996

Vincenz, Andre de; Deutsch-Polnische Sprachkontakte, in: Kobylińska E./Lawaty, A./Stephan, R. (eds.) 1992: Deutsche und Polen. 100 Schlüsselbegriffe. München/Zürich 1992

Wiktorowicz Józef; Die deutsch-polnische Nachbarschaft und ihre Widerspiegelung in der polnischen Sprache in: Cherubim Dieter, Jakob Karlheinz, Linke Angelika, Hrsg., Neue deutsche Sprachgeschichte, Walter de Gruyter, Berlin, New York 2002

Walczak Bogdan; Lingwistyczna problematyka Galicji (Galizien im Lichte lingwistischer Problematik), in: Galicja i jej dziedzictwo, Tom 4 Literatura, Język, Kultura, Red. Kłak Czesław, Wyka Marta, Wydawnictwo Wyższej Szkoły Pedagogicznej, Rzeszów 1995

Witaszek-Samborska Małgorzata; Zapożyczenia z różnych języków we współczesnej polszczyźnie (na podstawie słowników frekwencyjnych), (Entlehnungen aus verschiedenen Sprachen in der gegenwärtigen polnischen Sprache), Poznańskie Towarzystwo Przyjaciół Nauk, Wydział Filologiczno-Filozoficzny, Prace Komisji Językoznawczej, Tom XX, Wydawnictwo Poznańskiego Towarzystwa Przyjaciół Nauk, Poznań 1993

Internetseiten:

<http://www.duelken.de/Geschichte/Persoenlichkeiten/Frings.htm>

http://www.linguistik-online.de/1_01/Lipczuk.html,

<http://encyklopedia.interia.pl/haslo?hid=111082>,

<http://www.prezydent.pl/x.node?id=71>,

<http://wrzesnia.w.interia.pl/historia/strajk.htm>

http://www.muzeum.wrzesnia.pl/muzeum/hist_eksp.html

<http://www.verfassungen.de/at/stgg67-2.htm>

Zusammenfassung

Die Sprache ist ein facettenreiches Phänomen und daher schwierig zu definieren. In der Sprachwissenschaft ist sie Gegenstand unterschiedlicher Überlegungen. Es werden verschiedene Aspekte, Ebenen, Funktionen und Eigenschaften untersucht. Als Teil der Kultur ist sie ein unveräußerliches Gut jeder Nation. Die Sprache verleiht den Mitgliedern einer Gemeinschaft ein Zusammengehörigkeitsgefühl, das in der Zeit von Unruhen ausgesprochen wichtig ist. Im schlimmsten Fall ist sie ein Instrument der Manipulation Herrschender über Unterprivilegierte. Es wird dann die Sprache und durch Sprache manipuliert.

Wenn man die Sprache als ein lexikalisches System betrachtet, kann man feststellen, dass sie auch durch fremde Einflüsse Änderungen unterliegt. Durch politische, ökonomische und gesellschaftliche Kontakte wird im Prozess des Entlehnens der Wortbestand erweitert. Ein Beispiel dafür liefert die Entwicklung der polnischen Sprache und deutsche Einflüsse auf den polnischen Sprachgebrauch. Aufgrund großer Wellen deutscher Entlehnungen im Polnischen kann man auf nähere Kulturberührungen schließen. So war es auch im 13. und 14. Jh. während der deutschen Ansiedlungen in Polen und im 19. Jh. in der Zeit der Teilungen. Bezeichnend ist dabei das Ergebnis des Entlehnens. Die meisten Entlehnungen aus dem Mittelalter sind bis heute in Verwendung. Die aus dem 19. Jh. sind überwiegend verschwunden. In beiden Fällen kam es zu direkten Kontakten der Deutschen und Polen. Aber die politischen Umstände unterschieden sich gravierend. Die mittelalterliche Kolonisierung verlief mehr oder weniger friedlich. Die drei Teilungen Polens (1772, 1793, 1795) sind bis heute in der polnischen Geschichte ein Symbol der Gewalt. Der Zusammenhang zwischen der geschichtlichen Ereignisse und dem sprachlichen Erscheinung ist hier eindeutig.

Der Anteil deutscher Entlehnungen in der polnischen Sprache wird auf 1,71 % bis 5,4 % geschätzt. Die Unterschiede folgen daraus, dass sich Sprachwissenschaftler in ihren Untersuchungen nach verschiedenen Kriterien richten. Daher ist es schwierig den Anteil von Fremdwörtern festzustellen. Die deutschen Entlehnungen im Polnischen betreffen vorwiegend den lexikalischen Bereich. Die ältesten stammen aus dem Althochdeutschen und beziehen sich auf folgende Sachgebiete: Alltag, Religion, Verwaltung, Handwerk- und Baukunst. Weiters wurde auch aus dem morphologischen und syntaktischen Bereich entlehnt, allerdings in einem kleineren Ausmaß.

Lebenslauf

Renata Załuska

Ausbildung:

- 2008 – Einreichung des Themas der Diplomprüfung
- 2007 – 2. Diplomprüfung
- 2006 – 1. Diplomprüfung
- 2003-05 – Fächeraustausch: Publizistik und Kommunikationswissenschaft
- 1997 – Eignungsprüfung im Institut für Übersetzer- und Dolmetscherausbildung,
Sprachen: Polnisch-Deutsch-Englisch
- 1982-84 – Studium der Stenotypie und Fremdsprachen in Warschau
- 1982 – Matura